



LAND
BRANDENBURG

Haushaltsplan 2015/2016

Band VIII

Einzelplan 07

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 07	4
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist 2015 - Förderperiode 2007 bis 2013	9
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist 2016 - Förderperiode 2007 bis 2013	10
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist 2015 - Förderperiode 2014 bis 2020	11
Zusammenstellung der Haushaltsansätze des Einzelplanes, bei denen der Einsatz von Mitteln der Europäischen Union vorgesehen ist 2016 - Förderperiode 2014 bis 2020	12
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2015	14
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2016	16
Kapitel 07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	18
Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen	42
Kapitel 07 030 Arbeitsmarkt	52
Kapitel 07 040 Gesundheit	77
Kapitel 07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung	96
Kapitel 07 060 Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe	102
Kapitel 07 070 Förderung der Sozialstruktur	115
Kapitel 07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie	133
Kapitel 07 130 Landesamt für Arbeitsschutz	141
Kapitel 07 135 Maßregelvollzug	166
Kapitel 07 150 Sozialversicherung	170
Kapitel 07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung	176
Kapitel 07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin	189
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2015	198
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2016	200
Zusammenfassung der Stellenübersicht	202
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2015	203
Übersicht über Planstellen und Stellen des Einzelplans 2016	206
Dienstwohnungen des Einzelplanes	209
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	210

VORWORT

VERZEICHNIS

Verzeichnis der Behörden

Behörden

1. Landesamt für Soziales und Versorgung in Cottbus
2. Landesamt für Arbeitsschutz

Einrichtungen

Brandenburgisches Landesinstitut für Rechtsmedizin

Aufgabenbereich und Aufbau der Verwaltung sowie sonstige Erläuterungen zum Einzelplan

Der Einzelplan 07 enthält im Einzelnen die Einnahmen und Ausgaben folgender Kapitel:

Kapitel 07 010 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Kapitel 07 020 Allgemeine Bewilligungen

Kapitel 07 030 Arbeitsmarkt

Kapitel 07 040 Gesundheit

Kapitel 07 050 Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Kapitel 07 060 Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe

Kapitel 07 070 Förderung der Sozialstruktur

Kapitel 07 080 Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Kapitel 07 130 Landesamt für Arbeitsschutz

Kapitel 07 135 Maßregelvollzug

Kapitel 07 150 Sozialversicherung

Kapitel 07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Kapitel 07 190 Landesinstitut für Rechtsmedizin

In Umsetzung der Änderung der Geschäftsverteilung der Landesregierung wurde die Zuständigkeit für den Gesundheitsbereich vom bisherigen Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zum neuen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie verlagert. Die bisherigen Kapitel

- 10 040 - Gesundheit (mit Ausnahme der Ausgaben für den Luftrettungsdienst),
- 10 060 - Krankenhäuser und Krankenhausförderung
- 10 135 - Maßregelvollzug und
- 10 190 - Landesinstitut für Rechtsmedizin sowie
- die Einnahmen und Ausgaben des Prüfdienstes der Kranken- und Pflegeversicherungen bisher bei Kapitel 10 150 Titelgruppe 80

sind ab dem Haushaltsjahr 2015 vom Einzelplan 10 in den Einzelplan 07 umgesetzt.

Kapitel 07 010: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Aufgaben und Struktur der Behörde

Das Ministerium ist eine oberste Landesbehörde mit Sitz in Potsdam und setzt sich aus 4 Abteilungen zusammen. Das Ministerium ist zuständig für die Angelegenheiten

- der Frauenpolitik und der Gleichstellungsfragen
- der Arbeitsmarktpolitik einschließlich der regionalen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik, des Arbeitsrechts, des Lohn- und Tarifwesens, der beruflichen Weiterbildung, der außerbetrieblichen und betrieblichen beruflichen Bildung, der Grundversicherung für Arbeitsuchende, des Europäischen Sozialfonds, der Arbeitsmarkt- und besonderen Zielgruppenförderung, der Förderung von Existenzgründerinnen und -gründern, der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit sowie Produktsicherheit
- der Sozialpolitik, der Sozialhilfe, der Behindertenpolitik, der Alterssicherung, des Sozialen Entschädigungsrechts, des Schwerbehindertenrechts, der Unfallversicherung einschließlich der Aufsichts- und Kontrollaufgaben, der Sozialwahlen, der sozialen Belange und der Integration von ausländischen, aussiedelnden und sich um Asyl bewerbende Personen, der Förderung der Familie, der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (insbesondere regionale Netzwerke Gesunde Kinder) sowie der Seniorenpolitik und -hilfe, des bürgerschaftlichen Engagements sowie der sozialen Berufe
- der Gesundheitspolitik und Prävention, Gesundheitsrecht einschließlich des Rechts der Gesundheits- und Heilberufe, öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz, Zivil- und Katastrophenschutz im Gesundheitswesen, reproduktive Gesundheit, Gesundheitsvorsorge, Sucht- und Drogenpolitik, Krankenhauswesen, stationäre Rehabilitation und Kur- und Bäderwesen, psychiatrische Versorgung und Maßregelvollzug, Apothekenwesen, Medizinproduktwesen und Prüfung der Kranken- und Pflegeversicherungen einschließlich Aufsichts- und Kontrollaufgaben.

Für die unter den nachstehenden Kapiteln aufgeführten Behörden und sonstigen Einrichtungen ist das Ministerium die oberste Dienstbehörde.

Kapitel 07 020: Allgemeine Bewilligungen

Dieses Kapitel enthält insbesondere die für den gesamten Einzelplan zentral veranschlagten Mittel.

Kapitel 07 030: Arbeitsmarkt

In diesem Kapitel sind die Mittel für die Arbeitsmarktförderung des Landes Brandenburg insbesondere im Rahmen des „Arbeitspolitischen Programms Brandenburg“ veranschlagt. Mit diesen Mitteln wird vor allem die berufliche Erstausbildung junger Menschen, die Fachkräftesicherung, die Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen, die qualifizierende Beratung von Existenzgründerinnen, die Stärkung der regionalen Beschäftigungspolitik sowie die Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von benachteiligten Personen unterstützt.

Im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2007 bis 2013 sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen in folgenden Politikbereichen gefördert werden:

- Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen
- Verbesserung des Humankapitals
- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen
- Transnationale Maßnahmen.

Die Mittel für die EU-Förderperiode 2007 bis 2013 sind - jeweils getrennt nach ESF- und Landesmitteln - in den Titelgruppen 74 bis 77 veranschlagt.

Im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014 – 2020 sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen in folgenden Politikbereichen gefördert werden:

- Förderung der Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte,
- Soziale Inklusion und Bekämpfung von Armut und Diskriminierung,
- Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen,
- Soziale Innovation

Die Mittel für die EU-Förderperiode 2014 – 2020 sind – jeweils getrennt nach ESF- und Landesmitteln – in den Titelgruppen 78 bis 81 veranschlagt.

Das Kapitel enthält außerdem die Mittel zur Finanzierung der LASA Brandenburg GmbH, die als Dienstleistende im Bereich der Arbeitsmarktpolitik tätig ist, sowie Mittel zur Finanzierung der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), die das MASGF ab der Förderperiode 2014-2020 als Förderinstitut des Landes Brandenburg bei der Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Förderprogramme unterstützt.

Kapitel 07 040: Gesundheit

Im Kapitel 07 040 sind die Ausgaben für die Überwachungsleistungen nach dem Arzneimittelgesetz und dem Medizinproduktegesetz, für die Prävention, die Gesundheitsförderung, die Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker und den Gesundheitsschutz veranschlagt.

Darüber hinaus sind Mittel zur Förderung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe sowie der psychiatrischen Versorgung in diesem Kapitel enthalten.

Kapitel 07 050: Krankenhäuser und Krankenhausförderung

Das Kapitel enthält Ausgaben zur Förderung von Investitionen von Krankenhäusern aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) in Verbindung mit dem Brandenburgischen Krankenhausentwicklungsgesetzes (BbgKHEG).

Kapitel 07 060: Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe

In dem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts nach den folgenden Gesetzen, soweit sie dem Land zufließen oder vom Land zu tragen sind, veranschlagt:

- Bundesversorgungsgesetz (BVG) – Leistungen der Kriegsofopferfürsorge (20 % Land)
- Infektionsschutzgesetz (IfSG) – Entschädigungsleistungen für Personen, die einen Impfschaden erlitten haben (100 % Land),
- Opferentschädigungsgesetz (OEG) – Entschädigung für Personen, die Opfer einer Gewalttat geworden sind und einen gesundheitlichen Schaden erlitten haben (78 % Land),
- Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Entschädigung für Personen, die aufgrund von rechtsstaatswidrigem Freiheitsentzug einen gesundheitlichen Schaden erlitten haben (35 % Land),
- Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Entschädigung für Personen, die aufgrund von rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidungen einen gesundheitlichen Schaden erlitten haben (43 % Land),
- Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG) – finanzielle Hilfen an mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Betroffene (50 % Land)
- Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Ausgleichszahlungen und Leistungen für besondere berufliche Förderung (40 % Land)

Das Kapitel enthält auch die Haushaltsansätze für die Durchführung der Erstattung von Fahrgeldausfällen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Nahverkehr nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX).

Eine Sonderstellung nimmt die Verwaltung der Ausgleichsabgabe für nicht mit schwerbehinderten Menschen besetzte Pflichtarbeitsplätze ein (Titelgruppe 70). Die dort veranschlagten Mittel stellen ein Sondervermögen dar, das ausschließlich für Zwecke nach dem SGB IX verwendet werden darf.

Kapitel 07 070: Förderung der Sozialstruktur

In diesem Kapitel sind die Mittel für Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte veranschlagt, die das Land auf der Grundlage des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII) trägt.

Veranschlagt sind hier auch die Mittel für die Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz.

Darüber hinaus sind Mittel für die Ausfinanzierung von Krediten für geförderte soziale Einrichtungen im Rahmen des gemeinsam mit dem Bund finanzierten Investitionsprogramms Pflege, Mittel für sozialpolitische Maßnahmen wie die Integration von behinderten Menschen sowie für Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in der Altenpflege veranschlagt.

Weiterhin sind Mittel für die Förderung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und weiterer Landesverbände im sozialen Bereich und für landesweit wirkende Projekte im sozialen Bereich, insbesondere für die Zielgruppen pflegebedürftige und behinderte Menschen sowie Seniorinnen und Senioren veranschlagt.

Für jeweils ein gesondertes seniorenpolitisches und behindertenpolitisches Maßnahmenpaket und die Durchführung einer Pflegeoffensive sowie die Armutsbekämpfung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, sind eigene Mittel vorgesehen.

Weiterhin sind Ausgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Landessozialberichten vorgesehen.

Kapitel 07 080: Frauenförderung, Gleichstellung, Familie

Im Kapitel 07 080 sind die Mittel für Maßnahmen der Frauenpolitik und Gleichstellungsangelegenheiten, des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms, für Frauenhäuser sowie insbesondere für Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz und nach der Insolvenzordnung veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Mittel für Maßnahmen der Familienbildung, Familienberatung und Familienerholung in diesem Kapitel enthalten.

Veranschlagt sind hier auch die Mittel für die Kostenerstattung an die Landkreise, kreisfreien Städte und die Große kreisangehörige Stadt Schwedt/Oder, die das Land bei der Umsetzung des Betreuungsgeldes auf der Grundlage des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) trägt.

Kapitel 07 130: Landesamt für Arbeitsschutz

Aufgaben und Struktur der Behörde

Das Landesamt für Arbeitsschutz (LAS) ist eine das staatliche Arbeitsschutzrecht vollziehende Landesoberbehörde mit Dienstsitzen in Potsdam, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder) und Neuruppin. Es gliedert sich in einen Zentralbereich und drei Regionalbereiche.

Das Aufgabenfeld des LAS umfasst die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit sowie Aufgaben auf den Gebieten des Drittschutzes und der Produktsicherheit. In diesem Rahmen erfüllt das LAS auf der Grundlage

der durch Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften begründeten Zuständigkeiten in den Betrieben und an Arbeitsplätzen außerhalb von Betrieben unter anderem folgende Aufgaben:

- die Wirksamkeit der betrieblichen Arbeitsschutzorganisation,
- die sichere und ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitsmitteln und Arbeitsstätten,
- die Sicherheit von Anlagen, Maschinen, technischen Geräten und Produktionsverfahren,
- den Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen,
- die Einhaltung der Vorschriften für besonders schutzbedürftige Personen, wie Jugendliche und Mütter,
- die Einhaltung der Arbeitszeitbestimmungen einschließlich der Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr,
- den Umgang mit radioaktiven Stoffen und zum Schutz vor der Wirkung von ionisierender und nichtionisierender Strahlung,
- die Errichtung und den Betrieb von überwachungsbedürftigen Anlagen, wie Druckbehälter, Dampfkessel, Aufzüge, Tanklager u.a.,
- den Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen,
- das sichere Betreiben medizinisch-technischer Geräte,
- die Einhaltung der Vorschriften zum Bereitstellen von Produkten auf dem Markt,
- den Gefahrguttransport,
- arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung der Behörden, Einrichtungen und Betriebe der unmittelbaren Landesverwaltung sowie der Gerichte, Staatsanwaltschaften und der Beschäftigten im Strafvollzug.

Das LAS nimmt ferner folgende Aufgaben wahr:

- Unterstützung in der Gesundheitsaufklärung und –vorsorge im Bereich öffentliche Gesundheit sowie für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung (insbesondere Infektionsschutz, Infektionsepidemiologie und medizinischer Katastrophenschutz)
- Umsetzung des Berufsrechtes der akademischen und nichtakademischen Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe,
- Aufsicht über die Einrichtungen des Maßregelvollzuges im Land Brandenburg,
- Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit der Apotheken-, Arzneimittel- und Medizinprodukteüberwachung,
- Unterstützung der Gesundheitsberichterstattung.

Darüber hinaus ist das LAS mit der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) und Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) befasst.

Kapitel 07 135: Maßregelvollzug

Veranschlagt sind Mittel zur Erstattung aller im Rahmen des Vollzugs der Maßregeln der Besserung und Sicherung psychisch kranker Straftäterinnen und Straftäter entstehenden Kosten, einschließlich der Kosten von Nachsorgeeinrichtungen („Institutsambulanzen“). Die Versorgung psychisch kranker Straftäterinnen und Straftäter erfolgt vorrangig in Einrichtungen des Maßregelvollzuges im Land Brandenburg - im Bedarfsfalle auch in anderen Bundesländern. Nach Ausgliederung der Landeskrankenhäuser aus der Landesverwaltung im Haushaltsjahr 2006 wurde die Durchführung der hoheitlichen Aufgabe des Maßregelvollzuges per Beleihungsakt an private Träger übertragen.

Kapitel 07 150: Sozialversicherung

Die im Zusammenhang mit der Prüfung der Kranken- und Pflegeversicherung entstehenden Aufwendungen für Personal- und Sachausstattung des Prüfdienstes der Krankenkassen werden von den Kranken- und Pflegeversicherungen erstattet. Entsprechende Einnahmen und Ausgaben werden in diesem Kapitel nachgewiesen. Darüber hinaus sind die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit den turnusmäßig stattfindenden Sozialversicherungswahlen veranschlagt.

Kapitel 07 160: Landesamt für Soziales und Versorgung

Aufgaben und Struktur der Behörde

Das Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) ist eine Landesoberbehörde mit Sitz in Cottbus und weiteren Standorten in Frankfurt (Oder) und in Potsdam.

Das Landesamt für Soziales und Versorgung erfüllt insbesondere Aufgaben

- des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe und der überörtlichen Betreuungsbehörde,
- der Gewährung von Versorgungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und seiner Nebengesetze im Rahmen des sozialen Entschädigungsrechts,
- des Feststellungsverfahrens nach § 69 SGB IX sowie der Fahrgeldrückerstattung nach §§ 148 ff. SGB IX,
- des Integrationsamtes mit seinen Schwerpunktaufgaben der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe, des Kündigungsschutzes und der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben,
- als Aufsicht für unterstützende Wohnformen zur Umsetzung des Brandenburgischen Pflegebetreuungswohngesetzes und der Strukturqualitätsverordnung,
- der Aufsicht und Anerkennung im Bereich der Altenpflege- und sozialen Berufe,
- der Sozialberichterstattung,
- der Kostenerstattungen, Aufnahmen und Zuwendungen zur Integration von spätaussiedelnden Personen, jüdischen Zuwandernden und ausländischen Flüchtlingen sowie Entscheidungen nach dem Bundesvertriebenengesetz,

- zur Förderung der sozialen Infrastruktur sowie von Ausbildungsplätzen für Jugendliche im Land Brandenburg,
- zur Förderung und Anerkennung von Verbraucherinsolvenzberatungsstellen,
- zur investiven Förderung von Berufsbildungsstätten sowie Umsatzsteuerbefreiung für Bildungseinrichtungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, für Ausbildungs- und für Weiterbildungseinrichtungen von sozialen Berufen sowie der Zuerkennung der fachlichen Eignung zur beruflichen Ausbildung von Lehrlingen und Auszubildenden.

Kapitel 07 190: Brandenburgisches Landesinstitut für Rechtsmedizin

Das Brandenburgische Landesinstitut für Rechtsmedizin (BLR) ist eine sonstige Einrichtung des Landes Brandenburg nach § 13 Landesorganisationsgesetz (LOG). Am Standort Potsdam wird mit den drei Fachbereichen Forensische Medizin, Forensische Toxikologie und Forensische Molekularbiologie das gesamte Spektrum der rechtsmedizinischen Versorgung des Landes Brandenburg abgedeckt. Am Standort Frankfurt (Oder) befindet sich eine Prosektur als Teil des Fachbereiches Forensische Medizin.

Das BLR erfüllt nachfolgende Kernaufgaben:

- Obduktion gemäß § 87 Abs.4 S.1 StPO (Klärung von Todesart, -ursache und -zeitpunkt, Identität im Zusammenwirken der o. g. Fachbereiche mit Gesamtgutachtenerstellung)
- Erstellung von Gutachten nach §§ 73, 75, 77, 81 und 81a StPO (körperliche Untersuchung von Opfern sowie Täterinnen und Tätern, Untersuchung der Verhandlungsfähigkeit, osteologische Gutachten, Begutachtung von Arztrechtsfällen, Identitätsfeststellung, Begleitstoffanalytik, Fahreignungsbegutachtungen, weitere theoretische Gutachten nach Aktenlage)
- Blutalkohol- und Drogenanalysen gemäß „Richtlinie zur Feststellung von Alkohol, Medikamenten- und Drogeneinfluss bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten; Sicherstellung und Beschlagnahme von Führerscheinen“ vom 23. Juli 2000 (JMBl. S.87)

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, der IST-Ausgaben 2013 und der Haushaltsansätze 2014 – 2018

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Vorjahr gesamt	44	48	56	65	78	93
Zugänge:						
- Ruhestand	4	6	7	11	13	13
- Hinterbliebene	0	2	2	2	2	2
Gesamt	48	56	65	78	93	108

IST-/Sollausgaben in EUR **1.544.515** **2.289.900** **2.689.600** **3.269.800** **3.867.900** **4.466.000**

Die Aufwendungen für die Versorgungsbezüge sind im Kapitel 07 020 Titel 432 10 veranschlagt.

Übersicht über die Zahl der Beamtinnen und der Beamten für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet werden

Anzahl			Zuschlagssatz* in v.H.	2015		2016	
bis 2014	2015 (kumulativ, einschl. bis 2014)	2016 (kumulativ, einschl. bis 2015)		Zuschlag in EUR	durchschnittlicher Zuschlagsbetrag in EUR	Zuschlag in EUR	durchschnittlicher Zuschlagsbetrag in EUR
23	34	40	35	574.055	16.884	667.505	16.688
23	34	40		574.055		667.505	

Die Aufwendungen sind im Kapitel 07 020 Titel 919 35 veranschlagt.

Die Kalkulation der Zuschläge basiert für die bis 2013 eingestellten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter auf den tatsächlichen Personalkosten der Jahre bis 2013. Für die in den Jahren 2014 bis 2016 (geplant) eingestellten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter erfolgt eine Hochrechnung anhand von Personaldurchschnittskosten ausgehend vom vorgesehenen Einstellungsmonat.

Die durchschnittlichen Zuschlagsbeträge je Zuschlagssatz können daher zwischen den Einzelplänen schwanken.

* Anpassung der Zuschlagssätze ab dem HH 2015/2016 auf Basis des versicherungsmathematischen Gutachtens vom 2. Mai 2013. Die Zuschlagssätze differenzieren sich wie folgt:

- 33 % Einfacher und mittlerer Dienst / übrige Verwendung
- 35 % Gehobener und höherer Dienst / übrige Verwendung
- 38 % Einfacher und mittlerer Dienst / Polizei- und Justizvollzug
- 43 % Gehobener und höherer Dienst / Polizei- und Justizvollzug

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2007 bis 2013

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2015	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 74)

	07 030 / 684 74 und	07 030 / 684 75	28.594,3	26.636,3	0	1.958,0
A Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen			5.876,5	5.412,8	0	463,7
B Verbesserung des Humankapitals			9.685,5	8.967,0	0	718,5
C Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen			8.537,8	8.337,8	0	200,0
E Transnationale Maßnahmen			4.494,5	3.918,7	0	575,8

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 76)

Technische Hilfe	07 030 / TGr.77	749,9	560,9	0	189,0
------------------	-----------------	-------	-------	---	-------

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050 / TGr. 94)

Begleitung von Existenzgründungen		1.217,3	1.217,3	0	0
-----------------------------------	--	---------	---------	---	---

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2007 bis 2013

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2016	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 74)

	07 030 / 684 74 und	07 030 / 684 75	0	0	0	0
A Steigerung der Anpassungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen			0	0	0	0
B Verbesserung des Humankapitals			0	0	0	0
C Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen			0	0	0	0
E Transnationale Maßnahmen			0	0	0	0

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 76)

Technische Hilfe	07 030 / TGr.77	0	0	0	0
------------------	-----------------	---	---	---	---

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050 / TGr. 94)

Begleitung von Existenzgründungen		0	0	0	0
-----------------------------------	--	---	---	---	---

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2014 bis 2020

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2015	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 78)

	07 030 / 684 78 und	07 030 / 684 79	27.165,1	23.961,1	0	3.204,0
A Förderung von Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte			7.729,6	5.913,0	0	1.816,6
B Soziale Inklusion und Bekämpfung von Armut und Diskriminierung			3.347,2	3.277,8	0	69,4
C Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen			15.338,3	14.187,0	0	1.151,3
E Soziale Innovation			750,0	583,3	0	166,7

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 80)

D Technische Hilfe			2.854,0	2.283,2	0	570,8
--------------------	--	--	---------	---------	---	-------

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050 / TGr. 74)

Begleitung von Existenzgründungen			250,0	250,0	0	0
-----------------------------------	--	--	-------	-------	---	---

Einsatz von Mitteln der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für Zwecke des Einzelplanes

Förderperiode 2014 bis 2020

Fördermaßnahme (Kurzbezeichnung)	Bereitstellung der Landesmittel bei	Ausgabe insgesamt 2016	Finanzierung aus		
			EU-Mittel	Bundesmittel	Landesmittel
	HH-Stelle		Angaben in 1.000 EUR		

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 78)

	07 030 / 684 78 und	07 030 / 684 79	46.411,8	40.897,0	0	5.514,8
A Förderung von Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte			13.359,8	10.043,1	0	3.316,7
B Soziale Inklusion und Bekämpfung von Armut und Diskriminierung			11.023,1	10.787,0	0	236,1
C Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen			20.528,9	18.900,2	0	1.628,7
E Soziale Innovation			1.500,0	1.166,7	0	333,3

Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030 / TGr. 80)

D Technische Hilfe			2.854,0	2.283,2	0	570,8
--------------------	--	--	---------	---------	---	-------

Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050 / TGr. 74)

Begleitung von Existenzgründungen			950,0	950,0	0	0
-----------------------------------	--	--	-------	-------	---	---

Haushaltsübersicht 2015

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungs- einnahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
07010		12.400	1.256.000		1.268.400	13.870.700
07020		8.000		380.000	388.000	2.730.300
07030		431.000	101.953.400		102.384.400	1.300.000
07040		463.100		230.000	693.100	
07050				6.468.600	6.468.600	
07060		14.632.900	3.135.000	31.015.600	48.783.500	
07070		548.400	23.000		571.400	
07080		77.200			77.200	
07130		1.403.200			1.403.200	15.762.100
07135						749.700
07150						
07160		80.000			80.000	23.791.200
07190		1.300.000			1.300.000	1.536.600
Summe 2015		18.956.200	106.367.400	38.094.200	163.417.800	59.740.600
Summe 2014		16.822.800	150.724.000	46.607.100	214.153.900	48.980.000
Vgl. zu 2014		+2.133.400	-44.356.600	-8.512.900	-50.736.100	+10.760.600

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Haushaltsübersicht 2015

Einzelplan

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
2.948.500	1.838.300		520.800		19.178.300	-17.909.900
189.500	26.200			574.100	3.520.100	-3.132.100
1.041.500	86.784.600		250.000		89.376.100	+13.008.300
782.500	5.308.700		315.000		6.406.200	-5.713.100
			82.500.000		82.500.000	-76.031.400
	41.425.300		2.391.000	28.115.000	71.931.300	-23.147.800
250.000	494.711.500				494.961.500	-494.390.100
424.700	8.500.300				8.925.000	-8.847.800
3.025.800			363.100		19.151.000	-17.747.800
71.800	30.701.300		1.042.000		32.564.800	-32.564.800
						0
5.165.700			280.000		29.236.900	-29.156.900
616.400			20.800		2.173.800	-873.800
14.516.400	669.296.200		87.682.700	28.689.100	859.925.000	-696.507.200
12.653.600	679.101.800		94.185.700	17.830.700	852.751.800	-638.597.900
+1.862.800	-9.805.600		-6.503.000	+10.858.400	+7.173.200	-57.909.300

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Haushaltsübersicht 2016

Einzelplan

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Summe Einnahmen	4 Personalausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
07010		12.400	1.526.200		1.538.600	13.714.000
07020		8.000			8.000	3.310.500
07030		431.000	61.648.700		62.079.700	1.200.000
07040		341.400		230.000	571.400	
07050						
07060		14.647.900	3.080.000	28.120.800	45.848.700	
07070		548.400	23.000		571.400	
07080		77.200			77.200	
07130		1.403.200			1.403.200	15.602.700
07135						749.700
07150			3.000		3.000	
07160		80.000			80.000	23.083.500
07190		1.300.000			1.300.000	1.536.600
Summe 2016		18.849.500	66.280.900	28.350.800	113.481.200	59.197.000
Summe 2015		18.956.200	106.367.400	38.094.200	163.417.800	59.740.600
Vgl. zu 2015		-106.700	-40.086.500	-9.743.400	-49.936.600	-543.600

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Haushaltsübersicht 2016

Einzelplan

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
2.965.500	2.089.700		28.000		18.797.200	-17.258.600
189.500	26.200			-3.156.700	369.500	-361.500
1.001.500	75.781.300		250.000		78.232.800	-16.153.100
518.800	5.336.400		315.000		6.170.200	-5.598.800
			81.000.000		81.000.000	-81.000.000
	42.985.000		2.271.000	24.130.700	69.386.700	-23.538.000
250.000	516.294.700				516.544.700	-515.973.300
424.700	8.413.000				8.837.700	-8.760.500
3.003.900			263.100		18.869.700	-17.466.500
71.800	30.701.300		515.000		32.037.800	-32.037.800
3.000					3.000	0
5.374.100			280.000		28.737.600	-28.657.600
660.800			20.800		2.218.200	-918.200
14.463.600	681.627.600		84.942.900	20.974.000	861.205.100	-747.723.900
14.516.400	669.296.200		87.682.700	28.689.100	859.925.000	-696.507.200
-52.800	+12.331.400		-2.739.800	-7.715.100	+1.280.100	-51.216.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	0	0	0
---------------	------------	------------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 02.02.2005 (GVBl. II S. 94), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6.08.2014 (GVBl. II Nr. 55).

119 10	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen	2.000	2.000	2.000
---------------	------------	--------------------------------------	--------------	--------------	--------------

		aus Titelgruppen:	10.400	10.400	10.400
--	--	-------------------	---------------	---------------	---------------

		Summe HGr. 1:	12.400	12.400	12.400
--	--	---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

235 10	011	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen zu Titel 427 49.

		aus Titelgruppen:	0	1.256.000	1.526.200
--	--	-------------------	----------	------------------	------------------

		Summe HGr. 2:	0	1.256.000	1.526.200
--	--	---------------	----------	------------------	------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	891	Durchlaufende Posten	0	0	0
---------------	------------	-----------------------------	----------	----------	----------

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18.

		Summe HGr. 3:	0	0	0
--	--	---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Integrationsbeauftragte, Integrationsbeauftragter der Landesregierung

119 70	011	Sonstige Einnahmen	10.000	10.000	10.000
			14.333		

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsansprüchen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(231 70) 011 Sonstige Zuweisungen vom Bund

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 07 010/231 71 (Ist 2013: 855.584 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

(272 70) 011 Zuschüsse der Europäischen Kommission zur Durchführung eines Projektes zur multikulturellen Integration und gegen Rassismus

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 07 010/272 71 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70			10.000	10.000	10.000
-------------------------------------	--	--	---------------	---------------	---------------

TGr. 71 Durchführung von Projekten aus EU- oder Bundesförderprogrammen im Geschäftsbereich der Integrationsbeauftragten

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei TGr. 71.

Einnahmen oder Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben oder Mehrausgaben bei TGr. 71 herangezogen werden.

231 71	011	Zuweisungen des Bundes	0	1.256.000	1.526.200
neu			855.584		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 07 010/231 70 (Ist 2013: 855.584 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Bei diesem Titel werden Zuschüsse des Bundes vereinnahmt, die zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Umsetzung von Förderprogrammen des Bundes bereitgestellt werden.

Die Zuweisungen des Bundes werden in den Ausgabtiteln der Titelgruppe 71 verausgabt.

272 71	011	Zuweisungen der Europäischen Kommission	0	0	0
neu					

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 07 010/272 70 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Bei diesem Titel werden Zuschüsse der Europäischen Kommission vereinnahmt, die zur Durchführung von Projekten im Rahmen der Umsetzung von Förderprogrammen der Europäischen Kommission bereitgestellt werden.

Die Zuweisungen der Europäischen Kommission werden in den Ausgabtiteln der Titelgruppe 71 verausgabt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 71			0	1.256.000	1.526.200
-------------------------------------	--	--	----------	------------------	------------------

TGr. 80 Behindertenbeauftragte, Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg

119 80	011	Sonstige Einnahmen	400	400	400
--------	-----	---------------------------	------------	------------	------------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 010 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 119 80

Erläuterungen:

Einnahmen insbesondere aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsansprüchen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	400	400	400
-------------------------------------	------------	------------	------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	10.400	1.266.400	1.536.600
--	---------------	------------------	------------------

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
 07 010 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

421 10	011	Bezüge der Ministerin, des Ministers	141.700	150.300	150.300
			111.421		

Erläuterungen:

Amtsbezüge der Ministerin/des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Brandenburgischen Ministergesetzes (BbgMinG) einschließlich einer Dienstaufwandsentschädigung gemäß § 8 Abs. 3 des BbgMinG.

Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Vorschriften gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	3.848.500	5.140.400	5.040.400
			3.236.972		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	5.140.400	5.040.400
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
	Summe	5.140.400	5.040.400

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Staatssekretärin, Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	B5	hD	3,00	4,00	4,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	B3	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	1) B2	hD	13,00	14,00	14,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	11,00	13,00	13,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor / Wirtschaftsverwaltungsdirektorin, Wirtschaftsverwaltungsdirektor / Sozialdirektorin, Sozialdirektor	2) A15	hD	11,00	14,00	14,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Oberwirtschaftsverwaltungsrätin, Oberwirtschaftsverwaltungsrat / Obersozialrätin, Obersozialrat	A14	hD	17,00	21,00	21,00
davon ku: 3,00 nach A13 hD mit Ausscheiden der Stelleninhaber					
Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Wirtschaftsverwaltungsrätin, Wirtschaftsverwaltungsrat / Sozialrätin, Sozialrat	A13	hD	5,00	1,00	1,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	23,00	28,00	28,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	10,00	0,00	0,00
Amtsärztin, Amtsarzt / Gewerbeamtsärztin, Gewerbeamtsarzt	A12	gD	0,00	11,00	11,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	gD	10,00	0,00	0,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	A11	gD	0,00	12,00	12,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	A9	mD	2,00	2,00	2,00
Zusammen:			107,00	122,00	122,00
Leerstellen:					
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	0,00	1,00	1,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	0,00	1,00	1,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	0,00	1,00	1,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	1,00	0,00	0,00
Zusammen:			1,00	3,00	3,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) Auf diesen Planstellen können auch Richterinnen und Richter der Bes.-Gr. R1 und R2 geführt werden.
- 2) Auf diesen Planstellen können auch Richterinnen und Richter der Bes.-Gr. R1 und R2 geführt werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016			
Zugänge:					
Neue Stellen					
	1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Oberwirtschaftsverwaltungs-rätin, Oberwirtschaftsverwaltungs-rat / Obersozialrätin, Obersozialrat	Aufgabenzuwachs für Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
	1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Oberwirtschaftsverwaltungs-rätin, Oberwirtschaftsverwaltungs-rat / Obersozialrätin, Obersozialrat	Umsetzung Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz
	1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt-mann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	Aufgabenzuwachs für Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
	<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge neue Stellen		
	3,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
Abgänge:					
Abgänge infolge Einsparung					
	4,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Wirtschafts-verwaltungs-rätin, Wirtschafts-verwaltungs-rat / Sozialrätin, Sozialrat	
	<u>4,00</u>	<u>0,00</u>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
	4,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	<u>-1,00</u>	<u>0,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Umwandlung / Umsetzung					
Zugänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen					
	1,00	0,00	B5 hD	Ministerialdirigentin, Ministerialdirigent	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	1,00	0,00	B2 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	2,00	0,00	A16 hD	Ministerialrätin, Ministerialrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	3,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor / Wirtschafts-verwaltungs-direktorin, Wirtschafts-verwaltungs-direktor / Sozialdirektorin, Sozialdirektor	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	2,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Oberwirtschaftsverwaltungs-rätin, Oberwirtschaftsverwaltungs-rat / Obersozialrätin, Obersozialrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Wirtschafts-verwaltungs-rätin, Wirtschafts-verwaltungs-rat / Sozialrätin, Sozialrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	6,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	1,00	0,00	A12 gD	Amts-rätin, Amts-rat / Gewerbeamts-rätin, Gewerbeamts-rat	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt-mann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	Umsetzung von 10 010 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	<u>18,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
	18,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Wirtschaftsverwaltungs-rätin, Wirtschaftsverwaltungsrat / Sozialrätin, Sozialrat	Umsetzung nach 05 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	Umsetzung nach 05 010 / 422 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

2,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

2,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt

16,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Stellenumbenennungen:

10,00	0,00	A12 gD	von Amtsrätin, Amtsrat nach Amtsrätin, Amtsrat / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat
10,00	0,00	A11 gD	von Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann nach Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann

20,00 0,00

20,00 0,00

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat	gem. § 14 Abs. 1 HG 2013/2014
1,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	gem. § 14 Abs. 3 HG 2013/2014

2,00 0,00 Zugänge neue Stellen

Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	gem. § 14 Abs. 1 HG 2013/2014
------	------	--------	--	-------------------------------

1,00 0,00 Zugänge Haushaltsvollzug

3,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

1,00	0,00	A12 gD	Amtsrätin, Amtsrat
------	------	--------	--------------------

1,00 0,00 Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt

2,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

422 25 011 **Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)** 0 0 0

427 20 011 **Entgelte für Aushilfen** 0 0 0

752.094

Erläuterungen:

Wegen der Nichtplanbarkeit des Einsatzes von Aushilfen im Voraus wird künftig auf die Veranschlagung eines Ansatzes verzichtet. Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb des Personalbudgets.

427 49 011 **Entgelte für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung** 0 0 0

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Entgelten bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

428 10 011 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 6.220.500 8.322.800 8.230.500

5.970.832

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	371.200	371.200
1.2	tariflichen Entgelte	7.904.600	7.813.300
1.3	Entgelte für Auszubildende	47.000	46.000
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
Summe		8.322.800	8.230.500

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2014	2015	2016
AT I		2,00	4,00	4,00
E 15		4,00	9,00	9,00
E 14		2,00	2,00	2,00
davon ku:	1,00 nach E 13 mit Ausscheiden des Stelleninhabers			
E 13		0,00	1,00	1,00
E 12		22,00	19,00	19,00
E 11		6,00	7,00	7,00
E 10		0,00	3,00	3,00
E 9		1,00	1,00	1,00
E 8		4,00	5,00	5,00
E 6		4,00	4,00	4,00
E 4		2,00	2,00	2,00
Zusammen:		47,00	57,00	57,00
Auszubildende:				
AZUBIS		6,00	6,00	6,00
Zusammen:		6,00	6,00	6,00
Leerstellen:				
E 14		1,00	1,00	1,00
E 12		0,00	1,00	1,00
E 11		2,00	0,00	0,00
E 10		2,00	4,00	4,00
E 5		0,00	1,00	1,00
Zusammen:		5,00	7,00	7,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016	
Abgänge:			
Abgänge infolge Einsparung			
2,00	0,00	E 12	
1,00	0,00	E 11	
1,00	0,00	E 9	
1,00	0,00	E 6	
5,00	0,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
5,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-5,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 428 10

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	0,00	AT I	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
5,00	0,00	E 15	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	E 13	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
2,00	0,00	E 11	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
3,00	0,00	E 10	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	E 9	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	E 8	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	E 6	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

16,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

16,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	E 12	Umsetzung nach 05 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
------	------	------	--------------------------------	--

1,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

1,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt

15,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Leerstellen:

Zugänge:

Neue Stellen

1,00	0,00	E 12	gem. § 14 Abs. 2 i.V.m. Abs. 4 HG 2013/2014
2,00	0,00	E 10	gem. § 14 Abs. 3 HG 2013/2014

3,00 0,00 Zugänge neue Stellen

3,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

2,00 0,00 E 11

2,00 0,00 Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

2,00 0,00 Stellen Abgänge insgesamt

1,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	E 5	Umsetzung von 10 010 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
------	------	-----	-------------------------------	--

1,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

1,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

1,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

428 25 011 Entgelte aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

453 10 011 Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen 7.800 9.700 9.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 453 10

Erläuterungen:

	2015 EUR	2016 EUR
1. Trennungsgeld oder -entschädigung	2.700	2.700
2. Umzugskostenvergütungen	7.000	7.000
3. Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
Summe	9.700	9.700

aus Titelgruppen: **0** **247.500** **283.100**

Summe HGr. 4: **10.218.500** **13.870.700** **13.714.000**

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	65.000 66.297	92.900	92.900
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2015 EUR	2016 EUR
1. Geschäftsbedarf	30.800	30.800
2. Bücher, Zeitschriften	42.800	42.800
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	13.300	13.300
4. Sonstiges	6.000	6.000
Summe	92.900	92.900

Mehr wegen Vertragsschluss für "Juris"-Nutzung sowie wegen Umsetzung von 17.900 EUR aus Kapitel 10 010 Titel 511 10 infolge des Aufgabenübergangs.

511 20	011	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	37.900 27.756	37.000	37.000
--------	-----	---	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

	2015 EUR	2016 EUR
1. Postgebühren	15.000	15.000
2. Mobilfunkanschlüsse	11.900	11.900
3. Fernmeldegebühren	8.500	8.500
4. Sonstiges	1.600	1.600
Summe	37.000	37.000

Anzahl der mobilen Funktelefone (einschließlich Autotelefone): 17 Stück

514 10	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	400 155	500	500
--------	-----	--	-------------------	------------	------------

Erläuterungen:

	2015 EUR	2016 EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	0	0
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	250	250
3. Verbrauchsmittel	0	0
4. Sonstiges	250	250
Summe	500	500

514 25	011	Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	55.000 74.775	55.000	55.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 514 25

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	18.000	18.000
2.	allgemeinen Fahrdienst	37.000	37.000
Summe		55.000	55.000

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB beim Fahrzeugpool in Potsdam.

517 10	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	1.000	1.000
517 25	011	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells		550.900	479.100

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	MASGF, Häuser 3, 5, 8, 9, 10, 12, 14 und 23, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam	350.100	0
2.	MASGF, Henning-von-Tresckow-Straße	195.600	473.600
3.	Stiftung "Hilfe für Familien in Not"	4.000	4.200
4.	Potsdam, Kaiser, Friedrich-Str. 143	1.200	1.300
Summe		550.900	479.100

Mehr wegen Umsetzung der Betriebsnebenkosten von Kapitel 07 010 Titel 518 25 im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells und in 2015 wegen Umsetzung von 51.100 EUR aus Kapitel 10 010 Titel 517 25 infolge des Aufgabenübergangs.

518 25	011	Mietzahlungen an den BLB	818.100	809.100	943.100
--------	-----	---------------------------------	----------------	----------------	----------------

832.559

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	MASGF, Häuser 3, 5, 8, 9, 10, 12, 14 und 23, Heinrich-Mann-Allee 103, 14473 Potsdam (einschl. Stellplatzkosten und Unterhaltspauschale)	332.400	0
2.	MASGF, Henning-von-Tresckow-Straße	466.800	933.200
3.	Stiftung "Hilfe für Familien in Not"	6.900	6.900
4.	Potsdam, Kaiser-Friedrich-Str. 143	3.000	3.000
Summe		809.100	943.100

Mehr in 2016 wegen Umzugs in ein neues Dienstgebäude und Abschluss einer neuen Einzelnutzungsvereinbarung.

525 10	011	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	37.300	46.600	46.600
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

47.978

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	46.600	46.600
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		46.600	46.600

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
 07 010 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 525 10

In den veranschlagten Mitteln sind für Maßnahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements 4.300 EUR enthalten. Mehr wegen Umsetzung von 9.300 EUR aus Kapitel 10 020 Titel 525 11 infolge des Aufgabenübergangs.

526 10	011	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	63.000 10.036	38.000	38.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Einnahmen aus der Erstattung von Rechtsanwaltskosten und Gerichtsgebühren fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger in 2015 wegen Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

527 10	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	66.800 51.873	82.500	82.500
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung von 15.700 EUR aus Kapitel 10 010 Titel 527 10 infolge des Aufgabenübergangs.

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	600 2.581	600	600
--------	-----	---	---------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Tätigkeit der Personal- und der Hauptpersonalvertretung.

529 10	011	Verfügungsmittel	5.100 3.468	5.200	5.200
--------	-----	-------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Ministerin, Minister	3.500	3.500
2.	Staatssekretärin, Staatssekretär	900	900
3.	Präsidentin, Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung Cottbus	350	350
4.	Direktorin, Direktor des Landesamtes für Arbeitsschutz	350	350
5.	Dienststellenleitung des Landesgesundheitsamtes	100	100
Summe		5.200	5.200

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Aus den Belegen muss die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktion der Teilnehmenden erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

533 10	011	Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen, Sitzungen und Veranstaltungen	8.000 5.859	13.000	13.000
--------	-----	---	-----------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für Sitzungen, Tagungen, Amtseinführungen und -verabschiedungen, Konferenzen und Veranstaltungen des MASGF einschließlich Geschäftsbereich.

Mehr in 2015 wegen Anpassung an voraussichtlichen Bedarf.

533 20	011	Aufwendungen für die Gremien nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG)	5.000 213	5.000	5.000
--------	-----	---	---------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 Satz 6 - 8 sowie § 4 Abs. 2 BbgVergG vom 21.09.2011 i. V. m. § 1 der BbgVergGZÜV vom 29.03.2012 (GVBl. II Nr. 22) wurden der ÖPNV-Beirat und die Mindestlohnkommission aufgrund von Rechtsverordnungen eingerichtet.

Veranschlagt sind Haushaltsmittel für die Durchführung der turnusmäßigen Sitzungen und für die Erstattung von Aufwendungen der Mitglieder dieser Gremien für Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz sowie für nachgewiesenen Verdienstaufschlag.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

539 10 011 Ordensverleihung, offizielle Glückwünsche 0 0 0

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebracht zur Finanzierung der Rahmgestaltung von Ordensverleihungen (Feierstunde, Blumengebinde, Urkunden etc.).

546 10 011 Sonstiges 8.000 8.000 8.000

6.324

Erläuterungen:

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für Auslagen für Vorstellungsbereisen und Stellenausschreibungen.

546 15 012 Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB 948.100 935.600 982.200

839.032

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze	95.500	94.900
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	11.300	11.900
3.	Zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gemäß Ziffer 1. und 2.	203.000	199.800
4.	Weitere Servicevereinbarungen	625.800	675.600
Summe		935.600	982.200

Anpassung an die Änderung der Kalkulation der Verrechnungssätze zur Inanspruchnahme der Leistungen des ZIT. Diese decken nur noch die sog. Front-End-Kosten ab. Die Differenz zur bisherigen Vollkostenkalkulation wird durch einen zentralen Betriebskostenzuschuss im Einzelplan 03 gedeckt.

	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client	
	HH-Jahr 1	HH-Jahr 2	HH-Jahr 1	HH-Jahr 2	HH-Jahr 1	HH-Jahr 2	HH-Jahr 1	HH-Jahr 2
1	2		3		4		5	
1. APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	16,80	16,80	15,60	15,60	25,60	25,60	16,80	16,80
2. Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	95	93	42	42	124	124		
3. Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	21	23	12	12	2	2		

546 30 011 Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen 0 80.000 0

164

Erläuterungen:

Mehr in 2015 wegen Umzugs auf die neue Liegenschaft in der Henning-von-Tresckow-Straße.

547 10 011 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben 0 0 0

aus Titelgruppen: 66.800 187.600 175.800

Summe HGr. 5: 2.185.100 2.948.500 2.965.500

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10 011 Sonstige Zuweisungen an Länder 12.100 12.100 12.100

11.872

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 632 10

Erläuterungen:

Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben der Länder im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie. Auf der Grundlage einer Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung der Aufgaben werden die Finanzierungsanteile der Länder entsprechend dem Königsteiner Schlüssel an die oberste Arbeitsschutzbehörde des Landes bereitgestellt, bei dem die Vorsitzführung des Länderausschusses für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) liegt. Die Haushaltsstelle ist ausgebracht für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg.

685 20	011	Zuschuss an die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	37.600 16.255	37.600	37.600
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Vollzug von Aufgaben im Bereich der Befugniserteilung, Anerkennung, Notifizierung, Benennung und Überwachung von Stellen		7.600	7.600
2.	Vollzug von Aufgaben im Bereich der Koordinierung der Marktüberwachung im Rahmen des Produktsicherheitsgesetzes		30.000	30.000
Summe			37.600	37.600

Die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) ist zur Erfüllung von an die Länder gerichteten EU-rechtlichen Anforderungen errichtet worden. Sie vollzieht in verschiedenen Rechtsgebieten die Aufgaben der Länder im Bereich der Befugniserteilung, Anerkennung, Notifizierung, Benennung und Überwachung von Stellen.

Darüber hinaus vollzieht die ZLS seit 2013 Aufgaben der Länder im Bereich der Koordinierung der Marktüberwachung im Rahmen des Produktsicherheitsgesetzes.

Die Mittel sind veranschlagt für den Ausgleich von Ausgaben, die durch die ZLS keinen Gebührentatbeständen und -schuldern zugerechnet werden können. Die Verteilung dieser Ausgaben auf alle Länder erfolgt gemäß Artikel 3 des "Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik" vom 16./17. Dezember 1993, zuletzt geändert durch Abkommen vom 15. Dezember 2011. Die Haushaltsstelle ist ausgebracht für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg.

aus Titelgruppen: 782.100 1.788.600 2.040.000

Summe HGr. 6: 831.800 1.838.300 2.089.700

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	56.000	511.800	19.000
--------	-----	--	---------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Erstbeschaffung			
1.1	Erstbeschaffung		511.800	0
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>511.800</i>	<i>0</i>
2.	Ersatzbeschaffung			
2.1	Ersatzbeschaffung von Mobilien		0	19.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>0</i>	<i>19.000</i>
Summe			511.800	19.000

Mehr in 2015 wegen Erstausrüstung mit Mobilien im neuen Dienstgebäude auf der Liegenschaft Henning-von-Tresckow-Straße.

aus Titelgruppen: 9.000 9.000 9.000

Summe HGr. 8: 65.000 520.800 28.000

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	891	Durchlaufende Posten	0	0	0
--------	-----	-----------------------------	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 382 18 geleistet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 70 Integrationsbeauftragte, Integrationsbeauftragter der Landesregierung

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

Erläuterungen:

EU-Mittel

Aus den veranschlagten Mitteln der Titelgruppe werden Landesmittel bereitgestellt, um zufließende EU-Mittel kofinanzieren zu können.

Bundesmittel

Aus den veranschlagten Mitteln der Titelgruppe werden Landesmittel bereitgestellt, um zufließende Bundesmittel kofinanzieren zu können.

427 70	011	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
			211.482		

511 70	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	600	600	600
			460		

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.		Geschäftsbedarf	0	0
2.		Bücher, Zeitschriften	600	600
3.		Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0
4.		Sonstiges	0	0
Summe			600	600

525 70	011	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

526 70	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	3.500	3.500	3.500
			3.072		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Sachverständige und gutachterliche Tätigkeiten im Rahmen der Befassung mit Härtefällen und von Opfern rassistischer Überfälle, um Schadenersatzansprüche geltend machen zu können, sowie für erforderliche Tätigkeiten von Dolmetschenden und Übersetzenden.

527 70	011	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

531 70	011	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	5.900	5.900	5.900
			23.397		

Erläuterungen:

Öffentlichkeitsarbeit des/der Integrationsbeauftragten zur Information ausländischer Zuwandernder und der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere Druckkosten für Broschüren.

539 70	011	Integrationspreis des Landes Brandenburg	5.000	5.000	5.000
---------------	-----	---	--------------	--------------	--------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 539 70

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Verleihung eines jährlichen Integrationspreises für beispielhaftes Engagement im Bereich der Zuwanderungsintegration.

541 70	011	Aufwendungen für Veranstaltungen	4.400 9.465	4.400	4.400
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Landesweit wirksame Veranstaltungen und Fachkonferenzen.

681 70	011	Humanitäre Soforthilfe für natürliche Personen	3.400 741	3.400	3.400
--------	-----	---	---------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Linderung akuter Notlagen in humanitär begründeten Einzelfällen.

684 70	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger	745.400 1.348.961	835.400	845.400
--------	-----	--	-----------------------------	----------------	----------------

Aus diesem Titel können auch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen der Integrationsbeauftragten oder des Integrationsbeauftragten bestritten werden.

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für den selben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	315.000	315.000
davon fällig:		
2016 bis zu	315.000	
2017 bis zu		315.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		315.000			315.000
2016			315.000		315.000
2017				315.000	315.000
2018					
2019 ff.					
Summen		315.000	315.000	315.000	945.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 684 70

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Zuwendungen für laufende Zwecke an Initiativen und Vereine, die für interkulturelle Verständigung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen wirken	305.400	305.400
2.	Zuwendungen an die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen e.V. (RAA) im Land Brandenburg	440.000	440.000
3.	Spezifische Angebote zur Integration von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund	60.000	60.000
4.	Zuwendungen an lokale Initiativen zum Aufbau einer Willkommenskultur	30.000	40.000
Summe		835.400	845.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **768.200 858.200 868.200**

TGr. 71 Durchführung von Projekten aus EU- oder Bundesförderprogrammen im Geschäftsbereich der Integrationsbeauftragten

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei den Titeln 231 71 und 272 71 geleistet werden.

Ausgaben oder Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen oder Mehreinnahmen bei den Titeln 231 71 und 272 71 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Zuwendungen und von Zinsen fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen auch vor Eingang der bei den Titeln 231 71 und 272 71 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes bereits Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu den Titeln 231 71 und 272 71.

427 71 neu	011	Entgelte für befristet Beschäftigte	247.500	283.100
511 71 neu	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0
525 71 neu	011	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	3.000	3.000
526 71 neu	011	Sachverständige, Gutachten und ähnliche Kosten	0	0
527 71 neu	011	Reisekostenvergütung für Dienstreisen	12.500	10.500
531 71 neu	011	Kosten für Veröffentlichungen, Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit	20.000	10.000
541 71 neu	011	Aufwendungen für Veranstaltungen und Tagungen	17.000	20.000
546 71 neu	011	Übrige sächliche Verwaltungsausgaben	39.500	41.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 546 71

Erläuterungen:

Der Titel ist vorgesehen für Ausgaben für die Nutzung der Infrastruktur des MASGF, beispielsweise für anteilige Raumnutzung, Kopier-, Porto- und Telekommunikationskosten.

631 71	011	Erstattungen an den Bund		0	0
neu					
684 71	011	Zuwendungen für laufende Zwecke an freie Träger		916.500	1.157.900
neu					

Nachrichtlich: Summe TGr. 71 1.256.000 1.526.200

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2018 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

422 79	011	Planstellen mit kw-Vermerk (Beamtinnen, Beamte)		0	0
neu					

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	0,00	3,00	3,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung				
	2,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung				
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A12	gD	0,00	2,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung				
	1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung				
Zusammen:			0,00	5,00	5,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016		
Zugänge:				
Sonstige Zugänge				
4,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat	Umsetzung von 07 010 / 422 10
4,00	0,00	Sonstige Zugänge		
4,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
4,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Umwandlung / Umsetzung

	2015	2016		
Zugänge:				
Umwandlungen und Umsetzungen				
2,00	0,00	A12 gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	Umsetzung von 10 010 / 422 79 Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
2,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 79

Abgänge:

Umwandlungen und Umsetzungen		A13 hD		Regierungsrätin, Regierungsrat		Umsetzung nach 05 010 / 422 79		Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung	
1,00	0,00								
1,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen							
1,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt							
1,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)							

428 79 011 Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer) 0 0 0

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2014	2015	2016
E 14		1,00	2,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung			
E 12		0,00	2,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung			
E 11		1,00	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung			
E 10		8,00	1,00	0,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung			
E 9		0,00	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung			
E 6		0,00	3,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung			
Zusammen:		10,00	10,00	7,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016	
Zugänge:			
Sonstige Zugänge			
2,00	0,00	E 12	Umsetzung von 07 010 / 428 10
1,00	0,00	E 11	Umsetzung von 07 010 / 428 10
1,00	0,00	E 9	Umsetzung von 07 010 / 428 10
1,00	0,00	E 6	Umsetzung von 07 010 / 428 10
5,00	0,00	Sonstige Zugänge	
5,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
Abgänge:			
Abgänge infolge Einsparung			
0,00	1,00	E 14	
1,00	0,00	E 11	
0,00	1,00	E 10	
7,00	0,00	E 10	
0,00	1,00	E 6	
8,00	3,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
8,00	3,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-3,00	-3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 428 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00 0,00 E 14

Umsetzung von 10 010 / 428 79

Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

2,00 0,00 E 6

Umsetzung von 10 010 / 428 79

Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

3,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

3,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

3,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79

0

0

0

TGr. 80 Behindertenbeauftragte, Behindertenbeauftragter des Landes Brandenburg

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

511 80	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	300	300	300
--------	-----	--	------------	------------	------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	0	0
2.	Bücher, Zeitschriften	300	300
3.	Geräte, Ausstattungsgegenstände	0	0
4.	Sonstiges	0	0
Summe		300	300

526 80	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	500	500	500
--------	-----	---	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Ausgaben für die Landesarbeitsgemeinschaften für Heimbeiräte und kommunale Behindertenbeiräte.

531 80	011	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	600	600	600
--------	-----	--	------------	------------	------------

Erläuterungen:

Pflege der Internetpräsenz des Landesbeauftragten.

533 80	011	Aufwendungen für Lehrgänge und Tagungen	1.600	1.600	1.600
			4.416		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Teilnahme an bundesweiten Tagungen	400	400
2.	Tagungen der kommunalen Behindertenbeauftragten	800	800
3.	Tagungen des Behindertenbeauftragten zu Sachfragen	400	400
Summe		1.600	1.600

539 80	011	Sonderpreis für die Ausbildung von Menschen mit Behinderung		0	0
neu					

681 80	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an natürliche Personen		0	0
neu					

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

684 80 011 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen 33.300 33.300
 neu

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von Maßnahmen in der Behindertenarbeit mit folgenden Schwerpunkten:

- von und für Menschen mit Behinderungen
- Darstellung über das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderungen
- Erfahrungsaustausch und freizeitliche Aktivitäten von Menschen mit Behinderungen
- eigene Initiierungen des Landesbehindertenbeauftragten

Mehr in 2015 wegen Umsetzung von Kapitel 07 010 Titel 685 80.

685 80 011 Maßnahmen des Behindertenbeauftragten 33.300 0 0
30.764

Erläuterungen:

Umgesetzt nach Kapitel 07 010 Titel 539 80 und 684 80.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 36.300 36.300 36.300

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99 011 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie 10.000 21.400 14.400
 Entgelte für Kommunikation 8.177

Einnahmen aus dem Verkauf von wiederverwendbarem Verbrauchsmaterial fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Hardware	0	0
2.	Software	6.900	6.900
3.	Unterhaltung	0	0
4.	Kommunikation	0	0
5.	Sonstiges	14.500	7.500
Summe		21.400	14.400

Mehr in 2015 wegen Umzugs auf die Liegenschaft in der Henning-von-Tresckow-Straße.

525 99 011 Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel 19.400 31.000 36.000
15.926

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	31.000	36.000
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		31.000	36.000

Mehr in 2015 und 2016 wegen Anpassung an den Bedarf nach EL.DOK-Einführung und wegen Umsetzung von 5.800 EUR aus Kapitel 10 020 Titel 546 15 infolge des Aufgabenübergangs.

538 99 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 15.000 20.800 17.800
1.446

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für die Fortschreibung des Sicherheitskonzeptes des MASGF.

812 99 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- 9.000 9.000 9.000
 ständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 10.294

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 812 99

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Software (Fachverfahren)	9.000	9.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>9.000</i>	<i>9.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Hardware (PC-, Server-, Netztechnik)	0	0
2.2	Software (Updates-Standardsoftware)	0	0
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
	Summe	9.000	9.000

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	53.400	82.200	77.200
-------------------------------------	---------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	857.900	2.232.700	2.507.900
---	----------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	12.400	12.400	12.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	1.256.000	1.526.200
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		12.400	1.268.400	1.538.600

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	10.218.500	13.870.700	13.714.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	2.185.100	2.948.500	2.965.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	831.800	1.838.300	2.089.700
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	65.000	520.800	28.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		13.300.400	19.178.300	18.797.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-13.288.000	-17.909.900	-17.258.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 15	011	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0
---------------	-----	-----------------------------------	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Rückzahlungen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

132 10	011	Veräußerung von beweglichen Sachen	8.000	8.000	8.000
			1.568		

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen		0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen		8.000	8.000
Summe			8.000	8.000

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(119 10)	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0		
-----------------	-----	--------------------------------------	----------	--	--

(119 25)	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0		
-----------------	-----	---	----------	--	--

Summe HGr. 1:	8.000	8.000	8.000
----------------------	--------------	--------------	--------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

359 10	851	Entnahme aus der Rücklage Verwaltungsbudget	0	380.000	0
			1.469.264		

359 11	851	Entnahme aus der Rücklage Personalbudget	0	0	0
			1.179.033		

Summe HGr. 3:	0	380.000	0
----------------------	----------	----------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 64.

235 64	011	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit	0	0	0
			5.411		

Erläuterungen:

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesagentur für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freiwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 64	0	0	0
-----------------------	---------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
-----------------------	----------------------------------	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

432 10	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie deren Hinterbliebene	2.289.900	2.689.600	3.269.800
			1.544.515		

Erläuterungen:

Die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ist im Vorwort des Einzelplanes in einer Übersicht nachgewiesen. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg.

443 10	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	6.200	7.800	7.800
			8.329		

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt. Zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung ist das Arbeitssicherheitsgesetz erlassen worden.

Nach § 16 dieses Gesetzes ist im öffentlichen Dienst ein den Grundsätzen des Gesetzes gleichwertiger arbeitstechnischer und sicherheitstechnischer Arbeitsschutz zu gewährleisten.

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Unfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte (Richterinnen und Richter und sonstige Amtsträgerinnen und Amtsträger nach dem LBG)	5.600	5.600
2.	Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden	600	600
3.	Sonstiges	1.600	1.600
Summe		7.800	7.800

Aus diesem Titel können auch Ausgaben für einzelne Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements finanziert werden. Auf Grundlage der Handlungsempfehlungen der Landesverwaltung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement gehören dazu beispielsweise gesundheitliche Präventionsmaßnahmen in Form von Beratungs- und Informationsangeboten zum Abbau gesundheitsriskanten Verhaltens und zur Gesundheitsförderung für betroffene Beschäftigte.

443 30	313	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	45.000	32.900	32.900
			24.003		

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan zur Bestellung von Betriebsärzten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie für alle Standorte außerhalb Potsdams veranschlagt. Die rechtliche Grundlage bildet die Unfallverhütungsvorschrift für Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit (DGUV V2).

Weniger wegen der Bündelung von Aufgaben bei dem neu errichteten Kompetenzzentrum für Sicherheit und Gesundheit (vgl. Erläuterungen bei Kapitel 07 130 Titelgruppe 80).

Summe HGr. 4:			2.341.100	2.730.300	3.310.500
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 20	313	Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeitsschutzes	50.000	40.000	40.000
			30.377		

Erläuterungen:

Kosten für ärztliche Untersuchungen nach § 44 Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) für

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	14.000 Erstuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz) und 1.300 Nach- und Ergänzungsuntersuchungen (§§ 33 - 35 und 38 Jugendarbeitsschutzgesetz)	35.000	35.000
2.	Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz (§ 55 Jugendarbeitsschutzgesetz)	5.000	5.000
Summe		40.000	40.000

Weniger in 2015 wegen Anpassung an tatsächlichen Bedarf.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
07 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

531 10	011	Veröffentlichungen und Dokumentation	61.300	80.000	80.000
			25.757		

Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 LHO wird zugelassen, dass Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich bzw. gegen ermäßigtes Entgelt abgegeben werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Aufklärungsaktionen und Informationsveranstaltungen über Entwicklungen der Berufsstruktur und des Arbeitsmarktes, über berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten und die entsprechenden Förderbedingungen, über ergänzende sozial-, frauen- und familienpolitische Aufgaben im Land Brandenburg.
 Mehr wegen Umsetzung von 13.700 EUR aus Kapitel 10 010 Titel 531 10 infolge des Aufgabenübergangs.

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	3.500	3.500	3.500
			2.156		

531 30	029	Zusammenarbeit mit Osteuropa	2.000	2.000	2.000
---------------	------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Maßnahmen des technischen Arbeitsschutzes	1.000	1.000
2.	Maßnahmen des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes	1.000	1.000
	Summe	2.000	2.000

Die Mittel stehen für die Fortführung und den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Arbeitsschutzbehörde des Landes Brandenburg und der Staatlichen Arbeitsinspektion Polens auf den Gebieten des technischen sowie des sozialen und medizinischen Arbeitsschutzes zur Verfügung. Dazu werden Arbeitsschutzkonferenzen, Erfahrungsaustausche, Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen finanziert sowie Kosten für Dolmetscherleistungen, Öffentlichkeitsarbeit u. ä. erstattet.

539 10	011	Preisgelder		0	0
neu					

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht für die Auslobung von Preisgeldern im Rahmen von Wettbewerben.

542 10	299	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-Neuntes Buch	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

546 15	014	Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	0	0	0
			-144		

546 20	014	Entgelte für IT-Dienstleistungen und Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	48.000	64.000	64.000
			52.645		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Umsetzung fachlich-inhaltlicher Aufgaben des MASGF.
 Mehr wegen Umsetzung von 16.000 EUR aus Kapitel 10 020 Titel 546 15 infolge des Aufgabenübergangs.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

(546 16)	012	Ausgaben für die Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	0		
(546 25)	011	Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0		
(549 20)	881	Globale Minderausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben	0		

Summe HGr. 5: 164.800 189.500 189.500

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 20	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine und Gesellschaften	15.700 15.724	26.200	26.200
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 020/685 20 (Ist 2013: 5.028 Euro, Ansatz 2014: 5.100 Euro).

Im Geschäftsbereich bestehen folgende Mitgliedschaften:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Deutscher Verein zur Bekämpfung von Viruskrankheiten	1.600	1.600
2.	Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose	1.000	1.000
3.	Landesvereinigung Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. (Gründung Mai 2009)	2.600	2.600
4.	Geschäftsstelle Nationaler Impfplan	10.000	10.000
5.	DIN und Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASl)	1.100	1.100
6.	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	5.000	5.000
7.	Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger	3.800	3.800
8.	Arbeitsgruppe der deutschen Integrationsämter	1.100	1.100
Summe		26.200	26.200

Die Geschäftsstelle "Nationaler Impfplan" wurde mit Beschluss der 86. Gesundheitsministerkonferenz neu errichtet. Gleichzeitig hat sich die Beteiligung am Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose erhöht.

Summe HGr. 6: 15.700 26.200 26.200

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

919 10	851	Zuführung zu der Rücklage Verwaltungsbudget	0 1.478.365	0	0
919 11	851	Zuführung zu der Rücklage Personalbudget	0 3.773.879	0	0
919 35	018	Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg"	481.900 322.612	574.100	667.600

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 919 35

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Zuführung an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg". Auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen erfolgt die Kalkulation eines Zuschlags zu den in den Gruppen 421 und 422 veranschlagten Bruttobezügen der nach dem 01.01.2009 erstmalig ernannten Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. Das Sondervermögen dient der vollständigen Finanzierung der Versorgungslasten der nach diesem Stichtag übernommenen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. Die Mittel werden vom Ministerium der Finanzen bewirtschaftet. Mehr in 2015 und 2016 wegen Anpassung an Fallzahlenanstieg.

Erstmals im Einzelplan 07 berücksichtigte Beamtinnen und Beamte

Anzahl 2015: 11
 Anzahl 2016: 6

Eine Übersicht über die Zahl der Beamtinnen und Beamten, für die Zuführungen an das Sondervermögen "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" geleistet werden, findet sich im Vorwort des Einzelplanes.

Die Übersicht zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Versorgungsfonds des Landes Brandenburg" wird im Einzelplan 20 am Ende des Kapitels 20 710 ausgewiesen.

972 10	881	Globale Minderausgaben		0	-3.824.300
neu					

Summe HGr. 9:			481.900	574.100	-3.156.700
----------------------	--	--	----------------	----------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 64 Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 235 64 geleistet werden.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Seit dem Haushaltsjahr 2000 werden die Altersteilzeitfälle aus dem gesamten Einzelplan in der ausgebrachten Titelgruppe 64 aufgeführt.

Übersicht der Inanspruchnahme der Altersteilzeit im Einzelplan 07
Stand: 31.12.2013

Kapitel	Bezeichnung	Anzahl der ATZ-Fälle seit 2000	davon Blockzeit	davon kontinuierlich Teilzeit
07 010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	72	66	6
07 130	Landesamt für Arbeitsschutz	87	82	5
07 160	Landesamt für Soziales und Versorgung	208	200	8
Summe		367	348	19

Nachbesetzungen: 90

422 64	011	Bezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter in der Altersteilzeitarbeit	0	0	0
			1.377.623		

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Bezüge der Beamtinnen und Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen bzw. als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Leerstellen:					
Ministerialrätin, Ministerialrat	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialrätin, Ministerialrat	A16	hD	3,00	3,00	3,00
Leitende Gewerbedirektorin, Leitender Gewerbedirektor	A16	hD	2,00	2,00	1,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	2,00	2,00	2,00
Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor	A15	hD	5,00	4,00	3,00
Gewerberätin, Gewerberat	A13	hD	1,00	1,00	0,00
Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	1,00	1,00	1,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	A13	gD	3,00	4,00	4,00
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	1,00	1,00	1,00
Gewerbeamtsärztin, Gewerbeamtsarzt	A12	gD	5,00	5,00	5,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamt-mann	A11	gD	2,00	1,00	0,00
Regierungsoberinspektorin, Regie-rungsoberinspektor	A10	gD	2,00	1,00	2,00
Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	1,00	1,00	1,00
Regierungshauptsekretärin, Regie-rungshauptsekretär	A8	mD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			30,00	28,00	25,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 64

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2015 2016

Leerstellen:

Zugänge:

Sonstige Zugänge					
1,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat		Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	A10 gD	Regierungsüberinspektorin, Regierungsüberinspektor		Freistellungsphase ATZ
<hr/>					
1,00	1,00	Sonstige Zugänge			
1,00	1,00	Stellen Zugänge insgesamt			

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)					
0,00	1,00	A16 hD	Leitende Gewerbedirektorin, Leitender Gewerbedirektor		Ende Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	A15 hD	Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor		Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	A15 hD	Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor		Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	A13 hD	Gewerberätin, Gewerberat		Ende Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann		Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann		Ende Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	A10 gD	Regierungsüberinspektorin, Regierungsüberinspektor		Ende Freistellungsphase ATZ
<hr/>					
3,00	4,00	Sonstige Abgänge			
3,00	4,00	Stellen Abgänge insgesamt			
-2,00	-3,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

428 64	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Altersteilzeitarbeit	0	0	0
			3.814.380		

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelung als Nachbesetzung eingestellt worden sind.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2014	2015	2016
Leerstellen:			
E 15	6,00	7,00	7,00
E 14	13,00	10,00	8,00
E 12	0,00	7,00	6,00
E 11	23,00	17,00	13,00
E 10	2,00	2,00	1,00
E 9	27,00	26,00	20,00
E 8	3,00	2,00	1,00
E 6	6,00	9,00	9,00
E 5	5,00	5,00	4,00
E 4	0,00	1,00	0,00
Zusammen:	85,00	86,00	69,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2015 2016

Leerstellen:

Zugänge:

Sonstige Zugänge					
1,00	0,00	E 15			Freistellungsphase ATZ
7,00	0,00	E 12			Freistellungsphase ATZ
3,00	0,00	E 6			Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	E 4			Freistellungsphase ATZ
<hr/>					
12,00	0,00	Sonstige Zugänge			
12,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt			

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 428 64

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

0,00	2,00	E 14	Ende Freistellungsphase ATZ
3,00	0,00	E 14	Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	E 12	Ende Freistellungsphase ATZ
6,00	0,00	E 11	Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	4,00	E 11	Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	E 10	Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	6,00	E 9	Ende Freistellungsphase ATZ
1,00	0,00	E 9	Ende Freistellungsphase ATZ
1,00	1,00	E 8	Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	E 5	Ende Freistellungsphase ATZ
0,00	1,00	E 4	Ende Freistellungsphase ATZ
11,00	17,00	Sonstige Abgänge	
11,00	17,00	Stellen Abgänge insgesamt	
1,00	-17,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Nachrichtlich: Summe TGr. 64 0 0 0

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	8.000	8.000	8.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	380.000	0
Gesamteinnahme		8.000	388.000	8.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	2.341.100	2.730.300	3.310.500
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	164.800	189.500	189.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15.700	26.200	26.200
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	481.900	574.100	-3.156.700
Gesamtausgabe		3.003.500	3.520.100	369.500
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-2.995.500	-3.132.100	-361.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	253	Gebühren, sonstige Entgelte	6.000 6.732	6.000	6.000
--------	-----	------------------------------------	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind im Wesentlichen die Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Umsatzsteuerbefreiungen nach § 4 Nr. 21a (bb) Umsatzsteuergesetz sowie Gebühren für die widerrufliche Zuerkennung der fachlichen Eignung gem. § 22 b Abs. 5 Handwerksordnung und gem. § 30 Abs. 6 Berufsbildungsgesetz.

112 10	253	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Vorsorglich vorgesehen für die Erhebung von Geldbußen gem. § 121 Betriebsverfassungsgesetz.

119 10	253	Sonstige Verwaltungseinnahmen	500	500	500
--------	-----	--------------------------------------	------------	------------	------------

119 15	253	Rückflüsse aus Zuwendungen	400.000 143.071	400.000	400.000
--------	-----	-----------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei den Titeln 546 70 und 546 71 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel einschließlich Europäischer Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006.

119 25	253	Rückflüsse aus Zinseinnahmen	2.000 58.068	2.000	2.000
--------	-----	-------------------------------------	------------------------	--------------	--------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei den Titeln 546 74 und 546 75 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013.

119 35	253	Rückflüsse aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes 2000 - 2006	0 7.458	0	0
--------	-----	--	-------------------	----------	----------

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 35 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch für Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel aus dem Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes 2000 - 2006.

119 45	253	Rückflüsse aus Mitteln des Bundes	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 45 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch für Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel des Bundes.

119 55	253	Rückflüsse aus Zinseinnahmen		0	0
--------	-----	-------------------------------------	--	----------	----------

neu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 119 55

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei den Titeln 546 78 und 546 79 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2014 bis 2020.

162 10	253	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Zinszahlungen für Darlehen, die aus Mitteln dieses Kapitels ausgereicht wurden.

182 10	253	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	22.500	22.500	22.500
			18.750		

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Darlehen, die aus Mitteln dieses Kapitels ausgereicht wurden.

Summe HGr. 1:			431.000	431.000	431.000
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	252	Zuweisungen des Bundes zur Weiterleitung an die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	0	0	0
			171.497.197		

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 633 10. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 633 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 633 10.

231 20	253	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
			281.454		

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 684 63 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen des Bundes im Rahmen der Vereinbarungen des Bundes und der neuen Bundesländer und Berlins über die Ausbildungsplatzprogramme Ost vereinnahmt. Die Ausgaben werden bei Titel 684 63 nachgewiesen.

271 10	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2014 - 2020	15.000.000	12.480.800	49.046.700
--------	-----	---	-------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Erstattungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderperiode 2014 - 2020 vereinnahmt. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 78, entsprechende Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 79 nachgewiesen.

Weniger in 2015 und mehr in 2016 wegen Anpassung an das tatsächliche OP-Volumen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	347.921.785 EUR
Vereinnahmt in 2014	0 EUR
Veranschlagt in 2015	12.480.800 EUR
Veranschlagt 2016	49.046.700 EUR
Vorbehalten 2017 ff.	286.394.285 EUR

271 15	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2014 - 2020	2.400.000	520.000	2.043.600
--------	-----	--	------------------	----------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 271 15

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Erstattungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderperiode 2014 - 2020 vereinnahmt. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 80, entsprechende Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 81 nachgewiesen.
Weniger in 2015 und mehr in 2016 wegen Anpassung an das tatsächliche OP-Volumen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	14.496.741 EUR
Vereinnahmt in 2014	0 EUR
Veranschlagt in 2015	520.000 EUR
Veranschlagt in 2016	2.043.600 EUR
Vorbehalten 2017 ff.	11.933.141 EUR

272 10	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage der Operationellen Programme des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2000 bis 2006	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Restzahlungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt.

272 15	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für die Förderperiode 2007 bis 2013	126.442.500 121.177.906	85.394.500	7.988.500
--------	-----	---	-----------------------------------	-------------------	------------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 vereinnahmt. Die Mittel werden bis zu 25 vH vom Land kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 74, entsprechende Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 75 nachgewiesen.
Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	541.750.277 EUR
Vereinnahmt in 2007 bis 2014	448.367.277 EUR
Veranschlagt in 2015	85.394.500 EUR
Veranschlagt 2016	7.988.500 EUR
Vorbehalten 2017 ff.	0 EUR

272 20	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Restzahlungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt.

272 25	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013	4.207.500 5.049.079	3.558.100	2.569.900
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe aus dem Europäischen Sozialfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 vereinnahmt. Die Mittel werden vom Land in Höhe von 25 vH kofinanziert. Die EU-Mittel werden ausgabeseitig bei Titelgruppe 76, entsprechende Komplementärmittel des Landes bei Titelgruppe 77 nachgewiesen.

Voraussichtliche Gesamteinnahmen	24.809.970 EUR
Vereinnahmt in 2007 bis 2014	18.681.970 EUR
Veranschlagt in 2015	3.558.100 EUR
Veranschlagt in 2016	2.569.900 EUR
Vorbehalten 2017 ff.	0 EUR

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 030 **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 272 25

Weniger in 2016 wegen Auslaufens der Förderperiode.

272 50	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Bundes für die Förderperiode 2000 bis 2006	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Restzahlungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Bundes für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt.

272 51	253	Zuweisungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Bundes für die Förderperiode 2000 bis 2006	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Restzahlungen der Europäischen Kommission für Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds auf der Grundlage des Operationellen Programms des Bundes für die Förderperiode 2000 bis 2006 vereinnahmt.

Summe HG. 2:			148.050.000	101.953.400	61.648.700
---------------------	--	--	--------------------	--------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 62 Förderungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des gemeinsamen Förderkonzeptes für die Förderperiode 1994 bis 1999

119 62	253	Sonstige Einnahmen	0	0	0
			13.634		

Erläuterungen:

Vorgesehen für Rückerstattungen aus Vorjahren, insbesondere aus gewährten Zuwendungen aus dem Operationellen Programm 1994 bis 1999.

271 62	253	Zuweisungen für laufende Zwecke	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der Europäischen Kommission aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) vereinnahmt. Vorsorglich vorgesehen für eventuelle Restzahlungen von der Europäischen Kommission für die Operationellen Programme des Landes 1994 bis 1999.

272 62	253	Zuschüsse der EU zu den aus ESF-Mitteln finanzierten Gemeinschaftsinitiativen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die Zuweisungen der EU vereinnahmt, die zur Finanzierung von EU-Gemeinschaftsinitiativen (z. B. Beschäftigung, ADAPT, RECHAR, RESIDER, KONVER, INTERREG) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) bestimmt sind. Vorsorglich vorgesehen für eventuelle Restzahlungen von der Europäischen Kommission für die EU-Gemeinschaftsinitiativen 1994 bis 1999.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	0	0
--	--	--	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

429 51	253	Technische Hilfe im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF- Mittel)	0	0	0
429 52	253	Technische Hilfe im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)	0	0	0
aus Titelgruppen:			1.500.000	1.300.000	1.200.000
Summe HGr. 4:			1.500.000	1.300.000	1.200.000

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	253	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	0	0	0
546 35	253	Erstattung von Rückflüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes 2000 - 2006	0	0	0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 35 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung von Rückflüssen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes 2000 - 2006 an den Bund.

546 45	253	Erstattung von Rückflüssen aus Mitteln des Bundes	0	0	0
<i>Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 45 geleistet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Vorgesehen für die Erstattung von Rückflüssen aus Mitteln des Bundes an den Bund.					
aus Titelgruppen:			1.651.500	1.041.500	1.001.500

Summe HGr. 5:			1.651.500	1.041.500	1.001.500
---------------	--	--	-----------	-----------	-----------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	252	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte aus Mitteln des Bundes im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II	0	0	0
			171.497.197		

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt sich der Bund gemäß § 46 Abs. 5 SGB II zweckgebunden an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II. Die Beteiligungssätze erhöhen sich jeweils um einen Wert in Prozentpunkten. Dieser entspricht den Gesamtausgaben für die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II sowie nach § 6 b des Bundeskindergeldgesetzes (§ 46 Abs. 6 SGB II).

Die entsprechenden Zuweisungen des Bundes werden bei Titel 231 10 vereinnahmt und über Titel 633 10 an die Landkreise und kreisfreien Städte weitergeleitet.

633 20	253	Landesmittel zur Kofinanzierung des Bundesprogramms Kommunal-Kombi	0	0	0
			5.894		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 633 20

Erläuterungen:

Bundesmittel

Die Ausgaben waren vorgesehen zur Kofinanzierung des Bundesprogramms zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden sollten. Die Programmdauer betrug fünf Jahre. Eine Förderung eines Arbeitsplatzes war max. für die Dauer von drei Jahren, längstens bis zum 31.12.2012 möglich. An der Finanzierung des Bundesprogramms beteiligten sich der Bund, das Land und die Kommunen. Der Zuschuss des Landes betrug pro geförderten Arbeitsplatz monatlich 150 EUR.

633 30	253	Landesprogramm Arbeit für Brandenburg	699.000	600.000	300.000
			2.508.919		

Die Ausgaben sind übertragbar.

Die Mittel sind von der Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz ausgenommen.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	260.800	600.000			860.800
2016		300.000			300.000
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	260.800	900.000			1.160.800

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Finanzierung des Landesprogramms Arbeit für Brandenburg unter Nutzung von Bundesmitteln und Mitteln der Kommunen. Die Laufzeit des Programms beträgt insgesamt fünf Jahre. Die Finanzierung dient der Schaffung von geförderten Beschäftigungsverhältnissen im gemeinwohlorientierten Bereich.

Der Zuschuss des Landes pro gefördertem Beschäftigungsverhältnis wird im Wege der Festbetragsfinanzierung gewährt. Die Förderung der einzelnen Beschäftigungsverhältnisse ist maximal für die Dauer von drei Jahren möglich.

Weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

671 10	253	Erstattungen an die LASA Brandenburg GmbH	720.000	7.671.500	3.038.500
			6.935.500		

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Die LASA Brandenburg GmbH ist nach ihrem Gesellschaftszweck eine landesweit tätige Einrichtung der Arbeitsförderung auf den Gebieten der Qualifizierung und Ausbildung von Zielgruppen und Akteuren der Arbeitsmarktförderung sowie der Umsetzung von arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen einschließlich der Bescheiderteilung, Auszahlung der Mittel und - soweit von den Mittelgebern zugelassen - deren treuhänderischen Verwaltung; dies umfasst die Verpflichtung zur Prüfung auf antragsgemäße Verwendung der Mittel und erforderlichenfalls Rückforderung.

Als Dienstleister ist die LASA Brandenburg GmbH für die Umsetzung des "Arbeitspolitischen Programms Brandenburg für die EU-Förderperiode 2007 - 2013" verantwortlich. Sie nimmt ihre Aufgabe auf der Grundlage eines vom Land gem. § 44 Abs. 2 LHO erteilten besonderen Beleihungsaktes wahr. Die LASA Brandenburg GmbH ist seit dem Jahr 2014 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

Im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Vertrages sind gegebenenfalls auch Ausgaben im Bereich der Verwaltungsprüfungen im Zusammenhang mit der Erstellung der Ausgabenklärungen, die aus Mitteln der technischen Hilfe gedeckt werden (vergleiche Titelgruppe 76 und 77), vorgesehen.

Mehr in 2015, da das "Arbeitspolitische Programm Brandenburg für die EU-Förderperiode 2007 - 2013" weiterhin über die LASA abgewickelt wird.

Weniger in 2016, da die Durchführung der Arbeitsförderung, insbesondere des ESF-Fördermittelmanagements (EU-Förderperiode 2007 bis 2013) weitgehend beendet sein wird.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

671 20	253	Erstattungen an die Investitionsbank des Landes Brandenburg	8.600.000 619.121	2.895.700	6.628.300
--------	-----	---	----------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Ab 2015 werden die Umsetzungskosten für das "Arbeitspolitische Programm des Landes Brandenburg" gemäß Rahmenvertrag für die Vorbereitung des neuen OP 2014 bis 2020 an die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) erstattet. Darin eingeschlossen sind die der ILB vertraglich zugesicherten Entgelte für die mit Mitteln aus dem ESF gegenfinanzierten Programme anderer Ressorts. Vorgesehen sind gegebenenfalls auch Ausgaben im Bereich der Verwaltungsprüfungen im Zusammenhang mit der Erstellung der Ausgabeerklärungen, die aus Mitteln der technischen Hilfe gedeckt werden (vergleiche Titelgruppen 76 und 77).

Auf die einzelnen Ressorts entfallen:

Einzelplan	Ansatz 2015	Ansatz 2016
04 MdJEV	154.224,98 EUR	251.418,28 EUR
05 MBJS	245.797,19 EUR	651.782,83 EUR
06 MWFK	123.572,07 EUR	254.656,24 EUR
08 MWE	36.700,83 EUR	160.564,85 EUR
10 MLUL	12.121,11 EUR	47.236,16 EUR
11 MIL	40.405,72 EUR	67.425,81 EUR
gesamt	612.821,90 EUR	1.433.084,17 EUR

Weniger in 2015, da gemäß Rahmenvertrag für die Vorbereitung der EU-Förderperiode 2014 - 2020 Kosten an die ILB erstattet werden.

Mehr in 2016, da die ILB die gesamte Umsetzung des "Arbeitspolitischen Programms Brandenburg für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020" ff. übernehmen wird.

671 30	253	Erstattungen an einen Dienstleister	0 208.474	0	0
--------	-----	-------------------------------------	--------------	---	---

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebracht für Erstattungen an einen Dienstleister zur Weiterführung des arbeitspolitischen Beratungsbereiches insbesondere mit dem Schwerpunkt der Regionalberatung.

684 10	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger neu		200.000	280.000
--------	-----	--	--	---------	---------

Erläuterungen:

	2015 EUR	2016 EUR
1. Integration jugendlicher Flüchtlinge in die Berufsausbildung und Qualifizierung	200.000	280.000
Summe	200.000	280.000

Feststellung berufsbezogener Kompetenzen jugendlicher Flüchtlinge ohne Schul- oder Berufsabschluss, Vermittlung in ausbildungsvorbereitende Maßnahmen bzw. Ausbildung und (Nach-)Begleitung zum Erwerb eines qualifizierten Abschlusses.

684 50	253	Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Bundes, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)	0	0	0
aus Titelgruppen:			92.050.000	75.417.400	65.534.500
Summe HGr. 6:			102.069.000	86.784.600	75.781.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 63 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Berufsausbildung

*Ausgaben bei Titel 684 63 dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 20 geleistet werden.
Ausgaben bei Titel 685 63 und 686 63 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 893 63 geleistet werden.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.
Ausgaben bei Titel 684 63 dürfen vor Eingang der bei Titel 231 20 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.*

526 63	153	Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung	1.500	1.500	1.500
			795		

Erläuterungen:

Nach dem Berufsbildungsgesetz vom 23.03.2005 (BGBl. I S. 931) besteht ein Landesausschuss für Berufsbildung, der entsprechend seiner Geschäftsordnung Unterausschüsse gebildet hat. Veranschlagt sind Entschädigungen für Aufwand, Fahrkosten und Verdienstaufschlag der Mitglieder sowie sonstige Sachausgaben, die den Ausschüssen bei der Durchführung ihrer Aufgaben entstehen.

684 63	253	Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost	0	0	0
			281.454		

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden die anteiligen Bundesmittel im Rahmen der Ausbildungsplatzprogramme Ost 2007, 2008 und 2009 verausgabt (vgl. Titel 231 20).

685 63	153	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

686 63	153	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

893 63	153	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	250.000	250.000	250.000
			250.000		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	50.000	50.000
davon fällig:		
2016 bis zu	50.000	
2017 bis zu		50.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		50.000			50.000
2016			50.000		50.000
2017				50.000	50.000
2018					
2019 ff.					
Summen		50.000	50.000	50.000	150.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 893 63

Erläuterungen:

Bundesmittel

Aus den veranschlagten Mitteln werden insbesondere Landesmittel bereitgestellt, um die vom Bund bereitgestellten Mittel kofinanzieren zu können. Die Mittel des Bundes fließen nicht über den Landeshaushalt.

Die Zuschüsse sind vorgesehen zur Förderung von Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Ergänzungs- und Ersatzausstattung sowie Modernisierung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten im Bereich der Industrie- und Handelskammern	100.000	100.000
2.	Ergänzungs- und Ersatzausstattung sowie Modernisierung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten im Bereich der Handwerkskammern	100.000	100.000
3.	Ergänzungs- und Ersatzausstattung sowie Modernisierung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten zu Kompetenzzentren	50.000	50.000
Summe		250.000	250.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 63 251.500 251.500 251.500

TGr. 70 Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

546 70 253 Erstattung zuviel erhobener Einnahmen 0 0
neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Abrechnung von Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

684 70 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 0 0 0
42.653

685 70 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

686 70 253 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 0 0 0

TGr. 71 Förderungen im Rahmen der Operationellen Programme des Landes Brandenburg, Teil Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

546 71 253 Erstattung zuviel erhobener Einnahmen 0 0
neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 15 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Abrechnung von Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

684 71 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 0 0 0
9.540

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

685 71	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

686 71	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 71			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 72 Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur ESF-Mittel)

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

429 72	253	Personalausgaben	0	0	0
--------	-----	------------------	---	---	---

547 72	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
--------	-----	-------------------------------	---	---	---

685 72	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 72			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 73 Technische Hilfe zur Ziel-1-Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2000 bis 2006 (nur Landesmittel)

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

429 73	253	Personalausgaben	0	0	0
--------	-----	------------------	---	---	---

547 73	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
--------	-----	-------------------------------	---	---	---

685 73	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 73			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 74 Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 76 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 74 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 74 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 75.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 15 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die EU-Mittel zur Umsetzung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF). Entsprechende Einnahmen von der EU kommen bei Titel 272 15 auf. Das Land kofinanziert die Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 25 vH der Gesamtausgaben aus der Titelgruppe 75.

Die Mittel sind mit einem Anteil von 56,8 vH für das Fördergebiet Nord-Ost und mit einem Anteil von 43,2 vH für das Fördergebiet Süd-West einzusetzen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Für das Gesamtprogramm ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 74)	Anteil Land (TGr. 75)
Voraussichtliche Gesamtkosten	573.964.210	541.750.280	32.213.930
Verausgabt in 2007 bis 2014	522.868.869	494.535.880	28.332.989
Veranschlagt in 2015	36.458.500	34.500.500	1.958.000
verbleiben *)	14.636.841	12.713.900	1.922.941
Veranschlagt in 2016	0	0	0

*) Der verbleibende Betrag wird - soweit erforderlich - im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2015 gemäß § 8 Abs. 4 HG 2015/2016 in Anspruch genommen werden.

Gefördert werden sollen Arbeitsförderungsmaßnahmen im Rahmen folgender Politikbereiche:

	2015 EUR	2016 EUR
A Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen		
Kompetenzentwicklung aus der Weiterbildungsrichtlinie	1.650.000	0
Einstiegszeit für Jugendliche	1.000.000	0
Programm "Wert.Arbeit"	487.300	0
Sozialpartnerrichtlinie	1.086.690	0
Bildungsscheck aus der Weiterbildungsrichtlinie	1.602.500	0
Campus plus	50.000	0
<i>Summe zu A</i>	<i>5.876.490</i>	<i>0</i>
B Verbesserung des Humankapitals		
Richtlinie für Wissenschaft und Forschung (MWFK)	562.810	0
College (MWFK)	253.420	0
APRO 2009	270.000	0
PAV - Allgemeine Verbundausbildung	2.050.000	0
PAV - Spezifische Verbundausbildung	2.150.000	0
PAV - Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (MASGF, MLUL)	2.275.000	0
Freiwilliges Ökologisches Jahr (MLUL)	568.260	0
Freiwilliges Soziales Jahr (MBJS)	270.730	0
Freiwilliges Soziales Jahr - Kultur (MWFK)	180.000	0
Freiwilliges Soziales Jahr - Denkmalpflege (MWFK)	140.000	0
Initiative Oberschule - IOS (MBJS)	1.790.280	0
Innovationstransfer Berufsorientierung (MBJS)	96.140	0
Türöffner	22.680	0
LANDaktiv (MLUL)	192.500	0
Innovationsassistentin und -assistent	1.897.850	0
Brandenburg-Stipendium	1.000.000	0
Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte (MBJS)	37.610	0
Altersgerechte Weiterbildung	20.000	0
<i>Summe zu B</i>	<i>13.777.280</i>	<i>0</i>
C Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen		
Programm zur Weiterbildung von Migrantinnen und Migranten zur Fachkraft für Sozialarbeit	20.000	0
Berufspädagogische Maßnahmen im Rahmen Jugendhilfe (MBJS)	1.359.440	0
Kooperation Jugendhilfe/Schule (MBJS)	1.724.630	0
Qualifizierung im Strafvollzug (MdJEV)	688.380	0
Perspektive Arbeit - Regionale Projekte für Arbeitslose	2.846.550	0
Integrationsbegleiterinnen und -begleiter	2.221.280	0
Lohnkosten Älterer/Alleinerziehender	3.000.000	0
Sprache und Integration	450.000	0
<i>Summe zu C</i>	<i>12.310.280</i>	<i>0</i>
E Transnationale Maßnahmen		
Richtlinie Transnationalität	4.494.450	0
<i>Summe zu E</i>	<i>4.494.450</i>	<i>0</i>
Summe	36.458.500	0

Die ausgewiesenen Beträge enthalten keine Landesmittel für die Umsetzung von Richtlinien der anderen Ressorts der Landesregierung.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

546 74 253 Erstattung zuviel erhobener Einnahmen 0 0
neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Abrechnung von Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

684 74 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 70.000.000 34.500.500 0
67.275.115

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	4.374.300	15.000.000			19.374.300
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	4.374.300	15.000.000			19.374.300

Erläuterungen:

Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

685 74 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

686 74 253 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 74 70.000.000 34.500.500 0

TGr. 75 Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 77 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben bei Titel 684 75 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 79.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 75 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 75 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 74.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind die anteiligen Landesmittel zur Umsetzung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF). Das Land kofinanziert die bei Titelgruppe 74 veranschlagten Zuweisungen von der Europäischen Kommission mit bis zu 25 vH der Gesamtausgaben.

Die Mittel sind mit einem Anteil von 56,8 vH für das Fördergebiet Nord-Ost und mit einem Anteil von 43,2 vH für das Fördergebiet Süd-West einzusetzen.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 74.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

546 75 253 Erstattung zuviel erhobener Einnahmen 0 0
neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Abrechnung von Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

684 75 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 3.900.000 1.958.000 0
2.866.502

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	33.900	200.000			233.900
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	33.900	200.000			233.900

Erläuterungen:

Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

685 75 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

686 75 253 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 75 3.900.000 1.958.000 0

TGr. 76 Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 76 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 74.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben bei Titel 429 76 und 547 76 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 77 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 76 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 272 25 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Aus dem Operationellen Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds 2007 bis 2013 dürfen bis zu 4 vH des Gesamtbetrages für Technische Hilfe im Rahmen der Programmumsetzung eingesetzt werden. Das Land kofinanziert die EU-Mittel mit 25 vH aus Titelgruppe 77. Die Einnahmen kommen bei Titel 272 25 auf. Die Mittel sind mit einem Anteil von 56,8 vH für das Fördergebiet Nord-Ost und mit einem Anteil von 43,2 vH für das Fördergebiet Süd-West einzusetzen. Ausgaben sind insbesondere vorgesehen für Maßnahmen zur Vorbereitung, Begleitung, Bewertung und Kontrolle der Programmumsetzung. Im Rahmen der Technischen Hilfe werden Mittel insbesondere eingesetzt für die Finanzierung von Zeitarbeitsverträgen, für die Anmietung von EDV-Technik zur Ausstattung von Arbeitsplätzen der in befristeten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, für Werk- und Dienstleistungsverträge sowie für Kommunikationsmaßnahmen, Veröffentlichungen, Studien und Tagungen. Im Rahmen der Technischen Hilfe geleistete Personalausgaben sowie Reisekosten und Trennungsgeld (im Rahmen der Fortbildung) werden aus buchungstechnischen Gründen einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes bei Titel 429 76 bzw. 547 76 nachgewiesen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Für die Technische Hilfe ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 76)	Anteil Land (TGr. 77)
Voraussichtliche Gesamtkosten	32.984.323	24.810.000	8.174.323
Verausgabt in 2007 bis 2014	30.523.965	22.976.809	7.547.156
Veranschlagt in 2015	749.900	560.900	189.000
verbleiben *)	1.710.458	1.272.291	438.167
Veranschlagt in 2016	0	0	0

*) Der verbleibende Betrag wird - soweit erforderlich - im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2015 gemäß § 8 Abs. 4 HG 2015/2016 in Anspruch genommen werden.

429 76	253	Personalausgaben	262.500	0	0
			1.427.707		

Der Titel gehört nicht zum Personalbudget.

Erläuterungen:

Die Stellen waren für Aufgaben der Verwaltungs-, Bescheinigungs- und Akkreditierungsbehörde zum ESF ausgebracht und wurden aus Mitteln der Technischen Hilfe finanziert. Seit dem Haushaltsjahr 2014 werden die Stellen in der Titelgruppe 80 dieses Kapitels veranschlagt.
Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

547 76	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	472.500	75.000	0
			806.528		

Der Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	61.300				61.300
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	61.300				61.300

Erläuterungen:

Die Ausfinanzierung der eingegangenen Verbindungen erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus den beim Titel 685 76 veranschlagten Mitteln.
Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

685 76	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	315.000	485.900	0
			1.481.743		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 685 76

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	7.500				7.500
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	7.500				7.500

Erläuterungen:

Mehr in 2015 in Anpassung an den Bedarf. Weniger in 2016 wegen Auslaufens der Förderperiode.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 76	1.050.000	560.900	0
-------------------------------------	-----------	---------	---

TGr. 77 Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 77 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 75.

Einsparungen bei Titelgruppe 77 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 429 76 und 547 76.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 77 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind anteilige Landesmittel in Höhe von 25 vH zur Kofinanzierung der im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) von der EU zur Verfügung gestellten Mittel für die Technische Hilfe. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titelgruppe 76 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Die Mittel sind mit einem Anteil von 56,8 vH für das Fördergebiet Nord-Ost und mit einem Anteil von 43,2 vH für das Fördergebiet Süd-West einzusetzen.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 76.

429 77	253	Personalausgaben	87.500	0	0
---------------	------------	-------------------------	---------------	----------	----------

Der Titel gehört nicht zum Personalbudget.

Erläuterungen:

Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

547 77	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	157.500	25.000	0
---------------	------------	--------------------------------------	----------------	---------------	----------

261.803

Der Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 547 77

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	21.900				21.900
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	21.900				21.900

Erläuterungen:

Die Ausfinanzierung der eingegangenen Verbindungen erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit aus den beim Titel 685 77 veranschlagten Mitteln.
Weniger wegen Auslaufens der Förderperiode.

685 77	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	105.000	164.000	0
			493.914		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	2.500				2.500
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen	2.500				2.500

Erläuterungen:

Mehr in 2015 in Anpassung an den Bedarf. Weniger in 2016 wegen Auslaufens der Förderperiode.

Nachrichtlich: Summe TGr. 77	350.000	189.000	0
-------------------------------------	----------------	----------------	----------

TGr. 78 Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2014 bis 2020 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 80 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 78 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 78 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 79.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 271 10 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die EU-Mittel zur Umsetzung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014 - 2020. Entsprechende Einnahmen von der EU kommen bei Titel 271 10 auf.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Für das Gesamtprogramm ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 78)	Anteil Land (TGr. 79)
Voraussichtliche Gesamtkosten	434.902.231	347.921.785	86.980.446
Verausgabt in 2014	0	0	0
Veranschlagt in 2015	37.695.000	34.491.000	3.204.000
Veranschlagt in 2016	64.880.500	59.365.700	5.514.800
Vorbehalten in 2017 ff.	332.326.731	254.065.085	78.261.646

		2015 EUR	2016 EUR
A	Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte		
	Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen	3.212.500	6.632.500
	Beratungsprojekte Fachkräftesicherung und -entwicklung	3.321.300	5.531.510
	Sozialpartner-Richtlinie	1.195.790	1.195.790
	Kompetenzentwicklung in Kultur- und Kreativwirtschaft (MWFK, MWE)	560.000	980.000
	<i>Summe zu A</i>	<i>8.289.590</i>	<i>14.339.800</i>
B	Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung		
	Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen inklusive Familienintegration	3.000.000	9.842.510
	Haftvermeidung durch soziale Integration (MdJEV)	1.082.180	1.114.650
	Zuwanderung und Vielfalt als Chance	347.224	1.180.550
	<i>Summe zu B</i>	<i>4.429.404</i>	<i>12.137.710</i>
C	Investition in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen		
	Initiative SEK I (MBSJ)	2.516.116	4.822.718
	Kompetenzzentrum Landwirtschaft (MLUL)	62.500	150.000
	Projekte Jugendhilfe Schule 2020 (MBSJ)	1.319.170	3.166.000
	Berufspädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe (MBSJ)	660.000	1.584.000
	Freiwilligenjahre (MLUL, MWFK, MBSJ)	480.550	1.183.560
	Förderung von Wissenschaft und Forschung (MWFK)	1.300.000	3.600.000
	Alphabetisierung und Grundbildung von Erwachsenen (MBSJ, MdJEV)	703.300	828.500
	Sprachförderung Flüchtlinge	208.340	416.660
	Weiterbildungsrichtlinie	5.830.553	5.672.478
	Netzwerk "Türöffner: Zukunft Beruf"	2.321.430	2.845.714
	Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen im Justizvollzug (MdJEV)	1.713.210	657.360
	Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem - PAV	2.637.500	4.700.000
	Programm zur Förderung von Innovationsfachkräften in Brandenburg - IFK	2.000.000	4.000.000
	Einstiegszeit (junge Leute bis 30 Jahre)	2.473.337	3.276.000
	<i>Summe zu C</i>	<i>24.226.006</i>	<i>36.902.990</i>
E	Soziale Innovation		
	Richtlinie zur Förderung der sozialen Innovation	750.000	1.500.000
	<i>Summe zu E</i>	<i>750.000</i>	<i>1.500.000</i>
	Summe	37.695.000	64.880.500

546 78 253 Erstattung zuviel erhobener Einnahmen 0 0
neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 55 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Abrechnung von Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

684 78 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen 15.000.000 34.491.000 59.365.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 684 78

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	65.000.000	30.000.000
davon fällig:		
2016 bis zu	38.000.000	
2017 bis zu	24.000.000	20.000.000
2018 bis zu	3.000.000	8.000.000
2019 ff. bis zu		2.000.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		8.000.000			8.000.000
2016		2.700.000	38.000.000		40.700.000
2017		750.000	24.000.000	20.000.000	44.750.000
2018			3.000.000	8.000.000	11.000.000
2019 ff.				2.000.000	2.000.000
Summen		11.450.000	65.000.000	30.000.000	106.450.000

Erläuterungen:

Mehr wegen Anlaufens der Förderperiode.

685 78	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
686 78	253	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 78 **15.000.000 34.491.000 59.365.700**

TGr. 79 Förderungen im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg, Europäischer Sozialfonds (ESF), für die Förderperiode 2014 bis 2020 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 685 81 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben bei Titel 684 79 sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 75.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 79 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 79 ist gegenseitig deckungsfähig mit der Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 78.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind die anteiligen Landesmittel zur Umsetzung des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014 - 2020.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 78.

546 79	253	Erstattung zuviel erhobener Einnahmen	0	0
---------------	-----	--	----------	----------

neu

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 55 geleistet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 546 79

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Abrechnung von Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

684 79 253 **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen** **1.200.000** **3.204.000** **5.514.800**

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	2.750.000	2.750.000
davon fällig:		
2016 bis zu	1.500.000	
2017 bis zu	1.000.000	1.500.000
2018 bis zu	250.000	1.000.000
2019 ff. bis zu		250.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		450.000			450.000
2016		220.000	1.500.000		1.720.000
2017		60.000	1.000.000	1.500.000	2.560.000
2018			250.000	1.000.000	1.250.000
2019 ff.				250.000	250.000
Summen		730.000	2.750.000	2.750.000	6.230.000

Erläuterungen:

Mehr wegen Anlaufens der Förderperiode.

685 79 253 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** **0** **0** **0**

686 79 253 **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke** **0** **0** **0**

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 **1.200.000** **3.204.000** **5.514.800**

TGr. 80 Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2014 - 2020 (nur ESF-Mittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 80 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 78.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Mehrausgaben bei Titel 429 80 und 547 80 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 81 geleistet werden.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 80 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 271 15 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014 bis 2020 sind hier die ESF-Mittel für die Technische Hilfe zur Programmumsetzung veranschlagt. Die Einnahmen kommen bei Titel 271 15 auf.

Im Rahmen der Technischen Hilfe geleistete Personalausgaben sowie Reisekosten und Trennungsgeld (im Rahmen der Fortbildung) werden aus buchungstechnischen Gründen einschließlich der Kofinanzierungsmittel des Landes bei Titel 429 80 bzw. 547 80 nachgewiesen.

Für die Technische Hilfe ist folgende Finanzierung vorgesehen (Angaben in EUR):

	insgesamt	Anteil ESF (TGr. 80)	Anteil Land (TGr. 81)
Voraussichtliche Gesamtkosten	18.120.926	14.496.741	3.624.185
Verausgabt in 2014	0	0	0
Veranschlagt in 2015	2.854.000	2.283.200	570.800
Veranschlagt in 2016	2.854.000	2.283.200	570.800
Vorbehalten in 2017 ff.	12.412.926	9.930.341	2.482.585

422 80 253 Personalausgaben **0 0**
neu

Der Titel gehört nicht zum Personalbudget.

Erläuterungen:

Die Planstellen sind für Aufgaben der Verwaltungs-, Bescheinigungs- und Akkreditierungsbehörde zum ESF ausgebracht und werden aus Mitteln der Technischen Hilfe finanziert. Die Ausgaben sind bei Titel 429 80 mitveranschlagt.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	A15	hD	0,00	1,00	1,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	A14	hD	0,00	1,00	1,00
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A12	gD	0,00	1,00	1,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	A11	gD	0,00	1,00	1,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	0,00	1,00	1,00
Zusammen:			0,00	5,00	5,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2015 2016

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	Umwandlung von E 15	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80
1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	Umwandlung von E 14	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80
1,00	0,00	A12 gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	Umwandlung von E 12	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann	Umwandlung von E 11	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80
1,00	0,00	A10 gD	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	Umwandlung von E 10	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80

5,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen	
5,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
5,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

429 80 253 Personalausgaben **747.500 1.040.000 960.000**

Der Titel gehört nicht zum Personalbudget.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 429 80

Erläuterungen:

Die Stellen sind für Aufgaben der Verwaltungs-, Bescheinigungs- und Akkreditierungsbehörde zum ESF ausgebracht und werden aus Mitteln der Technischn Hilfe finanziert.
Mehr in 2015 wegen Anlaufens der Förderperiode.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2014	2015	2016
E 15	1,00	0,00	0,00
E 14	4,00	3,00	3,00
E 12	2,00	1,00	1,00
E 11	4,00	3,00	3,00
E 10	6,00	5,00	5,00
E 9	1,00	1,00	1,00
E 8	1,00	1,00	1,00
Zusammen:	19,00	14,00	14,00

Die Stellen sind für Aufgaben der Verwaltungs-, Bescheinigungs- und Akkreditierungsbehörde zum ESF ausgebracht.

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2015	2016		
Umwandlung / Umsetzung			
Abgänge:			
Umwandlungen und Umsetzungen			
1,00	0,00	E 15	Umwandlung nach A15 hD
1,00	0,00	E 14	Umwandlung nach A14 hD
1,00	0,00	E 12	Umwandlung nach A12 gD
1,00	0,00	E 11	Umwandlung nach A11 gD
1,00	0,00	E 10	Umwandlung nach A10 gD
5,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80
5,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80
-5,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	Umsetzung von Titel 429 80 nach Titel 422 80

547 80 253 Sächliche Verwaltungsausgaben 663.000 752.000 800.000

Der Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.

Erläuterungen:

Mehr in 2015 wegen Anlaufens der Förderperiode.

685 80 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 989.500 491.200 523.200

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	1.384.000	1.080.000
davon fällig:		
2016 bis zu	680.000	
2017 bis zu	360.000	560.000
2018 bis zu	344.000	280.000
2019 ff. bis zu		240.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 685 80

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		1.040.000			1.040.000
2016		585.000	680.000		1.265.000
2017		195.000	360.000	560.000	1.115.000
2018			344.000	280.000	624.000
2019 ff.				240.000	240.000
Summen		1.820.000	1.384.000	1.080.000	4.284.000

Erläuterungen:

Weniger in 2015 in Anpassung an das OP-Volumen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 2.400.000 2.283.200 2.283.200

TGr. 81 Technische Hilfe im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2014 - 2020 (nur Landesmittel)

Die Ausgaben sind übertragbar.

Einsparungen bei Titel 685 81 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 79.

Einsparungen bei Titelgruppe 81 dienen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 429 80 und 547 80.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 685 81 gilt für alle Titel der Titelgruppe.

Einnahmen aus der Rückzahlung nicht verwendeter Fördermittel fließen den Ausgaben zu.

Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

EU-Mittel

Veranschlagt sind anteilige Landesmittel zur Kofinanzierung der im Rahmen des Operationellen Programms des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014 - 2020 von der EU zur Verfügung gestellten Mittel für die Technische Hilfe. Mit den veranschlagten Mitteln werden die bei Titelgruppe 80 veranschlagten EU-Mittel kofinanziert.

Siehe auch Erläuterungen zu Titelgruppe 80.

429 81 253 Personalausgaben 402.500 260.000 240.000

Der Titel gehört nicht zum Personalbudget.

Erläuterungen:

Weniger in 2015 in Anpassung an das OP-Volumen.

547 81 253 Sächliche Verwaltungsausgaben 357.000 188.000 200.000

Der Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.

Erläuterungen:

Weniger in 2015 in Anpassung an das OP-Volumen.

685 81 253 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 540.500 122.800 130.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 685 81

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	346.000	270.000
davon fällig:		
2016 bis zu	170.000	
2017 bis zu	90.000	140.000
2018 bis zu	86.000	70.000
2019 ff. bis zu		60.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		560.000			560.000
2016		315.000	170.000		485.000
2017		105.000	90.000	140.000	335.000
2018			86.000	70.000	156.000
2019 ff.				60.000	60.000
Summen		980.000	346.000	270.000	1.596.000

Erläuterungen:

Weniger in 2015 in Anpassung an das OP-Volumen.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 **1.300.000** **570.800** **570.800**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **95.451.500** **78.008.900** **67.986.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	431.000	431.000	431.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	148.050.000	101.953.400	61.648.700
Gesamteinnahme		148.481.000	102.384.400	62.079.700

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.500.000	1.300.000	1.200.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	1.651.500	1.041.500	1.001.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	102.069.000	86.784.600	75.781.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	250.000	250.000	250.000
Gesamtausgabe		105.470.500	89.376.100	78.232.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		43.010.500	13.008.300	-16.153.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	314	Gebühren, sonstige Entgelte	500 5.898	500	500
--------	-----	------------------------------------	---------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen.

111 30 neu	314	Gebühren aus Umlageverfahren	0 46.922	0	0
---------------	-----	-------------------------------------	--------------------	----------	----------

*Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 412 10 herangezogen werden.***Erläuterungen:**

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 105/111 30 (Ist 2013: 46.921 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

119 10	314	Sonstige Verwaltungseinnahmen	3.000	3.000	3.000
--------	-----	--------------------------------------	--------------	--------------	--------------

119 15	314	Rückflüsse aus Zuwendungen	72.000 46.646	72.000	72.000
--------	-----	-----------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.

119 25	314	Rückflüsse aus Mitteln des Bundes	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 25 herangezogen werden.

132 10	314	Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

162 10	314	Zinseinnahmen aus Darlehen	3.300 26.689	11.700	9.800
--------	-----	-----------------------------------	------------------------	---------------	--------------

Erläuterungen:

Zinszahlungen von Darlehen für Gesundheitszentren, die aus ehemaligen Polikliniken hervorgegangen sind.

2015 mehr wegen der Neuberechnung der Zins- und Tilgungspläne für die Rückzahlung der in 1991/1992 ausgezahlten Darlehen an die Gesundheitszentren.

182 10	314	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	181.100 255.915	375.900	256.100
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Darlehen für Gesundheitszentren, die aus ehemaligen Polikliniken hervorgegangen sind.

2015 mehr wegen der Neuberechnung der Zins- und Tilgungspläne für die Rückzahlung der in 1991/1992 ausgezahlten Darlehen an die Gesundheitszentren.

2016 weniger wegen der Neuberechnung der Zins- und Tilgungspläne für die Rückzahlung der in 1991/1992 ausgezahlten Darlehen an die Gesundheitszentren.

Summe HGr. 1:	259.900	463.100	341.400
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	314	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0
--------	-----	--------------------------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

noch zu 231 10

Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei der Titelgruppe 87 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel werden Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung von gemeinsamen Projektförderungen im Rahmen der Spielsuchtforschung und -prävention vereinnahmt.

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	---	---	---

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18 891 Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen Dritter	0	0	0
	183.674		

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 982 18 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 982 18.

aus Titelgruppen:		230.000	230.000
-------------------	--	---------	---------

Summe HGr. 3:	0	230.000	230.000
---------------	---	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 80 Gesundheitliche Prävention, Versorgung und Rehabilitation

282 80	314	Sonstige Zuschüsse für das klinische Krebsregister	0	0
neu				

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 686 80. Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 686 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Zuschuss der Privaten Krankenversicherung (PKV) an den Betriebskosten der klinischen Krebsregister (KKR).

332 80	314	Beteiligung des Landes Berlin am Aufbau eines gemeinsamen klinischen Krebsregisters	0	0
neu				

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 894 80. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 894 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Einnahmen vom Land Berlin für den Ausbau des gemeinsamen klinischen Krebsregisters Berlin-Brandenburg.

342 80	314	Aufbau klinisches Krebsregister im Land Brandenburg	0	0
neu				

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 894 80. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 894 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Einnahmen von der Deutschen Krebshilfe für den Ausbau des gemeinsamen klinischen Krebsregisters Berlin-Brandenburg.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80	0	0
-------------------------------------	----------	----------

TGr. 81 Öffentlicher Gesundheitsdienst

342 81	314	Einnahme für die Beschaffung von Impfstoffen für Gesundheitsämter	230.000	230.000
neu				

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen zur Leistung von Ausgaben bei Titel 812 81. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 812 81 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind zweckgebundene Einnahmen der Krankenkassenverbände, die der "Brandenburger Impfvereinbarung" angehören sowie Einnahmen von Privat- und BKK-Versicherten, deren Krankenversicherungen nicht der "Brandenburger Impfvereinbarung" angehören, veranschlagt.
Siehe Erläuterungen zu Titel 812 81.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81	230.000	230.000
-------------------------------------	----------------	----------------

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen	230.000	230.000
--	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

412 10	314	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	0	0	0
neu			11.570		

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 111 30 geleistet werden.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 105/412 10 (Ist 2013: 11.570 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Die ehrenamtlichen Pharmazierätinnen und Pharmazieräte erhalten Entschädigungen nach der Regelung über die Aufwendungen von pharmazeutischen Sachverständigen (ehrenamtliche Pharmazierätinnen oder Pharmazieräte) für die Inanspruchnahme bei Besichtigungen von Apotheken (veröffentlicht im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 45 vom 15. November 2000).

Summe HGr. 4:			0	0	0
----------------------	--	--	----------	----------	----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	314	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	900	100.900	50.900
--------	-----	--	------------	----------------	---------------

Erläuterungen:

Erstattung von Kosten für Untersuchungen nach den §§ 64-69 Arzneimittelgesetz und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Arzneimittelgesetzes, die nicht in der Arzneimitteluntersuchungsstelle des Landes Brandenburg durchführbar sind (z. B. Blut, Insuline).
Befragung und Infokampagne zur Pflegekammer.

2015 mehr wegen Durchführung der Befragung und Begleitung der Informationskampagne
2016 weniger wegen Abschluss der Befragung und da die Auswertung der Befragung weniger umfänglich ist.

533 10	314	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	10.000	50.000	50.000
			1.590		

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für Informationsveranstaltungen und Tagungen zur Vernetzung der Einrichtungen des Gesundheitswesens hinsichtlich der aus dem Masterplan Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg resultierenden strategischen Ziele für das Land Brandenburg und den Landesfachbeirat für Kur- und Erholungsorte Brandenburg.

Mehr wegen zusätzlicher Aufgaben basierend auf dem Landtagsbeschluss "Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg - Die gesundheitliche Versorgung steht im Mittelpunkt" (Drucksache 5/7372-B).

546 10	314	Sonstiges	0	0	0
--------	-----	------------------	----------	----------	----------

546 25	314	Erstattung von Rückflüssen aus Mitteln des Bundes	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.

547 10	011	Sachausgaben zur Vorbereitung und Durchführung der Gesundheitsministerkonferenz	20.000	0	0
			98.639		

Erläuterungen:

Weniger wegen Wegfalls der Vorsitzfunktion über die Gesundheitsministerkonferenz.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 20)	314	Kosten für die Beauftragung der ILB im Rahmen einer Geschäftsbesorgung	0		
----------	-----	---	----------	--	--

aus Titelgruppen:			590.900	631.600	417.900
--------------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Summe HGr. 5: **621.800** **782.500** **518.800**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10 **314** **Erstattung von Ausgaben für den toxikologischen Auskunftsdienst und Untersuchungen nach § 26 Medizinproduktegesetz** **128.300** **128.300** **128.300**
102.258

Erläuterungen:

1. Die Einrichtung von Giftinformationszentralen ist nach § 16 e Chemikaliengesetz Sache der Länder, die die Zentren benennen und vorhalten müssen. Die Aufgabe wird mittels einer Vereinbarung gemeinsam mit dem Land Berlin durchgeführt, das bestehende Berliner Zentrum gemeinsam genutzt.
2. Nach § 26 Medizinproduktegesetz ist die Überwachung von Medizinprodukten Aufgabe des Landes.

631 20 **314** **Erstattung von Kosten für das Zentrale Substitutionsregister** **9.400** **11.000** **12.000**
9.244

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Finanzierung des Länderanteils Brandenburgs am Zentralen Substitutionsregister gemäß der Vereinbarung über die Erstattung der Kosten zur Führung eines Substitutionsregisters beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nach § 13 Abs. 3 Betäubungsmittelgesetz i. V. m. § 5a Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung.

632 10 **314** **Erstattung von Kosten der länderübergreifenden Gutachterstelle für Gesundheitsberufe** **60.000** **55.000**
neu

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	165.000	
davon fällig:		
2016 bis zu	55.000	
2017 bis zu	55.000	
2018 bis zu	55.000	
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			55.000		55.000
2017			55.000		55.000
2018			55.000		55.000
2019 ff.					
Summen			165.000		165.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Finanzierung der länderübergreifenden Gutachterstelle für akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe bei der Zentralstelle für ausländische Bildungswesen im Sekretariat der Kultusministerkonferenz.

682 10 **253** **Fortbildung von Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter** **6.000** **0**
neu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 682 10

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die Fortbildung von Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter, die die Praxisanleitung von Studierenden der Modellstudiengänge Pflege- und Therapiewissenschaften an der BTU Cottbus-Senftenberg durchführen. Für diesen Zweck wurden im Haushaltsjahr 2013 bei Titel 684 21 Verpflichtungen i. H. v. 6.000 EUR eingegangen.

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 684 20.

2016: Weniger nach Umsetzung nach Titel 684 20.

684 10	314	Leistung an die öffentlich-rechtliche Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen"	102.000 100.747	0	0
--------	-----	---	---------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Die Ausgaben erfolgen gemäß § 2 Nr. 4 des HIV-Hilfegesetzes. Die Zahlung der vier Jahresraten im Zeitraum 2011 bis 2017 ist abgeschlossen.

Weniger wegen Aussetzung der Zustiftung.

684 11	236	Zuschüsse an Landesverbände im sozialen Bereich	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

684 20	253	PTA-Ausbildung und Qualifizierung von an der Ausbildung in Gesundheitsberufen Beteiligten	422.700 373.693	416.700	422.700
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	372.500	372.500
davon fällig:		
2016 bis zu	219.600	
2017 bis zu	152.900	219.600
2018 bis zu		152.900
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	126.000	219.600			345.600
2016		152.900	219.600		372.500
2017			152.900	219.600	372.500
2018				152.900	152.900
2019 ff.					
Summen	126.000	372.500	372.500	372.500	1.243.500

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die Ausbildung von Pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten sowie die Qualifizierung in Gesundheitsberufen sowie die Qualifizierung von an der Ausbildung in Gesundheitsberufen Beteiligten.

685 10	314	Zuschuss für laufende Zwecke an die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG)	18.000 17.516	25.000	25.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 685 10

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für den Finanzierungsanteil des Landes Brandenburg an der institutionellen Förderung der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG). An der Finanzierung dieser Einrichtung beteiligen sich die Bundesländer gemäß Artikel 5 des "Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten". Die Mittel werden zu 2/3 vom MASGF und zu 1/3 vom MdJEV getragen. Daher sind weitere Mittel im Kapitel 04 060 Titel 681 61 veranschlagt.

Mehr wegen höherer Personal- und Sachausgaben laut Wirtschaftsplanentwurf der ZLG für 2015.

aus Titelgruppen:	4.201.800	4.661.700	4.693.400
--------------------------	------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 6:	4.882.200	5.308.700	5.336.400
----------------------	------------------	------------------	------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	891	Ausgaben zur Verrechnung zweckgebundener Zuweisungen Dritter	0	0	0
			225.611		

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundene Ist-Einnahmen bei Titel 382 18 geleistet werden.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 382 18 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht, um die Verteilung der Einnahmen bei Titel 382 18 zur Finanzierung von Lehrgängen für die kommunalen Gesundheitsämter zu sichern.

Summe HGr. 9:	0	0	0
----------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Gesundheitsmaßnahmen am Flughafen Berlin Brandenburg

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

Erläuterungen:

Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) (IGV) am Flughafen Berlin-Brandenburg auf der Grundlage der Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes zu den Kernkapazitäten von gemäß Art. 20 Abs. 1 IGV benannten Flughäfen.

511 60 neu	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände		0	0
514 60 neu	314	Verbrauchsmittel		0	0
517 60 neu	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		0	0
518 60 neu	314	Mieten und Pachten		0	0
519 60 neu	314	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen		0	0
526 60 neu	314	Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten		0	0
533 60 neu	314	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge		0	0
633 60 neu	314	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
671 60 neu	314	Erstattungen an sonstige Bereiche		0	0
683 60 neu	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		0	0
812 60 neu	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen		0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 60				0	0

TGr. 62 Heilberufe und Heilberufskammern

526 62	314	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		0	0
--------	-----	---	--	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	
685 62	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	180.000 158.426	200.000	200.000
Erläuterungen:					
Länderanteil Brandenburgs am Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz (institutionelle Förderung) gemäß dem Abkommen über die Änderung des Abkommens über die Errichtung und Finanzierung des IMPP vom 01.08.1994 (GVBl. I S. 410). Mehr wegen höherer Personal- und Sachausgaben laut Haushaltsplanentwurf des IMPP für 2015 und 2016.					
686 62	314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	4.400 2.406	4.400	4.400
Erläuterungen:					
1. Erstattung von Aufwendungen an die Gutachterstelle bei der Landesärztekammer nach dem Gesetz über die freiwillige Kastration und andere Behandlungsmethoden. 2. Entschädigungszahlungen für die Beisitzer in den Prüfungsausschüssen. 3. Entschädigungszahlungen für Arzneimittelproben, die gemäß § 65 Arzneimittelgesetz in Apotheken entnommen werden.					
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 62			184.400	204.400	204.400
TGr. 80 Gesundheitliche Prävention, Versorgung und Rehabilitation					
<i>Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten. Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 80 gilt für alle Titel der Hauptgruppe 6 dieser Titelgruppe.</i>					
526 80	314	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	59.900 91.946	59.900	49.900
Erläuterungen:					
Die Mittel sind veranschlagt für Gutachten insbesondere nach dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz. 2016 weniger wegen Wegfall der GEDA-Studie.					
533 80	314	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	10.000 15.738	12.000	12.000
541 80 neu	314	Aufwendungen für die Unterstützung von Gesundheitszielprozessen		28.700	0
Erläuterungen:					
Die Mittel dienen der Ausfinanzierung eines in 2014 mit der Charité geschlossenen Vertrages im Rahmen des Neugeborenen-Hörscreenings für 2015. Mehr in 2015 durch Umsetzung von Titel 684 80.					
633 80	314	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
682 80 neu	314	Projektförderung - Koordinierungsstelle Gesundheitswirtschaft: Kompetenzmanagement	35.000	35.000	35.000
Erläuterungen:					
Im Ergebnis der Evaluierung des Masterplans "Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg" ist seit dem 1. Januar 2013 ein hauptamtliches Management in vier Handlungsfeldern einzurichten (anteilige Finanzierung des Handlungsfeldes "Versorgung und Rehabilitation").					
684 80	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	456.500 410.040	497.800	526.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 684 80

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	130.000	130.000
davon fällig:		
2016 bis zu	130.000	
2017 bis zu		130.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		130.000			130.000
2016			130.000		130.000
2017				130.000	130.000
2018					
2019 ff.					
Summen		130.000	130.000	130.000	390.000

Erläuterungen:

Weniger in 2015 nach Umsetzung nach Titel 541 80.

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Prävention und Gesundheitsförderung"	345.000	345.000
2.	Projektförderungen im Rahmen des Gesamtprogramms "Verbesserung der Versorgung chronisch Kranker"	136.500	136.500
3.	Projektförderungen im Rahmen von Screening-Programmen	16.300	45.000
	Summe	497.800	526.500

685 80	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	444.000	452.000	443.000
			397.291		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für:

- den Länderanteil Brandenburgs am Gemeinsamen Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen gemäß Staatsvertrag vom 20./24. November 1997 (GVBl. I 1998 S. 70)
- den Landesanteil Brandenburgs an der Finanzierung des Kinderkrebsregisters gemäß Bund-Länder-Vereinbarung vom 9./10. Juni 1999 (ABl. 2000 S. 70)

686 80	314	Kostenerstattung für übertragene, gesetzliche Aufgaben an sonstige Bereiche		288.000	300.000
neu					

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 282 80 geleistet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 686 80

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die seit dem 09.04.2013 bestehende neue Landesaufgabe der Einrichtung klinischer Krebsregister zur Verbesserung der onkologischen Versorgung (als § 65 c in das SGB V eingefügt durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und zur Qualitätssicherung durch klinische Krebsregister (Krebsfrüherkennungs- und -registergesetz - KFRG) vom 3. April 2013 (BGBl. I S. 617)) - konkret zur Finanzierung des nach Abzug der Einnahmen aus den fallbezogenen Krebsregisterpauschalen der Krankenkassen gemäß § 65 c Abs. 4 SGB V verbleibenden Landesanteils i. H. v. 10 vH an den laufenden durchschnittlichen Betriebskosten brandenburgischer klinischer Krebsregister.

894 80	314	Aufbau klinisches Krebsregister im Land Brandenburg		0	0
---------------	------------	--	--	----------	----------

neu

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei den Titeln 332 80 und 342 80 geleistet werden. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei den Titeln 332 80 und 342 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

Investitionsbedarf für Auf-, Um- und Ausbau des gemeinsamen klinischen Krebsregisters Berlin-Brandenburg. Das von der Deutschen Krebshilfe zur Verfügung gestellte Fördervolumen für die Investitions- und Umstellungskosten im Zusammenhang mit dem Ausbau des Brandenburgischen Krebsregisters beläuft sich auf insgesamt 201.234 EUR für die Jahre 2014 und 2015.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80	970.400	1.373.400	1.366.400
-------------------------------------	----------------	------------------	------------------

TGr. 81 Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

526 81	314	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	445.000	355.000	280.000
			113.386		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	790.000	
davon fällig:		
2016 bis zu	360.000	
2017 bis zu	360.000	
2018 bis zu	70.000	
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	60.000				60.000
2016			360.000		360.000
2017			360.000		360.000
2018			70.000		70.000
2019 ff.					
Summen	60.000		790.000		850.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 526 81

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Gutachten und Untersuchungsvorhaben nach dem Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetz im Bereich des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes insbesondere zur Grenz- und Richtwertdiskussion nach § 4 BbgGG	60.000	60.000
2.	Sachverständigenkosten im Bereich des zahnärztlichen Dienstes	5.000	5.000
3.	Studie Gesundheitsmonitoring am Flughafen BER	290.000	215.000
Summe		355.000	280.000

533 81	314	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	0 7.732	100.000	0
--------	-----	---	-------------------	----------------	----------

Erläuterungen:

Durchführung der "Nationalen Impfkonzferenz 2015".

633 81	314	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	198.000 165.998	251.100	251.100
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Die Mittel sind insbesondere veranschlagt

		2015 EUR	2016 EUR
1.	zur Erfüllung von Pflichtaufgaben nach § 69 Infektionsschutzgesetz zur Verhütung übertragbarer Krankheiten beim Menschen	198.000	198.000
2.	für Zuschüsse im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes	30.600	30.600
3.	für die Erstattung von Kosten für die Durchführung von verfristeten Früherkennungsuntersuchungen sowie für die Erstattung von Kosten, die für die standardisierte Durchführung von kinderärztlichen / zahnärztlichen Untersuchungen entstehen	22.500	22.500
Summe		251.100	251.100

Dieser Titel enthält Umsetzungen von Titel 613 81 (Ansatz 2015: 22.500 EUR).

Mehr wegen der Zuschüsse im Rahmen von Fort- und Weiterbildungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

671 81	314	Erstattungen an sonstige Bereiche	50.000 41.018	50.000	50.000
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	40.000	40.000
davon fällig:		
2016 bis zu	40.000	
2017 bis zu		40.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 671 81

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		20.000			20.000
2016			40.000		40.000
2017				40.000	40.000
2018					
2019 ff.					
Summen		20.000	40.000	40.000	100.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Durchführung von Maßnahmen zur Gruppenprophylaxe gemäß § 21 Sozialgesetzbuch Fünftes Buch sowie für die Erstattung von Impfkosten, für stoffliche Bestimmungen und zur pilzkundlichen Aufklärung der Bevölkerung im Rahmen der Gesundheitsvorsorge nach § 1 BbgGDG.

681 81	314	Renten, Unterstützung und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	5.000 2.794	5.000	5.000
---------------	------------	---	-----------------------	--------------	--------------

684 81	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	173.000 163.547	210.000	210.000
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	190.000	230.000
davon fällig:		
2016 bis zu	190.000	
2017 bis zu		210.000
2018 bis zu		20.000
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		173.000			173.000
2016			190.000		190.000
2017				210.000	210.000
2018				20.000	20.000
2019 ff.					
Summen		173.000	190.000	230.000	593.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind zur Durchführung von Maßnahmen im Bereich der AIDS-Prävention veranschlagt.

Mehr wegen Angleichung der Personalkosten aufgrund der tariflichen Veränderungen und Aufstockung des Trägers AIDS-Hilfe Potsdam für Beratung Homosexueller sowie Finanzierung des BZgA-Projektes "komm auf Tour" (BZgA- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung).

685 81	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

812 81 314 Beschaffung von Impfstoffen für Gesundheitsämter 230.000 230.000
neu

*Ausgaben dürfen bis zur Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 342 81 geleistet werden.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 342 81 geleistet werden.
Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 342 81 veranschlagten Einnahmen geleistet werden.*

Erläuterungen:

Bei diesem Titel sind Beschaffungskosten für durch das Land zentral beschaffte Impfmittel für den öffentlichen Gesundheitsdienst veranschlagt. Diese werden an die kommunalen Gesundheitsämter abgegeben. Die Refinanzierung erfolgt über die bei Titel 342 81 veranschlagten Einnahmen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(613 81) 821 Kostenerstattung für übertragene Aufgaben 22.500

Umsetzung nach Titel 633 81.

Nachrichtlich: Summe TGr. 81 893.500 1.201.100 1.026.100

TGr. 86 Psychiatrie und Suchtkrankenhilfe

*Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

526 86 314 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 36.000 36.000 36.000
25.308

Erläuterungen:

- Veranschlagt sind:
1. Tagungskosten des Psychiatriebeirates für 2 Tagungen/Jahr
 2. Tagungskosten der koordinierenden Vertreter der psychiatrischen Versorgung in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie der Leistungsträger der psychiatrischen/psychosozialen Versorgung
 3. Kosten für die Besuchskommissionen gemäß Brandenburgischem Psychisch-Kranken-Gesetz
 4. Kosten für Expertisen und Workshops zur Umsetzung des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes
 5. Tagungskosten für die Landessuchtkonferenz

533 86 314 Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge 0 0 0

541 86 314 Aufwendungen für die Unterstützung von Gesundheitszielprozessen 0 0
neu

633 86 314 Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte 1.566.600 1.566.600 1.566.600
1.566.118

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	783.000	783.000
davon fällig:		
2016 bis zu	783.000	
2017 bis zu		783.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 633 86

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		790.000			790.000
2016			783.000		783.000
2017				783.000	783.000
2018					
2019 ff.					
Summen		790.000	783.000	783.000	2.356.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Personalkosten der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und der ambulanten Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke (Projektförderung).

683 86	314	Zuschüsse an private Unternehmen	0	0	0
684 86	314	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	541.800	541.800	541.800
			531.188		

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	800.000	
davon fällig:		
2016 bis zu	400.000	
2017 bis zu	400.000	
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		400.000			400.000
2016			400.000		400.000
2017			400.000		400.000
2018					
2019 ff.					
Summen		400.000	800.000		1.200.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Personalkosten im Bereich der überregionalen Suchtkrankenhilfe und Suchtprävention sowie Kosten für Projekte zur Weiterentwicklung der psychiatrischen/psychosozialen Versorgungsstrukturen (Projektförderung) sowie Mittel zur Absicherung der Verbandsarbeit für den Landesverband der Angehörigen psychisch Kranker.

685 86	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
892 86	314	Zuschüsse für Investitionen an nichtöffentliche Träger	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

893 86 314 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 86 2.144.400 2.144.400 2.144.400

TGr. 87 Spielsuchtforschung und -prävention

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.
Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.
Die Verpflichtungsermächtigung bei Titel 684 87 gilt für alle Titel der Titelgruppe.
Aus den Mitteln der Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).*

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt zur Erreichung der im Glücksspielgesetz des Landes Brandenburg genannten Ziele und dienen insbesondere der Finanzierung von Maßnahmen zur Spielsuchtprävention sowie der wissenschaftlichen Suchtforschung (Projektförderung).

526 87 314 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 0 0 0
23.069

531 87 314 Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen 0 0 0
3.318

533 87 314 Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge 0 0 0

541 87 314 Aufwendungen für die Unterstützung von Gesundheitszielprozessen 0 0 0
neu

633 87 314 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 0 0 0

683 87 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 0 0 0

684 87 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen 495.000 495.000 495.000
426.247

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015	2016
	EUR	EUR
Betrag:	<u>1.485.000</u>	
davon fällig:		
2016 bis zu	495.000	
2017 bis zu	495.000	
2018 bis zu	495.000	
2019 ff. bis zu		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 684 87

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	409.100				409.100
2016			495.000		495.000
2017			495.000		495.000
2018			495.000		495.000
2019 ff.					
Summen	409.100		1.485.000		1.894.100

685 87 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen 0 0 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 87 495.000 495.000 495.000

TGr. 90 Katastrophenschutz, Gesundheitsschutz

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

Erläuterungen:

Gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 4 in Verbindung mit § 5 des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (BbgBKG) nimmt das Land die zentralen Aufgaben des Katastrophenschutzes wahr.

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für:

- Erfüllung laufender Verträge mit Schwerpunktkrankenhäusern zur Arzneimittelbevorratung für Großschadensereignisse und Katastrophen
- Vorhaltung eines Spezialfahrzeuges zum Schutz der Bevölkerung vor hochansteckenden gefährlichen Infektionserkrankungen
- Vorhaltung von Impfstoffen und persönlicher Schutzausrüstung für Pocken- und Influenzapandemien
- Anteilsfinanzierung von Katastrophenschutzübungen mit Beübung von Krankenhäusern und Rettungsdiensten
- Informations- und Kommunikationsmittel für das Krisenmanagement bei gesundheitlichen Gefahrenlagen
- Gutachten, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen für Vorsorgemaßnahmen im gesundheitlichen Bevölkerungsschutz

511 90 314 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 0 0 0

526 90 314 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 30.000 30.000 30.000

533 90 314 Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge 5.000 5.000 5.000

546 90 314 Sonstiges 5.000 5.000 5.000

633 90 314 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 45.000 45.000 45.000
15.838

671 90 314 Erstattungen an sonstige Bereiche 20.000 20.000 20.000
37.819

682 90 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen 0 0 0

683 90 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen 0 0 0

811 90 314 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		
812 90	314	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0	0	0
883 90	314	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	85.000 49.198	85.000	85.000
891 90	314	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	0	0	0
892 90	314	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90			190.000	190.000	190.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			4.877.700	5.608.300	5.426.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	259.900	463.100	341.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	230.000	230.000
Gesamteinnahme		259.900	693.100	571.400

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	621.800	782.500	518.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.882.200	5.308.700	5.336.400
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	85.000	315.000	315.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		5.589.000	6.406.200	6.170.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-5.329.100	-5.713.100	-5.598.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	312	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
119 15	312	Rückflüsse aus Zuwendungen	0	0	0

Erläuterungen:

Vorgesehen für Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren sowie für Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.

119 25	312	Einnahmen aus Zinszahlungen im Rahmen des Krankenhaus investitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz	0 12.843	0	0
--------	-----	--	-------------	---	---

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 546 25 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Einnahmen auf Grund geltend gemachter Zinsforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung von Maßnahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz.

Summe HGr. 1:	0	0	0
---------------	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Einzelförderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen

337 60	312	Zuweisungen von Zweckverbänden gem. Art. 14 Gesundheitsstrukturgesetz zur Förderung von Investitionen nach § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i. V. m. § 15 des Brandenburgischen Krankenhausentwicklungsgesetzes	26.564.500	6.468.600	0
			25.874.328		

*Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 60.
Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben oder Mehrausgaben bei TGr. 60 herangezogen werden.*

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) wurde 1992 ein von Bund, neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) und Nutzern der Krankenhäuser bzw. ihren Kostenträgern zu finanzierendes Investitionsprogramm gesetzlich verankert. Die Finanzierung durch die Nutzerbeiträge erfolgt im Zeitraum 1995 bis 2014. Im I. Quartal 2015 werden die Investitionszuschläge (Nutzerbeiträge) des IV. Quartals 2014 eingezogen.
Weniger wegen Auslaufens des Programms.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60	26.564.500	6.468.600	0
-------------------------------------	-------------------	------------------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	26.564.500	6.468.600	0
--	-------------------	------------------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

546 25	312	Erstattung von Zinsrückzahlungen im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms nach Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.
 Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 25 geleistet werden.*

Erläuterungen:

Abführung anteiliger Zinseinnahmen an den Bund.

Summe HGr. 5:	0	0	0
---------------	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Förderung der Investitionen von Krankenhäusern sowie gleichgestellten Einrichtungen

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 337 60 geleistet werden.
Ausgaben oder Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 337 60 geleistet werden.
Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.
Einnahmen ausgezahlter und nicht verwendeter Fördermittel sowie Einnahmen aus der Verwendungsnachweisprüfung fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen zur Förderung von Investitionen von Krankenhäusern gemäß § 9 Krankenhausfinanzierungsgesetz i. V. m. § 15 des Brandenburgischen Krankenhausentwicklungsgesetzes (BbgKHEG) in der jeweils geltenden Fassung sowie auf der Grundlage des gemeinsam mit den Benutzern der Krankenhäuser bzw. ihren Kostenträgern finanzierten Investitionsprogramms gemäß Artikel 14 Gesundheitsstrukturgesetz.
Die Ausgaben für die baufachliche Prüfung sind in den veranschlagten Fördermitteln enthalten.
Die Ausgaben bei Titel 893 60 sind für die Förderung von Krankenhäusern bestimmt, die im Wege der Investitionspauschale, deren Einführung nach der Novellierung des BbgKHEG zum 01.01.2013 erfolgte, finanziert werden.

623 60	312	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
661 60	312	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	14.397.100 15.328.012	0	0
883 60	312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
891 60	312	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	6.156.500 26.767.468	2.500.000	1.000.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	1.000.000	
davon fällig:		
2016 bis zu	1.000.000	
2017 bis zu		
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			1.000.000		1.000.000
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen			1.000.000		1.000.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 050 **Krankenhäuser und Krankenhausförderung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		
892 60	312	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	24.246.400 14.405.268	0	0
893 60	312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	60.000.000 59.999.345	80.000.000	80.000.000
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 60			104.800.000	82.500.000	81.000.000
TGr. 70 Pauschalförderung für Krankenhäuser sowie gleichgestellte Einrichtungen					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(883 70)	312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0		
(893 70)	312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0		
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70			0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			104.800.000	82.500.000	81.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	26.564.500	6.468.600	0
Gesamteinnahme		26.564.500	6.468.600	0

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	14.397.100	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	90.402.900	82.500.000	81.000.000
Gesamtausgabe		104.800.000	82.500.000	81.000.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-78.235.500	-76.031.400	-81.000.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	291	Gebühren, sonstige Entgelte	1.022.000	1.190.000	1.190.000
			1.189.889		

Ausgaben für die Erstattung der Gebühren für zurückgegebene Wertmarken dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden. Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 60 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 682 60 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Beträge aus der Eigenbeteiligung an der unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen nach § 145 Abs.1 SGB IX.
Mehr in Anpassung an das Ist 2013.

119 10	291	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			626		

Erläuterungen:

Vorsorglich ausgebracht für Rückflüsse aus den Vorjahren.

119 11	291	Schadenersatzansprüche nach § 81a Bundesversorgungsgesetz einschließlich Nebengesetze	0	0	0
			549.601		

Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 60 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Ausgebracht für die eingehenden Zahlungen zur Befriedigung von gesetzlich übergegangenen Schadenersatzansprüchen nach § 81a BVG für Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen.

aus Titelgruppen:	12.310.700	13.442.900	13.457.900
--------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 1:	13.332.700	14.632.900	14.647.900
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	891	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 982 18 herangezogen werden.

aus Titelgruppen:	20.042.600	31.015.600	28.120.800
--------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 3:	20.042.600	31.015.600	28.120.800
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Integrationsamt - Ausgleichsabgabe

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titelgruppe 70. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titelgruppe 70 herangezogen werden.

111 70	291	Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	11.500.000	12.500.000	12.500.000
			12.404.645		

Erläuterungen:

Nach § 77 SGB IX haben Arbeitgeber für jeden unbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Ausgleichsabgabe, die auf der Grundlage einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote ermittelt wird, zahlt der Arbeitgeber jährlich.

112 70	291	Geldbußen nach § 156 SGB IX	0	0	0
			3.160		

Erläuterungen:

Der Titel wurde vorsorglich ausgebracht. Gemäß § 156 Abs. 2 SGB IX kann das Landesarbeitsamt bei Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit § 80 SGB IX diese mit einer Geldbuße ahnden, die gemäß § 156 Abs. 5 SGB IX an das Integrationsamt abzuführen ist.

119 70	291	Sonstige Einnahmen	700.000	880.000	880.000
			879.927		

Erläuterungen:

Nach § 77 Abs. 4 SGB IX sind für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe nach dem 31. März Säumniszuschläge nach Maßgabe des § 24 SGB IV durch das Integrationsamt zu erheben. Weitere Einnahmen resultieren aus der Inanspruchnahme von Integrationsfachdiensten, die von den Auftraggebenden entsprechend vergütet wird (§ 113 SGB IX). Mehr in Anpassung an das Ist 2013.

162 70	291	Erträge der Ausgleichsabgabe	50.000	25.000	50.000
			25.215		

Erläuterungen:

Zinseinnahmen im Rahmen der Verwaltung der Ausgleichsabgabe bei dem Integrationsamt nach § 77 Abs. 7 SGB IX. Weniger in 2015 in Anpassung an das Ist 2013.

182 70	291	Tilgungen aus der Verwendung der Ausgleichsabgabe	50.000	30.000	20.000
			63.371		

Erläuterungen:

Rückzahlung bewilligter Darlehen nach § 14 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Weniger wegen auslaufender Darlehensrückzahlungen.

234 70	291	Sonstige Zuweisungen von Sondervermögen	88.000	450.000	450.000
			499.909		

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für Mittelzuweisungen des Bundes aus dem Ausgleichsfonds für Förderprogramme. Mehr aufgrund der in der Förderrichtlinie "Initiative Inklusion" festgelegten Zuweisungsbeträge.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

282 70	291	Ausgleich zwischen den Integrationsämtern nach dem SGB IX	2.050.000 2.195.118	2.200.000	2.200.000
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

359 70	851	Entnahme aus der Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	20.036.800 29.620.683	31.009.800	28.115.000
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Nicht benötigte Mittel der Ausgleichsabgabe müssen von dem Integrationsamt einer Rücklage zugeführt werden. Bei Bedarf werden diese Beträge dem Haushalt mit Hilfe dieser Buchungsstelle wieder zugeführt.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(334 70)	291	Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen	0		
----------	-----	--	---	--	--

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70			34.474.800	47.094.800	44.215.000
-------------------------------------	--	--	------------	------------	------------

TGr. 80 Kriegsofferfürsorge

162 80	241	Zinsen für Darlehen der Kriegsofferfürsorge	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Einnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für eingehende Zinsen aus den aus Titel 863 80 ausgereichten Darlehen.

182 80	241	Tilgungen aus Darlehen der Kriegsofferfürsorge	2.400 2.490	2.400	2.400
--------	-----	--	----------------	-------	-------

Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Tilgungsbeträge aus den aus Titel 863 80 ausgereichten Darlehen.

233 80	241	Übergeleitete Ansprüche gemäß § 27 g Bundesversorgungsgesetz	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Einnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel ist ausgebracht für Einnahmen aus Unterhaltsleistungen.

281 80	241	Erstattungen von Wohngeld für Empfangende von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a Bundesversorgungsgesetz	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Einnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Der Titel dient der Vereinnahmung von Wohngelderstattungen gem. § 104 SGB X.

282 80	241	Kostenbeiträge und Aufwendersersatz von in Heimen untergebrachten Personen im Rahmen der Kriegsofferfürsorge	460.000 447.997	400.000	350.000
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 80 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 80 herangezogen werden.

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
07 060 Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 282 80

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Einsatz von Einkommen und Vermögen, insbesondere aus Renten der Kriegsofopfer bzw. deren Hinterbliebenen, soweit diese in Heimen betreut werden.
 Weniger wegen sinkender Anzahl der Zahlungspflichtigen.

331 80	241	Anteil des Bundes für Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz	4.000	4.000	4.000
--------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 863 80 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 863 80.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			466.400	406.400	356.400
--	--	--	----------------	----------------	----------------

TGr. 90 Kriegsofopferfürsorge nach Nebengesetzen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen insbesondere aus dem:
 - Opferentschädigungsgesetz
 - Infektionsschutzgesetz
 - Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz.

119 90	241	Rückflüsse aus Nebengesetzen	0	0	0
			2.034		

Einnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 90 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Ausgebracht für sonstige Rückflüsse aus Nebengesetzen.

182 90	241	Tilgungen aus Darlehen nach Nebengesetzen	8.300	5.500	5.500
			5.789		

Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 90 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt für Tilgungsbeiträge aus Darlehen nach § 25 b Bundesversorgungsgesetz an Berechtigte nach Nebengesetzen.

282 90	241	Kostenbeiträge und Aufwändungsersatz von Anspruchsberechtigten nach Nebengesetzen	60.000	85.000	80.000
			84.169		

Mehreinnahmen dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 631 90 und bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils zur Deckung der Mehrausgaben bei Titel 681 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus dem Einsatz von Einkommen und Vermögen insbesondere von anspruchsberechtigten Personen, die Leistungen nach Nebengesetzen beziehen, soweit diese in stationären Einrichtungen betreut werden.
 Mehr in Angleichung an das Ist 2013.

331 90	241	Anteil des Bundes für Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge nach Nebengesetzen	1.800	1.800	1.800
--------	-----	--	--------------	--------------	--------------

Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 863 90 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 863 90.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	891	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

aus Titelgruppen:	17.348.800	28.115.000	24.130.700
--------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 9:	17.348.800	28.115.000	24.130.700
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Soziales Entschädigungsrecht und SGB IX

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Versorgungsleistungen nach den Nebengesetzen, in denen das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt wird (z. B. Infektionsschutzgesetz, Opferentschädigungsgesetz, 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz, Unterstützungsabschlussgesetz, Anti-D-Hilfegesetz).

631 60	291	Erstattungen an den Bund aus den Einnahmen der Wertmarken für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr	317.000 214.339	322.000	322.000
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Bundesanteil an den bei Titel 111 10 nachzuweisenden Einnahmen (§ 152 SGB IX).

636 60	291	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger	210.000 152.076	170.000	170.000
---------------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Das Land erstattet die den Krankenkassen gem. § 20 Bundesversorgungsgesetz sowie § 11 Bundesvertriebenengesetz entstehenden Verwaltungskosten.
Weniger wegen Anpassung an das Ist 2013.

681 60	291	Renten, Unterstützungen und sonstige Leistungen nach Leistungsgesetzen	15.298.000 14.985.864	16.147.500	16.542.700
---------------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 119 11 geleistet werden.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung teilweise auch der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 681 60

			2015 EUR	2016 EUR
1.		Leistungen an Impfgeschädigte nach § 60 Infektionsschutzgesetz Veranschlagt sind die Mittel für Heil- und Krankenbehandlung und orthopädische Versorgung sowie für Renten und andere Leistungen für Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene und sonstige Leistungen nach §§ 25 bis 27 Bundesversorgungsgesetz.	2.780.000	2.853.000
2.		Geldleistungen an Opfer von Gewalttaten (Renten und Erstattungen)	2.574.000	2.730.000
3.		Sachleistungen an Opfer von Gewalttaten	4.613.800	4.686.000
4.		Aufwendungen für Beweiserhebungskosten im Zusammenhang mit Versorgungsleistungen und für Feststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht	4.850.000	4.900.000
5.		Leistungen an Berechtigte nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	176.300	186.500
6.		Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (2. Abschnitt Berufliches Reha-Gesetz)	0	0
7.		Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (3. Abschnitt Berufliches Reha-Gesetz)	88.000	100.000
8.		Leistungen an Berechtigte nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz (Verwaltungsrechtliches Reha-Gesetz)	20.400	21.200
9.		Leistungen nach dem Unterstützungsabschlussgesetz	385.000	393.000
10.		Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz	660.000	673.000
		Summe	16.147.500	16.542.700

682 60	291	Erstattung von Fahrgeldausfällen für die Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Nahverkehr	6.792.000 5.536.864	6.347.000	6.347.000
--------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Mehreinnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Das Land erstattet nach § 148 SGB IX Fahrgeldausfälle an Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, die verpflichtet sind, bestimmte Gruppen von schwerbehinderten Menschen unentgeltlich zu befördern.

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung teilweise auch der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 60	22.617.000	22.986.500	23.381.700
-----------------------	---------------	-------------------	-------------------	-------------------

TGr. 70 Integrationsamt - Ausgleichsabgabe

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titelgruppe 70 geleistet werden.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 70 geleistet werden.

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

632 70	291	Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs zwischen den Integrationsämtern	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Titel dient der Buchung evtl. Zahlungsverpflichtungen des Integrationsamtes im Rahmen des jährlichen Finanzausgleichs entsprechend § 77 Abs. 6 SGB IX.

634 70	291	Abführung an den Ausgleichsfonds nach dem SGB IX	2.300.000 2.459.509	2.500.000	2.500.000
--------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

20 vH des Aufkommens aus der Ausgleichsabgabe leitet das Integrationsamt an den Ausgleichsfonds weiter (§ 77 Abs. 6 SGB IX i. V. m. § 36 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung).

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
07 060 Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	
681 70	291	Zuschüsse an schwerbehinderte Menschen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben	1.300.000 860.660	1.000.000	1.000.000
Erläuterungen:					
Leistungen des Integrationsamtes an schwerbehinderte Menschen im Arbeits- und Berufsleben nach § 102 SGB IX i. V. m. §§ 19 bis 25 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Weniger in Anpassung an den Bedarf.					
682 70	291	Kosten für die Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen	200.000 183.781	300.000	300.000
Erläuterungen:					
Leistungen nach § 102 SGB IX i. V. m. § 29 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung zur Durchführung von Aufklärungs-, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen für Schwerbehindertenvertretungen und Arbeitgebervertretungen. Mehr wegen verstärkter Aktivitäten und medienwirksamer Maßnahmen zur Information von Arbeitgebern.					
683 70	291	Zuschüsse an Arbeitgeber für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben	4.405.000 3.755.159	5.549.800	6.454.700
Erläuterungen:					
Zuschüsse an Arbeitgeber durch das Integrationsamt nach § 102 SGB IX i. V. m. §§ 26 und 27 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung. Mehr wegen zusätzlichen Einsatzes von Mitteln der Ausgleichsabgabe für ein Förderprogramm (Bund/Land) zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen im Rahmen der Förderrichtlinie "Initiative Inklusion" des Bundes sowie für ein gesondertes Landesförderprogramm.					
684 70	291	Leistungen im Rahmen der Förderung gemäß § 30 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung	50.000	0	0
Erläuterungen:					
Weniger in Anpassung an das Ist 2013.					
685 70	291	Zuschüsse an Integrationsfachdienste im Rahmen der Durchführung von Maßnahmen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	4.500.000 4.161.029	5.860.000	6.110.000
Erläuterungen:					
Zuschüsse an Integrationsfachdienste im Rahmen der Beteiligung bei der Durchführung von Maßnahmen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach § 102 SGB IX i. V. m. §§ 27a und 28 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung und nach § 38a SGB IX. Mehr wegen zusätzlichen Einsatzes von Mitteln der Ausgleichsabgabe für ein Förderprogramm (Bund/Land) im Rahmen der Förderrichtlinie "Initiative Inklusion" des Bundes sowie für ein gesondertes Landesförderprogramm.					
686 70	291	Zuschüsse an Integrationsprojekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen	1.589.000 1.220.699	1.400.000	1.469.600
Erläuterungen:					
Weniger in Anpassung an den Bedarf.					
862 70	291	Darlehen an Integrationsprojekte	150.000	150.000	150.000
Erläuterungen:					
Der Titel ist ausgebracht für Darlehen an Integrationsprojekte für Aufbau, Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung von Arbeitsplätzen nach § 134 SGB IX.					
863 70	291	Darlehen aus der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	40.000 3.000	40.000	40.000

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
07 060 Soziales Entschädigungsrecht, Ausgleichsabgabe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 863 70

Erläuterungen:

Darlehen zur Schaffung und Erhaltung von behindertengerechten Arbeitsplätzen für schwerbehinderte Menschen nach § 15 Abs. 1 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung an Arbeitgeber sowie an schwerbehinderte Menschen zur Erlangung oder Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung sowie zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit nach §§ 21 und 22 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung.

891 70	291	Zuschüsse an Integrationsprojekte für Investitionen	992.000	580.000	460.000
			174.171		

Erläuterungen:

Zuschüsse an Integrationsprojekte für Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen nach § 134 SGB IX.
Weniger in Anpassung an den Bedarf.

892 70	291	Zuschüsse an Arbeitgeber für Investitionen	1.550.000	1.550.000	1.550.000
			1.221.535		

Erläuterungen:

Zuschüsse für Investitionen für neue Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen (vgl. §§ 15, 26 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung) sowie Umsetzung eines Landesförderprogramms (vgl. Titel 683 70).

893 70	291	Investive Leistungen im Rahmen der Förderung gemäß § 30 Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung	50.000	50.000	50.000
---------------	-----	---	---------------	---------------	---------------

919 70	851	Zuführung an die Rücklage der Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX	17.348.800	28.115.000	24.130.700
			31.652.485		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 359 70.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **34.474.800** **47.094.800** **44.215.000**

TGr. 80 Kriegsofferfürsorge

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.*

631 80	241	Erstattungen an den Bund	400.000	322.000	282.000
			339.911		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Einnahmen bei den Titeln 162 80, 233 80 und 281 80 sowie an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 80 und 282 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung der Anteile des Bundes an den Rückflüssen von Kriegsofferfürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz aus o. g. Titeln.
Weniger wegen sinkender Einnahmen bei o. g. Titeln.

681 80	241	Kriegsofferfürsorgeleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und in besonderen Fällen	400.000	390.000	370.000
			415.370		

*Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Einnahmen bei den Titeln 162 80, 233 80 und 281 80 sowie an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 80 und 282 80 geleistet werden.
Einnahmen fließen den Ausgaben zu.*

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 681 80

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz innerhalb von Einrichtungen	320.000	310.000
2.	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz außerhalb von Einrichtungen	70.000	60.000
Summe		390.000	370.000

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

863 80	241	Darlehen der Arbeits- und Berufsfürsorge nach § 25 Bundesversorgungsgesetz und Darlehen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz	5.000	5.000	5.000
--------	-----	---	--------------	--------------	--------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 80 geleistet werden.

Erläuterungen:

Darlehen können gewährt werden, wenn dies zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßig ist (vgl. § 25 b Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz). Nach § 26 Abs. 4 Bundesversorgungsgesetz gehört zur Hilfe der Arbeits- und Berufsfürsorge auch Hilfe zur Gründung und Erhaltung einer eigenen Existenz. Geldleistungen hierfür sollten in der Regel als Darlehen gewährt werden.

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung der Bund beteiligt ist. Der Anteil des Bundes ist im Ansatz berücksichtigt. Veranschlagt sind die Ausgaben mit einem Bundesanteil von 80 vH (vgl. Titel 331 80) und einem Landesanteil von 20 vH.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			805.000	717.000	657.000
-------------------------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

TGr. 90 Kriegsofopferfürsorge nach Nebengesetzen

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

631 90	241	Erstattungen an den Bund aus Rückflüssen	12.000	10.000	10.000
			10.155		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Bund zustehenden Anteils an den Einnahmen bei Titel 119 90 sowie an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 90 und 282 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für die Erstattung der Anteile des Bundes an den Rückflüssen aus Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz.

681 90	241	Kriegsofopferfürsorgeleistungen nach Nebengesetzen	1.210.000	1.107.000	1.107.000
			1.103.417		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe des dem Land zustehenden Anteils an den Einnahmen bei Titel 119 90 sowie an den Mehreinnahmen bei den Titeln 182 90 und 282 90 geleistet werden. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 681 90

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Leistungen an Impfgeschädigte	480.000	480.000
2.	Leistungen an Opfer von Gewalttaten	624.000	624.000
3.	Leistungen an Berechtigte nach StrRehaG	3.000	3.000
Summe		1.107.000	1.107.000

Bundesmittel

Mit den veranschlagten Mitteln werden gesetzliche Leistungen erfüllt, an deren Finanzierung teilweise auch der Bund beteiligt ist. Der Bundesanteil wird über diese Haushaltsstelle ausgezahlt und vom Bund erstattet. Die Einnahmen aus der Erstattung des Bundes fließen den Ausgaben zu.

863 90	241	Darlehen im Rahmen der Kriegsoferfürsorge nach Nebengesetzen	16.000	16.000	16.000
--------	-----	---	---------------	---------------	---------------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 90 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Darlehen an Anspruchsberechtigte nach Nebengesetzen.

Bundesmittel

Soweit das jeweilige Nebengesetz vorsieht, dass sich der Bund mit einem bestimmten Vom-Hundert-Satz am Darlehen beteiligen muss, wird der Bundesanteil in entsprechender Höhe bei Titel 331 90 vereinnahmt und zusammen mit dem entsprechenden Landesanteil bei Titel 863 90 verausgabt.

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 90	1.238.000	1.133.000	1.133.000
<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	59.134.800	71.931.300	69.386.700

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	13.332.700	14.632.900	14.647.900
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.658.000	3.135.000	3.080.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	20.042.600	31.015.600	28.120.800
Gesamteinnahme		36.033.300	48.783.500	45.848.700

Ausgaben

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	38.983.000	41.425.300	42.985.000
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.803.000	2.391.000	2.271.000
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	17.348.800	28.115.000	24.130.700
Gesamtausgabe		59.134.800	71.931.300	69.386.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-23.101.500	-23.147.800	-23.538.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	235	Gebühren, sonstige Entgelte	20.000	20.000	20.000
			12.901		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Gebühren, die im Rahmen der Durchführung des Brandenburgischen Pflege-Betreuungswohngesetzes erhoben werden.

119 10	286	Sonstige Verwaltungseinnahmen	428.700	406.400	406.400
			439.982		

Der Titel gehört nicht zum Verwaltungsbudget.

119 15	236	Rückflüsse aus Zuwendungen	122.000	122.000	122.000
			67.596		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung der ausgereichten Zuwendungsmittel.

Summe HGr. 1:	570.700	548.400	548.400
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	282	Zuweisungen des Bundes zur Weiterleitung an die Landkreise und kreisfreien Städte gemäß § 46a SGB XII	0	0	0
			75.138.940		

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 633 30. Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 633 30 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Gem. § 46a SGB XII erstattet der Bund den Ländern die Nettoausgaben für die Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Erstattungsbeträge des Bundes werden auf der Grundlage von § 16 Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG -SGB XII) unverzüglich an die Landkreise und kreisfreien Städte weitergeleitet (s. Titel 633 30).

281 10	227	Erstattung von Ausgaben für Sachverständige gemäß § 14 Landespflegeausschussverordnung	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 526 20 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 526 20.

aus Titelgruppen:	16.000	23.000	23.000
--------------------------	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 2:	16.000	23.000	23.000
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

382 18	891	Einnahmen aus weiterzuleitenden Spenden	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 982 18 verwendet werden.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 70 Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

182 70	286	Darlehensrückflüsse von Sozialhilfeempfängenden	0	0	0
231 70	285	Erstattungen vom Bund für Hilfe für Deutsche im Ausland gem. § 133 SGB XII	16.000 22.559	23.000	23.000
Erläuterungen:					
Mehr in 2015 in Anpassung an das Ist 2013.					
282 70	285	Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und sonstige Ansprüche auf Erstattung gemäß § 19 i. V. m. Kapitel 11 SGB XII	0 442	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **16.000** **23.000** **23.000**

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen **16.000** **23.000** **23.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	291	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	0 31.707	0	0
--------	-----	---	-------------	---	---

526 20	227	Entschädigung von Sachverständigen gemäß § 13 Landespflegeausschussverordnung	0	0	0
--------	-----	---	---	---	---

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 281 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Entstehende Ausgaben nach § 13 Landespflegeausschussverordnung für die Hinzuziehung beratender Teilnehmender werden nach § 14 Landespflegeausschussverordnung anteilig von den in § 2 Abs. 1 Landespflegeausschussverordnung genannten Organisationen und Institutionen getragen. Entsprechende Einnahmen kommen bei Titel 281 10 auf.

541 10	011	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	0	0	0
--------	-----	--	---	---	---

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich zur Finanzierung von sozialpolitischen Veranstaltungen und Tagungen ausgebracht.

aus Titelgruppen:		250.000	250.000	250.000
--------------------------	--	----------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:		250.000	250.000	250.000
----------------------	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	291	Kostenerstattungen für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz	7.341.500 7.032.984	6.682.300	7.870.800
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen auch Auszahlungen durch das Landesamt für Soziales und Versorgung an anspruchsberechtigte Personen nach dem Landespflegegeldgesetz ohne gewöhnlichen Aufenthalt im Land Brandenburg geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte für Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz für blinde und gehörlose Menschen.
Mehr in 2016 wegen Erhöhung des Landespflegegeldes in Umsetzung Koalitionsvertrag.

633 30	282	Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte aus Mitteln des Bundes gemäß § 46a SGB XII	0 75.138.940	0	0
--------	-----	---	-----------------	---	---

Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Weiterleitung der bei Titel 231 10 vereinnahmten Erstattungsbeträge des Bundes für Geldleistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an die Landkreise und kreisfreien Städte.

633 50	291	Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte nach § 8 Abs. 4 Landespflegegesetz	0 31.213	30.000	30.000
--------	-----	--	-------------	--------	--------

Erläuterungen:

Nach § 8 Absatz 4 Landespflegegesetz (LPflegeG) nehmen die Landkreise und die kreisfreien Städte die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 121 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahr. Sofern die am Ende eines jeden Jahres entstandenen Verfahrenskosten die tatsächlich vereinnahmten Bußgelder und Verwaltungsgebühren überschreiten, wird der Differenzbetrag vom Land erstattet (§ 8 Absatz 4 Satz 7 LPflegeG).
Mehr in 2015 wegen Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

636 10	224	Kostenerstattung an Krankenkassen	1.580.000 1.113.308	1.321.500	1.333.700
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Grundlage der Erstattung ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) vom 27.07.1992 (BGBl. I S. 1398) in der jeweils geltenden Fassung. Das Land Brandenburg erstattet den gesetzlichen Krankenkassen die ihnen durch dieses Gesetz entstehenden Kosten. Es handelt sich um die Erstattung von Kosten für ambulante und stationäre Schwangerschaftsabbrüche. Weniger wegen Fallzahlrückgangs.

671 10	291	Erstattungen für die Inanspruchnahme von Kommunikationshilfen nach dem Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetz	100.000 40.000	100.000	100.000
--------	-----	--	--------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kostenerstattungen an die Landesdolmetscherzentrale Brandenburg für die Inanspruchnahme von geeigneten Kommunikationshilfen für Menschen mit einer Hör- und Sprachbehinderung in Umsetzung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BbgBGG). Gemäß § 7 Abs. 3 BbgBGG trägt das Land die hierfür anfallenden Kosten.

684 11	236	Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Landesverbände im sozialen Bereich	1.349.900 1.349.655	1.349.900	1.349.900
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	3.650.000	50.000
davon fällig:		
2016 bis zu	1.250.000	
2017 bis zu	1.200.000	50.000
2018 bis zu	1.200.000	
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.200.000	50.000			1.250.000
2016			1.250.000		1.250.000
2017			1.200.000	50.000	1.250.000
2018			1.200.000		1.200.000
2019 ff.					
Summen	1.200.000	50.000	3.650.000	50.000	4.950.000

Erläuterungen:

Das Land ist nach § 5 Abs. 3 SGB XII i. V. m. § 17 Abs. 3 SGB I verpflichtet, Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bei ihrer sozialen Tätigkeit zu unterstützen. Gefördert werden:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Personalkosten für die Anleitungs- und Koordinierungstätigkeiten der Spitzenverbände bei Projekten der nichtregelfinanzierten sozialen Arbeit	1.200.000	1.200.000
2.	Verbandsaufgaben der Landesverbände	149.900	149.900
	Summe	1.349.900	1.349.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

684 12	236	Förderung von Projekten im sozialen Bereich	371.700	465.000	465.000
			375.679		

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	190.000	190.000
davon fällig:		
2016 bis zu	190.000	
2017 bis zu		190.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		190.000			190.000
2016			190.000		190.000
2017				190.000	190.000
2018					
2019 ff.					
Summen		190.000	190.000	190.000	570.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung insbesondere von überregionalen Projekten und modellhaften Maßnahmen zur Erprobung von innovativen Ansätzen.
Mehr insbesondere wegen Anpassung an Tarifsteigerungen.

684 13	011	Förderung der überregionalen migrationsspezifischen sozialen Beratung für ausländische Flüchtlinge	132.500	265.000
neu				

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Gefördert werden Personalkosten für die überregionale Flüchtlingsberatung, um den erhöhten Beratungsbedarf aufgrund der gestiegenen Zugangszahlen der Asylbewerberinnen und Asylbewerber und ausländischen Flüchtlinge zu gewährleisten.

684 17	244	Zuschüsse an die Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft"	484.200	414.100	414.100
			352.124		

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind vorgesehen für Leistungen der gemeinsamen Stiftung "Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft" der Länder Berlin und Brandenburg an Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg (Institutionelle Förderung). Zusätzlich ist der Stiftung eine Planstelle aus dem Landesamt für Soziales und Versorgung zugewiesen.

	2015 EUR	2016 EUR
1. Unterstützungsleistungen	396.100	396.100
2. Anteilige Verwaltungskosten	18.000	18.000
Summe	414.100	414.100

Weniger wegen Fallzahlrückgangs.

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

684 18 neu	291	Zuschüsse an anerkannte Betreuungsvereine im Zusammenhang mit der Umsetzung des Betreuungsgesetzes	100.000	480.000
----------------------	-----	---	----------------	----------------

Aus den Mitteln dieses Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kostenerstattungen an die anerkannten Betreuungsvereine im Land Brandenburg zur Förderung der Querschnittsarbeit (§ 1908 f. BGB), die auf die Gewinnung, Begleitung und Qualifizierung von ehrenamtlichen rechtlichen Betreuerinnen und Betreuern sowie auf die Beratung und Unterstützung von Bevollmächtigten gerichtet ist, sowie für Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit.

aus Titelgruppen:	468.949.500	484.116.200	503.986.200
--------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Summe HGr. 6:	480.176.800	494.711.500	516.294.700
----------------------	--------------------	--------------------	--------------------

HGr. 9: Besondere Finanzierungsausgaben

982 18	891	Ausgaben zur Weiterleitung von Spenden Dritter an die Berechtigten	0	0	0
---------------	-----	---	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 382 18 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Spenden Dritter, die an die Berechtigten weiterzuleiten sind (Durchlaufspenden).

Summe HGr. 9:	0	0	0
----------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Durchführung des Investitionsprogramms Pflege gem. Artikel 52 PflegeVG und kurzfristig notwendige Investitionsmaßnahmen zur Förderung sozialer Einrichtungen, insbesondere von voll- und teilstationären Altenpflege- und Behinderteneinrichtungen

Erläuterungen:

Aufgrund des Artikels 52 Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG) hatte die Landesregierung ein Investitionsprogramm Pflege (IVP) aufgelegt. Die Förderung richtete sich nach §§ 4 und 5 Landespflegegesetz vom 27. Juni 1995 (GVBl. I S. 130/131), der Pflegeinvestitionsverordnung vom 13. März 1996 (GVBl. II S. 245), der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zu Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms Pflege des Landes Brandenburg (Amtsblatt für Brandenburg Nr. 23 vom 23. Mai 1996) in den jeweils geltenden Fassungen und den vom Kabinett am 13. August 1996, zuletzt geändert am 23. Mai 2002, beschlossenen Grundsätzen zum IVP.

Danach wurden gefördert:

- 10.553 stationäre Plätze in Altenpflegeheimen (darunter 40 Plätze in stationären Hospizen), 1.586 Plätze des Betreuten Wohnens im Heim, 802 Plätze für Tagespflege, 579 Plätze für Kurzzeitpflege,

- 2.741 stationäre Plätze für erwachsene Geistigbehinderte, Mehrfachbehinderte und Schwerstkörperbehinderte, 271 teilstationäre Plätze für erwachsene Behinderte (Förder- und Beschäftigungsbereiche), 290 stationäre Plätze für behinderte Kinder und Jugendliche, 2.403 Plätze in Werkstätten für Behinderte, 13 Sonderkita-Plätze für behinderte Kinder und Jugendliche, 737 stationäre Plätze für psychisch Kranke und chronisch mehrfach-geschädigte Abhängigkeitskranke.

Zur Finanzierung des Investitionsprogramms stellte der Bund gemäß Art. 52 PflegeVG insgesamt rd. 530 Mio. EUR zur Verfügung, das Land insgesamt rd. 556 Mio. EUR, die kommunalen Gebietskörperschaften (nur beim Betreuten Wohnen) rd. 22 Mio. EUR, die Träger rd. 141 Mio. EUR und der Bund aus Mitteln aus dem Ausgleichsfonds rd. 56 Mio. EUR. Insgesamt betrug das Fördervolumen rd. 1,3 Mrd. EUR.

Die vom Land aufzubringenden Komplementärmittel an den vom Bund mitfinanzierten Investitionsmaßnahmen gemäß Art. 52 PflegeVG und Ausgleichsfonds sowie die vom Land darüber hinaus bereitgestellten Mittel für Einrichtungen werden durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) finanziert. Die der ILB entstehenden Refinanzierungskosten (Zinsen und Tilgung) werden vom Land erstattet; die Ausgaben sind bei Titel 663 60 veranschlagt, wobei die Veranschlagung von einem Refinanzierungszeitraum von max. 25 Jahren ausgeht.

Mit der Programmdurchführung wurde die ILB beauftragt. Die ILB erhielt gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag im Rahmen des Bewilligungsverfahrens ein Entgelt in Höhe von bis zu 2 vH des bewilligten Zuwendungsbetrages, das in den Ausgaben bei Titel 663 60 enthalten war. Der ILB werden ggfs. auch aus diesem Titel die Kosten erstattet, die ihr durch Rechtsstreitigkeiten entstehen, deren Ursachen nicht in der Tätigkeit der ILB als Bewilligungsstelle liegen, sondern durch Rechtssetzungen, Planungen und fachliche Weisungen des MASF verursacht worden sind. Zu diesen Kosten gehören insbesondere Prozesskosten, Anwaltskosten sowie Schadenersatzansprüche, die sich gegen die ILB richten.

526 60	235	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
663 60	235	Zuweisungen an die Investitionsbank des Landes Brandenburg zur Durchführung des Investitionsprogramms Pflege gem. Artikel 52 Pflege-Versicherungsgesetz	42.758.700 42.085.100	43.278.000	43.334.900

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	43.278.000				43.278.000
2016	43.334.900				43.334.900
2017	43.018.000				43.018.000
2018	30.138.100				30.138.100
2019 ff.	87.221.500				87.221.500
Summen	246.990.500				246.990.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 663 60

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln werden die Annuitäten aller aufgenommenen Plafonds und die Aufwendungszuschüsse für die im Rahmen des § 3 Abs. 1, 6 und 7 der Pflegeinvestitionsverordnung geförderten Vorhaben finanziert.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60	42.758.700	43.278.000	43.334.900
-------------------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

TGr. 70 Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen durch die oberste Landessozialbehörde auch Ausgaben zur Unterstützung der örtlichen Träger der Sozialhilfe gemäß § 7 SGB XII geleistet werden.

526 70	286	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	100.000	100.000	100.000
---------------	------------	---	----------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Ausgaben für eine wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII). Im Mittelpunkt stehen dabei die Beobachtung und die Begleitung der tatsächlichen Entwicklungen bei den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) einschließlich der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Ausgaben der Träger der Sozialhilfe.

531 70	286	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	150.000	150.000	150.000
			14.923		

Erläuterungen:

Vorgesehen sind Ausgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von Landessozialberichten.

Mit der Darstellung und der Analyse der sozialen Lage der Bevölkerung im Land Brandenburg sollen die Entwicklungen in sozialpolitischen und gesellschaftlichen Bereichen verfolgt werden und als Grundlage für den effizienten Einsatz von Landesmitteln dienen.

633 70	286	Kostenerstattungen an örtliche Sozialhilfeträger	420.879.900	435.064.600	454.393.500
			380.769.847		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für Kostenerstattungen an die Landkreise und kreisfreien Städte, die das Land auf der Grundlage des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII) trägt. Zu den für die Kostenerstattung berücksichtigungsfähigen Aufwendungen gehören auch Aufwendungen für Modellvorhaben zur Weiterentwicklung von Leistungen der Sozialhilfe nach § 97 Abs. 5 SGB XII, sofern die Leistungen geeignet sind, die Sozialhilfeausgaben zu senken. Zudem sind Mittel für die Kostenerstattung nach § 106 SGB XII veranschlagt. Hiernach erstattet der überörtliche Träger der Sozialhilfe den örtlichen Trägern der Sozialhilfe seines Zuständigkeitsbereiches Kosten für die Unterbringung in einer Einrichtung für Hilfeempfangende, denen im Geltungsbereich des SGB XII kein gewöhnlicher Aufenthalt nachgewiesen werden kann.

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich sowie Blindenhilfe (Kostenerstattung in Höhe der Erstattungsquote des Landes)	429.764.600	449.743.500
2.	Klageverfahren	1.800.000	1.150.000
3.	Kostenerstattung gem. § 106 SGB XII	3.500.000	3.500.000
	Summe	435.064.600	454.393.500

671 70	285	Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe	50.000	65.000	65.000
			65.012		

Erläuterungen:

Die Mittel sind für Sozialhilfe für Deutsche im Ausland nach § 24 SGB XII vorgesehen. Mehr in 2015 wegen erhöhter Fallkosten.

Nachrichtlich: Summe TGr. 70	421.179.900	435.379.600	454.708.500
-------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

TGr. 80 Förderung von Umschulungsmaßnahmen in der Altenpflege

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit den Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 90.

Die Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Vorgesehen ist die Förderung von Personal- und Sachkosten für den theoretischen und praktischen Unterricht (Schulkosten) an Altenpflegesschulen in unterschiedlicher Trägerschaft einschließlich der Kosten der Kompetenzfeststellung nach § 7 Abs. 4 Nr. 3 AltPflG. Gefördert wird das 3. Ausbildungsjahr von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nach SGB III (Umschulung). Gemäß der ab dem 01.01.2006 geltenden Rechtslage nach dem SGB III werden durch die Bundesagentur für Arbeit die ersten zwei Ausbildungsjahre nur noch unter der Voraussetzung gefördert, dass das letzte Ausbildungsjahr durch einen Dritten finanziert wird. Daher ist die Übernahme der Schulkosten für das 3. Ausbildungsjahr durch das Land erforderlich. Davon ausgenommen sind die in 2013 bis 2015 begonnenen/beginnenden Ausbildungsjahrgänge. Diese werden gemäß Beschluss der Bundesregierung zur Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege vollständig durch die Bundesagentur für Arbeit finanziert.

683 80	128	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	98.100 15.452	53.800	3.300
--------	-----	--	------------------	--------	-------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:		114.000
davon fällig:		
2016 bis zu		
2017 bis zu		
2018 bis zu		28.500
2019 ff. bis zu		85.500

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	50.500				50.500
2016		29.700			29.700
2017		89.100			89.100
2018				28.500	28.500
2019 ff.				85.500	85.500
Summen	50.500	118.800		114.000	283.300

Erläuterungen:

Die im Haushaltsplan 2014 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen werden nicht in Anspruch genommen. Insoweit wird der veranschlagte Haushaltsansatz 2016 auskömmlich sein.

Weniger wegen Übernahme der Kosten des 3. Ausbildungsjahres in der Umschulung Altenpflege für die Jahrgänge 2013 bis 2015 durch die Bundesagentur für Arbeit.

684 80	128	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	170.300 40.550	244.400	9.700
--------	-----	--	-------------------	---------	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 684 80

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:		342.000
davon fällig:		
2016 bis zu		
2017 bis zu		
2018 bis zu		85.500
2019 ff. bis zu		256.500

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	234.700				234.700
2016		69.300			69.300
2017		207.900			207.900
2018				85.500	85.500
2019 ff.				256.500	256.500
Summen	234.700	277.200		342.000	853.900

Erläuterungen:

Die im Haushaltsplan 2014 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen werden nicht in Anspruch genommen. Insoweit wird der veranschlagte Haushaltsansatz 2016 auskömmlich sein.

Weniger wegen Übernahme der Kosten des 3. Ausbildungsjahres in der Umschulung Altenpflege für die Jahrgänge 2013 bis 2015 durch die Bundesagentur für Arbeit.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 **268.400 298.200 13.000**

TGr. 90 Förderung der Regelausbildung in der Altenpflege und in der Altenpflegehilfe

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig mit den Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 80.

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung der Personal- und Sachkosten für den theoretischen und praktischen Unterricht (Schulkosten) an staatlich anerkannten Altenpflegesschulen, die nach der Altenpflegeschulverordnung vom 22.04.2009 anerkannt sind. Gefördert werden die Schulkosten der dreijährigen Altenpflegeausbildung (Regelausbildung) nach dem Bundesaltenpflegegesetz und im Einzelfall die Schulkosten der einjährigen Altenpflegehilfeausbildung (Regelausbildung) nach dem Altenpflegehilfegesetz des Landes Brandenburg.

683 90 128 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen **1.357.300 1.191.600 1.190.200**
715.134

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	1.128.600	1.128.600
davon fällig:		
2016 bis zu	410.400	
2017 bis zu	410.400	410.400
2018 bis zu	307.800	410.400
2019 ff. bis zu		307.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 683 90

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	613.800	475.200			1.089.000
2016	202.000	475.200	410.400		1.087.600
2017		356.400	410.400	410.400	1.177.200
2018			307.800	410.400	718.200
2019 ff.				307.800	307.800
Summen	815.800	1.306.800	1.128.600	1.128.600	4.379.800

Erläuterungen:

Weniger wegen geringerer Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Regelausbildungsplätze in 2013.

684 90	128	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	3.350.200 2.076.360	3.333.800	3.404.600
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	3.260.400	3.260.400
davon fällig:		
2016 bis zu	1.185.600	
2017 bis zu	1.185.600	1.185.600
2018 bis zu	889.200	1.185.600
2019 ff. bis zu		889.200

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015	1.928.600	1.108.800			3.037.400
2016	813.800	1.108.800	1.185.600		3.108.200
2017		831.600	1.185.600	1.185.600	3.202.800
2018			889.200	1.185.600	2.074.800
2019 ff.				889.200	889.200
Summen	2.742.400	3.049.200	3.260.400	3.260.400	12.312.400

Nachrichtlich: Summe TGr. 90			4.707.500	4.525.400	4.594.800
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

TGr. 91 Seniorenpolitisches Maßnahmenpaket

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 91	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
531 91	291	Kosten für Veröffentlichungen	0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

TGr. 92 Behindertenpolitisches Maßnahmenpaket

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 92	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0 9.962	0	0
531 92	291	Kosten für Veröffentlichungen	0 23.210	0	0
533 92	291	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	0	0	0
539 92	291	Brandenburger Inklusionspreis	0 1.137	0	0

Erläuterungen:

Vorgesehen ist die jährliche Vergabe eines Preises für vorbildhafte Maßnahmen zur Entwicklung gesellschaftlicher Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

633 92	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
671 92	291	Erstattungen an Inland	0	0	0
684 92	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	100.000 23.130	100.000	100.000

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	25.000	25.000
davon fällig:		
2016 bis zu	25.000	
2017 bis zu		25.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		25.000			25.000
2016			25.000		25.000
2017				25.000	25.000
2018					
2019 ff.					
Summen		25.000	25.000	25.000	75.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 684 92

Erläuterungen:

Die Mittel werden für die Umsetzung und Begleitung des behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes eingesetzt. Schwerpunkte bei der Umsetzung bilden:

- Bewusstseinsbildung für eine inklusive Gesellschaft
- Förderung der aktiven, gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
- Partizipation von Menschen mit Behinderung
- Stärkung von inklusiven Sozialräumen

685 92	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 92			100.000	100.000	100.000

TGr. 93 Pflegeoffensive

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 93	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten		0	0
neu					
531 93	291	Kosten für Veröffentlichungen		0	0
neu					
533 93	291	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge		0	0
neu					
539 93	291	Preisgelder		0	0
neu					
633 93	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
neu					
671 93	291	Erstattungen an Inland		0	0
neu					
684 93	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		400.000	1.000.000
neu					

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	250.000	250.000
davon fällig:		
2016 bis zu	250.000	
2017 bis zu		250.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 684 93

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016			250.000		250.000
2017				250.000	250.000
2018					
2019 ff.					
Summen			250.000	250.000	500.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für eine Pflegeoffensive, die Maßnahmen zu folgenden Themenbereichen umfasst:

- Sozialräumliche Ansätze zur Verzögerung, Verminderung oder Verhinderung des Entstehens von Pflegebedürftigkeit
- Stabilisierung des Anteils ambulanter pflegerischer Versorgung durch Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger
- Verbesserung der Kooperation innerhalb der pflegerischen Versorgungsstrukturen und mit angrenzenden Bereichen
- Fachkräftesicherung in der Pflege

Mehr wegen erstmaliger Veranschlagung gemäß Koalitionsvertrag mit dem Ziel die Pflegeversorgung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu sichern.

685 93	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentlichen Einrichtungen	0	0
neu				

Nachrichtlich: Summe TGr. 93 400.000 1.000.000

TGr. 94 Armutsbekämpfung

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für sozialräumliche Ansätze zur Bekämpfung von Armut und deren Folgen in den unterschiedlichen Lebenslagendimensionen, zur Unterstützung von regional ausgerichteten Strategien der Armutsbekämpfung sowie für die Förderung partizipativer Projekte zur Vermeidung und Reduzierung von Armut, insbesondere von Kindern und Jugendlichen sowie deren wissenschaftliche Begleitung. Darüber hinaus sind Mittel für die Implementierung eines breit angelegten gesellschaftlichen Diskurses über Strategien zur Armutsbekämpfung und Vermeidung sozialer Ausgrenzung sowie zur Unterstützung der Beteiligung Betroffener, Verbände und weiterer Einrichtungen vorgesehen.

531 94	291	Kosten für Veröffentlichungen	0	0
neu				
533 94	291	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	0	0
neu				
633 94	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0
neu				
684 94	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	200.000	300.000
neu				
685 94	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0
neu				

Nachrichtlich: Summe TGr. 94 200.000 300.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 070 **Förderung der Sozialstruktur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **469.199.500** **484.366.200** **504.236.200**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	570.700	548.400	548.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	16.000	23.000	23.000
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme		586.700	571.400	571.400

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	250.000	250.000	250.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	480.176.800	494.711.500	516.294.700
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe		480.426.800	494.961.500	516.544.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-479.840.100	-494.390.100	-515.973.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	291	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
119 15	291	Rückflüsse aus Zuwendungen	69.600	77.200	77.200
			77.268		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind sowohl Rückzahlungen von Zuwendungen aus Vorjahren als auch Zinseinnahmen wegen nicht zweckentsprechender bzw. fristgerechter Verwendung von Zuwendungen.
 Mehr in Anpassung an das Ist.

Summe HGr. 1:	69.600	77.200	77.200
----------------------	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	291	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	9.800	9.800	9.800
			15.840		

Erläuterungen:

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für die Vorarbeiten und die Berichterstattung zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes gemäß § 26 Landesgleichstellungsgesetz.

aus Titelgruppen:	94.900	414.900	414.900
--------------------------	---------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:	104.700	424.700	424.700
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	291	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	118.300	118.300
---------------	-----	--	----------------	----------------

neu

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für die Kostenerstattung zum Ausgleich der aus der Aufgabenwahrnehmung des Betreuungsgeldgesetzes resultierenden Mehrbelastungen der Landkreise, kreisfreien Städte und der Großen kreisangehörigen Stadt Schwedt/Oder gemäß § 1a der Verordnung über die Zuständigkeiten zur Durchführung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes vom 05.01.2007 (GVBl. II/07 S. 11) in der jeweils geltenden Fassung.

aus Titelgruppen:	8.483.700	8.382.000	8.294.700
--------------------------	------------------	------------------	------------------

Summe HGr. 6:	8.483.700	8.500.300	8.413.000
---------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 65 Förderung von Frauen und Familie

*Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
 Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.
 Einnahmen fließen den Ausgaben zu.*

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 65	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	320.000	320.000
			103.200		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Bereitstellung eines Familienpasses für das Land Brandenburg in Umsetzung des Maßnahmenpaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit im Land Brandenburg.
 Mehr wegen Umsetzung von 320.000 EUR aus Titel 683 65.

531 65	291	Kosten für Veröffentlichungen	40.000	40.000	40.000
			42.823		

Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für die regelmäßige Überarbeitung und den Druck des "Ratgebers für Familien".

533 65	291	Aufwendungen für den Landesbeirat für Familienpolitik	20.000	20.000	20.000
			20.032		

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für den Familienbeirat, der die Landesregierung in Fragen der Familienpolitik beraten, die familienpolitischen Herausforderungen beschreiben sowie konkrete Maßnahmen und Perspektiven für familienfreundliche Rahmenbedingungen aufzeigen soll.
 Insbesondere fallen Ausgaben für die Durchführung von turnusmäßigen Sitzungen des Beirates sowie für externe Sachverständige an.

539 65	291	Preisgelder		0	0
neu					

Erläuterungen:

Der Titel ist vorsorglich ausgebracht für die Auslobung von Preisgeldern im Rahmen von Wettbewerben, die Gegenstand des Maßnahmenpaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit im Land Brandenburg sind.

541 65	291	Durchführung von Veranstaltungen, Fortbildungs- und Informationstagungen	3.900	3.900	3.900
			1.512		

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für:

		2015 EUR		2016 EUR
1.	Veranstaltungen und Fachtagungen im Bereich der Familienpolitik sowie der lesbisch-schwulen Interessenvertretungen	1.500		1.500
2.	Fortbildungen für Frauenhausmitarbeiterinnen, Beratungskräfte der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Fachtagungen, Öffentlichkeitsarbeit	2.400		2.400
	Summe	3.900		3.900

546 65	291	Sonstiges	0	0	0
---------------	-----	------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

633 65	291	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	900.000 1.113.879	1.116.000	1.116.000
--------	-----	---	----------------------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	279.000	279.000
davon fällig:		
2016 bis zu	279.000	
2017 bis zu		279.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		300.000			300.000
2016			279.000		279.000
2017				279.000	279.000
2018					
2019 ff.					
Summen		300.000	279.000	279.000	858.000

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen zur Förderung von Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie zur Förderung von Frauenhäusern, Zufluchtwohnungen und Beratung (Projektförderung). Mehr wegen Anpassung des Förderbetrages je Landkreis und kreisfreie Stadt.

681 65	291	Zuschüsse an natürliche Personen	300.000 229.052	300.000	300.000
--------	-----	----------------------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Umsetzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen für Familienferienreisen.

683 65	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	320.000 203.409	0	0
--------	-----	--	--------------------	---	---

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		107.000			107.000
2016					
2017					
2018					
2019 ff.					
Summen		107.000			107.000

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung von 320.000 EUR nach Titel 526 65.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

684 65	291	Zuschüsse an freie Träger	1.131.300 882.529	1.252.600	1.252.600
--------	-----	---------------------------	----------------------	-----------	-----------

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:	257.300	257.300
davon fällig:		
2016 bis zu	257.300	
2017 bis zu		257.300
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015		339.700			339.700
2016			257.300		257.300
2017				257.300	257.300
2018					
2019 ff.					
Summen		339.700	257.300	257.300	854.300

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Projektförderung von:

1. Familienverbände
2. Familienbildung
3. Lokale Bündnisse für Familien
4. der Geschäftsstelle des Landesverbandes von pro familia e. V.
5. Organisationen und Verbänden der Frauenpolitik
6. Mädchenarbeit
7. Projekten zur Prävention von Gewalt gegen Frauen und zur Hilfe für Opfer von Menschenhandel
8. Netzwerken Gesunde Kita

685 65	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
686 65	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
893 65	291	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 65			2.715.200	3.052.500	3.052.500
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

TGr. 70 Schwangerschaftsberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Sach- und Personalkosten der Beratungsstellen für Familienplanung, Sexualaufklärung und Schwangerschaft/Schwangerschaftskonflikt gemäß § 4 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vom 27.07.1992 (BGBl. I, S. 1398) sowie dem Brandenburgischen Gesetz zur Ausführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vom 12.07.2007 (GVBl. I, S. 118) in der jeweils geltenden Fassung.

633 70	291	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte	205.700 224.352	153.300	153.300
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

684 70	291	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	3.717.400 3.385.494	3.691.900	3.691.900
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 3.923.100 3.845.200 3.845.200

TGr. 80 Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(526 80) 314 **Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 05 050/526 80 (Ist 2013: 208.329 Euro, Ansatz 2014: 109.000 Euro).

(533 80) 314 **Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 05 050/533 80 (Ist 2013: 1.975 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

(633 80) 314 **Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände**

Dieser Titel wurde umgesetzt nach 05 050/633 80 (Ist 2013: 104.774 Euro, Ansatz 2014: 90.000 Euro).

(684 80) 314 **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen**

Dieser Titel wurde i. H. v. 920.000 EUR umgesetzt nach 05 050/684 80 (Ist 2013: 781.898 Euro, Ansatz 2014: 970.000 Euro). Der verbliebene Teilbetrag zur Finanzierung des Projektes Netzwerke Gesunde Kita i. H. v. 50.000 EUR wurde nach 07 080/684 65 umgesetzt.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80

TGr. 90 Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Deckungsfähigkeit laut Haushaltsgesetz bleibt erhalten.

Aus den Mitteln dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushaltes Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).

526 90	291	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	20.000	20.000	20.000
531 90	291	Kosten für Veröffentlichungen	0	0	0
533 90	291	Aufwendungen für Veranstaltungen, Tagungen und Lehrgänge	11.000 17.533	11.000	11.000
633 90	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0	0
671 90	291	Erstattungen an Inland	0	0	0
684 90	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	95.000 77.230	105.000	115.000

07 **Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**
07 080 **Frauenförderung, Gleichstellung, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 684 90

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Maßnahmen:

- zum Abbau von traditionellen Geschlechterrollen
- zur landesweiten Implementierung von Gender-Mainstreaming
- zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen
- zur Beseitigung der Entgeltungleichheit
- zur Arbeit im Gewaltschutzbereich sowie
- zur Unterstützung der frauen- und gleichstellungspolitischen Akteure im Land Brandenburg sowie
- zur Unterstützung und Verstetigung der Öffentlichkeitsarbeit über Informations- und Beratungsangebote für Frauen und Mädchen im Land sowie der Vernetzung der frauen- und gleichstellungspolitischen Strukturen (Projektförderungen)

685 90	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0	0
686 90	291	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 90			126.000	136.000	146.000

TGr. 95 Schuldnerberatungsstellen im Rahmen der Insolvenzordnung

Einnahmen aus Rückzahlungen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Sach- und Personalkosten der anerkannten Beratungsstellen für die Insolvenzberatung gemäß § 8 des Artikels 1 des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung und zur Anpassung von Rechtsvorschriften an die Insolvenzordnung vom 26.11.1998 (GVBl. I S. 218) sowie der Verordnung über die Finanzierung der Beratung durch geeignete Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren vom 20.06.2001 (GVBl. II S. 205) in den jeweils geltenden Fassungen.

633 95	291	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für laufende Zwecke	0 7.261	0	0
684 95	291	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	1.814.300 1.571.436	1.763.200	1.665.900
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 95			1.814.300	1.763.200	1.665.900
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			8.578.600	8.796.900	8.709.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	69.600	77.200	77.200
--------	---	--------	--------	--------

Gesamteinnahme		69.600	77.200	77.200
-----------------------	--	---------------	---------------	---------------

Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	104.700	424.700	424.700
--------	--	---------	---------	---------

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	8.483.700	8.500.300	8.413.000
--------	---	-----------	-----------	-----------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
--------	--	---	---	---

Gesamtausgabe		8.588.400	8.925.000	8.837.700
----------------------	--	------------------	------------------	------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-8.518.800	-8.847.800	-8.760.500
--------------------------------------	--	-------------------	-------------------	-------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Einnahmen der Hauptgruppe 2 dürfen zur Deckung von Ausgaben in der Gruppe 427 sowie in den Hauptgruppen 5 und 8 herangezogen werden.

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	313	Gebühren, sonstige Entgelte	350.000	1.015.300	1.015.300
			351.550		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Gebühren für Verwaltungshandlungen aufgrund der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie vom 02.02.2005 (GVBl. II S. 94), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6.08.2014 (GVBl. II Nr. 55). Mehr wegen Umsetzung von 287.500 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 111 10 infolge des Aufgabenübergangs sowie einer Aufgabenerweiterung im Zusammenhang mit der Überwachung nach dem Arzneimittel- und Medizinproduktegesetz.

111 20	313	Gebühren für die Erteilung von Erlaubnissen	0	0	0
			25.253		

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 633 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Gebühren für die Erlaubniserteilung nach § 13 Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) einschließlich Baugenehmigungen nach § 67 Abs. 2 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in Verbindung mit Erlass MSWV/MASGF vom 01. Juni 2004.

112 10	313	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	410.000	365.300	365.300
			344.486		

Erläuterungen:

Festsetzung der Geldstrafen und Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19.2.1987 (BGBl. I Seite 602), in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I Nr. 49, Seite 2353). Weniger wegen Anpassung an die tatsächlich zu erwartenden Einnahmen.

119 10	313	Sonstige Verwaltungseinnahmen	500	2.600	2.600
		aus Titelgruppen:	10.000	20.000	20.000

Summe HGr. 1:	770.500	1.403.200	1.403.200
----------------------	----------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

272 10	313	Zuschüsse der Europäischen Kommission	0	0	0
---------------	-----	--	----------	----------	----------

Summe HGr. 2:	0	0	0
----------------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 60 Umsetzung der Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG)

111 60 313 **Gebühren und sonstige Entgelte** 0 0
neu

Erläuterungen:

Einnahmen für Verwaltungshandlungen nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) aufgrund des Gebüh-
rengesetzes für das Land Brandenburg (GebGBbg) vom 7.07.2009 (GVBl.I S. 246), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Geset-
zes vom 10.07.2014 (GVBl.I Nr.32 S.27) sowie der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Familie (GebOMASGF) vom 2.02.2005 (GVBl.II S. 94), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6.08.2014 (GVBl.II Nr.55).

112 60 313 **Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusam- 10.000 10.000 10.000**
menhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeldern auf der Grundlage des § 13 Energieverbrauchsrele-
vante-Produkte-Gesetz (EVPG).

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 10.000 10.000 10.000

TGr. 70 Umsetzung der Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG)

111 70 313 **Gebühren und sonstige Entgelte** 0 0
neu

Erläuterungen:

Einnahmen für Verwaltungshandlungen nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) aufgrund des Gebüh-
rengesetzes für das Land Brandenburg (GebGBbg) vom 7.07.2009 (GVBl.I S. 246), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Geset-
zes vom 10.07.2014 (GVBl.I Nr. 32 S.27) sowie der Gebührenordnung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und
Familie (GebOMASGF) vom 2.02.2005 (GVBl.II S. 94), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6.08.2014 (GVBl.II Nr.55).

112 70 313 **Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der zusam- 10.000 10.000**
menhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeldern auf der Grundlage des § 15 Energieverbrauchskenn-
zeichnungsgesetz (EnVKG).

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 10.000 10.000

Nachrichtlich: Summe Einnahmen der Titelgruppen 10.000 20.000 20.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	313	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	2.379.500	3.750.800	3.650.800
			2.223.731		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	3.750.800	3.650.800
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
	Summe	3.750.800	3.650.800

Mehr wegen Umsetzung von drei Stellen aus Titel 422 60 und Umwandlung von zwei Anwärterstellen in Planstellen aus Titel 422 21.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Direktorin, Direktor des Landesamtes für Arbeitsschutz	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor / Leitende Gewerbedirektorin, Leitender Gewerbedirektor / Leitende Medizinaldirektorin, Leitender Medizinaldirektor / Leitende Pharmaziedirektorin, Leitender Pharmaziedirektor	A16	hD	0,00	4,00	4,00
Leitende Gewerbedirektorin, Leitender Gewerbedirektor	A16	hD	3,00	0,00	0,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor	A15	hD	0,00	14,00	14,00
Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor	A15	hD	12,00	0,00	0,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obergewerberätin, Obergewerbeberater / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Oberpharmazierätin, Oberpharmazierat	A14	hD	0,00	17,00	17,00
Obergewerberätin, Obergewerbeberater	A14	hD	13,00	0,00	0,00
Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerbeberater / Pharmazierätin, Pharmazierat	A13	hD	0,00	5,00	5,00
Gewerberätin, Gewerbeberater	A13	hD	6,00	0,00	0,00
Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	15,00	0,00	0,00
Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	0,00	16,00	16,00
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	A12	gD	0,00	21,00	21,00
Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	A12	gD	16,00	0,00	0,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	A11	gD	20,00	27,00	27,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor / Gewerbeoberinspektorin, Gewerbeoberinspektor	A10	gD	11,00	11,00	11,00
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	gD	0,00	0,00	0,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor / Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	0,00	4,00	4,00
davon ku: 1,00 nach A7 mD mit Ausscheiden des Stelleninhabers					
Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	5,00	0,00	0,00
Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär / Gewerbehauptsekretärin, Gewerbehauptsekretär	A8	mD	0,00	6,00	6,00
Gewerbehauptsekretärin, Gewerbehauptsekretär	A8	mD	6,00	0,00	0,00
Zusammen:			108,00	126,00	126,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016			
Zugänge:					
Neue Stellen					
	1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Oberpharmazierätin, Oberpharmazierat	Bedarfsanpassung bei der Regelüberwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten
	2,00	0,00	A12 gD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	Umsetzung des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes
	5,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	Bedarfsanpassung bei der Regelüberwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten
	<u>8,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge neue Stellen		
Sonstige Zugänge					
	1,00	0,00	A14 hD	Obergewerberätin, Obergewerberat	Umsetzung von 07 130 / 422 60
	1,00	0,00	A12 gD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	Umsetzung von 07 130 / 422 60
	1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	Umsetzung von 07 130 / 422 60
	<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	Sonstige Zugänge		
	11,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
Abgänge:					
Abgänge infolge Einsparung					
	1,00	0,00	A15 hD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	
	1,00	0,00	A13 hD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	
	1,00	0,00	A13 gD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	
	1,00	0,00	A9 mD	Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	
	<u>4,00</u>	<u>0,00</u>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
	4,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	7,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Umwandlung / Umsetzung					
Zugänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen					
	1,00	0,00	A16 hD	Leitende Regiergungsdirektorin, Leitender Regiergungsdirektor / Leitende Gewerbeamtsrätin, Leitender Gewerbeamtsrat / Leitende Medizinaldirektorin, Leitender Medizinaldirektor / Leitende Pharmaziedirektorin, Leitender Pharmaziedirektor	Umsetzung von 10 105 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regiergungsneubildung
	3,00	0,00	A15 hD	Regiergungsdirektorin, Regiergungsdirektor / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor	Umsetzung von 10 105 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regiergungsneubildung
	2,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Oberpharmazierätin, Oberpharmazierat	Umsetzung von 10 105 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regiergungsneubildung
	2,00	0,00	A13 gD	Regiergungsoberamtsrätin, Regiergungsoberamtsrat / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	Umsetzung von 10 105 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regiergungsneubildung
	2,00	0,00	A12 gD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	Umwandlung von A10 gD Umwandlung aus 422 21 notwendig zur Umsetzung des EVPG
	1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamtmann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamtmann	Umsetzung von 10 105 / 422 10 Umsetzung im Rahmen der Regiergungsneubildung
	<u>11,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
	11,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
	11,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Stellenumbenennungen:

3,00	0,00	A16 hD	von Leitende Gewerbedirektorin, Leitender Gewerbedirektor nach Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor / Leitende Gewerbedirektorin, Leitender Gewerbedirektor / Leitende Medizinaldirektorin, Leitender Medizinaldirektor / Leitende Pharmaziedirektorin, Leitender Pharmaziedirektor
11,00	0,00	A15 hD	von Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor nach Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor
14,00	0,00	A14 hD	von Obergewerberätin, Obergewerberat nach Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Obergewerberätin, Obergewerberat / Obermedizinalrätin, Obermedizinalrat / Oberpharmazierätin, Oberpharmazierat
5,00	0,00	A13 hD	von Gewerberätin, Gewerberat nach Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Pharmazierätin, Pharmazierat
14,00	0,00	A13 gD	von Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat nach Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat
21,00	0,00	A12 gD	von Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat nach Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat
4,00	0,00	A9 mD	von Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor nach Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor / Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor
6,00	0,00	A8 mD	von Gewerbehauptsekretärin, Gewerbehauptsekretär nach Regierungshauptsekretärin, Regierungshauptsekretär / Gewerbehauptsekretärin, Gewerbehauptsekretär
78,00	0,00		
78,00	0,00		

422 20	313	Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, Verwaltungspraktikanten und Auszubildende)	0 24.977	0	0
--------	-----	--	--------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 22.03.2004 wurden für den Arbeitsschutz die Laufbahnen besonderer Fachrichtung gestrichen und die Regellaufbahnen eingeführt. Abweichend von der bisherigen Verfahrensweise erfolgt damit die Ausbildung der Aufsichtskräfte in der Arbeitsschutzverwaltung künftig nicht mehr im Arbeitnehmerverhältnis, sondern im Rahmen des Vorbereitungsdienstes für die Regellaufbahn.

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Gewerberatanwärterin, Gewerberatanwärter	A13	hD	2,00	2,00	2,00
Gewerbeoberinspektorin, Gewerbeoberinspektor	A10	gD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			3,00	3,00	3,00

422 21	313	Unterhaltszuschüsse der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikantinnen, -praktikanten und -lehrlingen)	27.000 24.482	0	0
--------	-----	--	-------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Die Stellen wurden umgewandelt und gleichzeitig mit den Mitteln nach Titel 422 10 umgesetzt. Dort sind sie notwendig zur Umsetzung des Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG - siehe Erläuterung zur Titelgruppe 60).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 422 21

Stellenübersicht:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Gewerbeoberinspektoranwärterin, Gewerbeoberinspektoranwärter	A10	gD	2,00	0,00	0,00
Zusammen:			2,00	0,00	0,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016			
Umwandlung / Umsetzung					
Abgänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen	2,00	0,00	A10 gD	Gewerbeoberinspektoranwärterin, Gewerbeoberinspektoranwärter	Umwandlung nach A12 gD
					Umwandlung aus 422 21 notwendig zur Umsetzung des EVPG
	2,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
	2,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	-2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

422 25	313	Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)	0	0	0
427 20	313	Entgelte für Aushilfen	0	3.200	3.200
			35.955		

Erläuterungen:

Der Titel ist vorgesehen für die Entgelte von Aushilfen zur Überwindung von Arbeitsengpässen.

428 10	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7.309.100	9.919.000	9.859.600
			6.149.198		

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	88.200	88.200
1.2	tariflichen Entgelte	9.807.800	9.748.400
1.3	Entgelte für Auszubildende	23.000	23.000
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
	Summe	9.919.000	9.859.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 10

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2014	2015	2016
AT I		1,00	1,00	1,00
E 15		5,00	6,00	6,00
davon ku:	1,00 nach E 14 mit Ausscheiden Stelleninhaber			
E 14		0,00	5,00	5,00
E 13		0,00	4,00	4,00
E 12		6,00	6,00	6,00
E 11		8,00	12,00	12,00
E 10		5,00	13,00	13,00
E 9		3,00	10,00	10,00
E 8		2,00	5,00	5,00
davon ku:	1,00 nach E 6 mit Ausscheiden Stelleninhaber			
E 6		0,00	1,00	1,00
E 5		0,00	2,00	2,00
Zusammen:		30,00	65,00	65,00

Auszubildende:

AZUBIS		2,00	2,00	2,00
Zusammen:		2,00	2,00	2,00

Leerstellen:

E 13	1)	1,00	1,00	1,00
Zusammen:		1,00	1,00	1,00

sonstige Stellenplanvermerke:

1) Bundestag

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016	
Zugänge:			
Neue Stellen			
1,00	0,00	E 14	Bedarfsanpassung bei der Regelüberwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten
2,00	0,00	E 11	Bedarfsanpassung bei der Regelüberwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten
1,00	0,00	E 5	Bedarfsanpassung bei der Regelüberwachung von Arzneimitteln und Medizinprodukten
4,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
4,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
Abgänge:			
Abgänge infolge Einsparung			
2,00	0,00	E 11	
2,00	0,00	E 10	
4,00	0,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
4,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt	
0,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00	0,00	E 15	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
4,00	0,00	E 14	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
4,00	0,00	E 13	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
4,00	0,00	E 11	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
10,00	0,00	E 10	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
7,00	0,00	E 9	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
3,00	0,00	E 8	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	E 6	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	E 5	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
<u>35,00</u>	<u>0,00</u>	Umwandlungen / Umsetzungen		
35,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
<u>35,00</u>	<u>0,00</u>	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 25 313 Entgelte aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang) 0 0 0

453 10 313 Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen 0 1.200 1.200

aus Titelgruppen: 151.000 2.087.900 2.087.900

Summe HGr. 4: 9.866.600 15.762.100 15.602.700

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 313 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände 76.000 116.900 116.900
48.941

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Geschäftsbedarf	34.000	34.000
2.	Bücher, Zeitschriften	38.000	38.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	38.000	38.000
4.	Sonstiges	6.900	6.900
	Summe	116.900	116.900

Mehr wegen Umsetzung von 30.900 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 511 10 infolge des Aufgabenübergangs.

511 20 313 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 60.000 124.600 124.600
47.805

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Postgebühren	52.600	52.600
2.	Mobifunkanschlüsse	7.100	7.100
3.	Fernmeldegebühren	64.900	64.900
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	124.600	124.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 511 20

Mehr wegen Umsetzung von 54.100 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 511 20 infolge des Aufgabenübergangs.

514 10	313	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	70.000	70.000	70.000
			63.995		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	57.000	57.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	3.000	3.000
3.	Verbrauchsmittel	10.000	10.000
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	70.000	70.000

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2014		Soll 2015		Soll 2016	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	15	15	14	14	14	14
Zusammen	15	15	14	14	14	14

Umsetzung 1 Dienst-Kfz nach Titel 514 60 - EVPG.

Neben dem Bedarf bei der Haltung von Dienstkraftfahrzeugen werden die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung der Schutzkleidung für die Beschäftigten, die mit Gefahrstoffen umgehen, veranschlagt. Die Bereitstellung ist nach der Gefahrstoffverordnung, der Richtlinie 1617 des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Brandenburg für Laboratorien sowie den Vorgaben der Berufsgenossenschaft und dem Verband der chemischen Industrie erforderlich.

Verbrauchsmittel: Chemikalien - Elektroden - Glasgeräte - Batterien für Probenahmepumpen - Probenahmeröhrchen, Dosimeter - technische Gase - Verbrauchsmaterial

517 25	313	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells		381.500	397.700
--------	-----	---	--	----------------	----------------

neu

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten sowie entsprechende Nachzahlungen für die nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume.

Anschrift des Objektes (Nutzer)

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	LAS, Zentralbereich, Horstweg 57, 14478 Potsdam	83.500	87.400
2.	LAS, Regionalbereich Süd, Thiemstr. 105A, 03050 Cottbus	61.000	63.900
3.	LAS, Regionalbereich West, Max-Eyth-Allee 22, 14469 Potsdam	43.000	43.000
4.	LAS, Regionalbereich West, Fehrbelliner Str. 4A, 16818 Neuruppin	38.900	40.700
5.	LAS, Regionalbereich Ost, Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt/O.	43.800	45.900
6.	LAS, Regionalbereich Ost, Trammer Chaussee 1, 16225 Eberswalde	35.500	37.200
7.	Präventionsstützpunkt Flughafen Berlin/Brandenburg	700	700
8.	14476 Potsdam, OT Groß Glienicke, Seeburger Chaussee 2	1.500	1.500
9.	15806 Zossen, OT Wünsdorf, Wünsdorfer Platz 3	70.000	73.500
10.	03050 Cottbus, Von-Schön-Str. 7	3.600	3.900
	Summe	381.500	397.700

Mehr wegen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten von Kapitel 07 130 Titel 518 25 im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells und wegen Umsetzung in 2015 von 75.100 EUR und in 2016 von 78.900 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 517 25 infolge des Aufgabenübergangs.

518 20	313	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	5.000	11.800	11.800
			2.306		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mietausgaben für Stahlflaschen (technische Gase).

Mehr wegen Umsetzung von 6.800 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 518 20 infolge des Aufgabenübergangs.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

518 25	313	Mietzahlungen an den BLB	680.700 654.478	616.400	616.400
--------	-----	--------------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

Anschrift des Objektes (Nutzer)

		2015 EUR	2016 EUR
1.	LAS, Zentralbereich, Horstweg 57, 14478 Potsdam	107.200	107.200
2.	LAS, Regionalbereich Süd, Thiemstr. 105 A, 03050 Cottbus	83.600	83.600
3.	LAS, Regionalbereich West, Max-Eyth-Allee 22, 14469 Potsdam	0	0
4.	LAS, Regionalbereich West, Fehrbelliner Str. 4 A, 16818 Neuruppin	70.900	70.900
5.	LAS, Regionalbereich Ost, Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt/O.	60.200	60.200
6.	LAS, Regionalbereich Ost, Tramper Chaussee 1, 16225 Eberswalde	90.400	90.400
7.	Präventionsstützpunkt Flughafen Berlin/Brandenburg	5.000	5.000
8.	14476 Potsdam, OT Groß Glienicke, Seeburger Chaussee 2	2.200	2.200
9.	15806 Zossen, OT Wünsdorf, Wünsdorfer Platz 3	187.500	187.500
10.	03050 Cottbus, Von-Schön-Str. 7	9.400	9.400
Summe		616.400	616.400

518 30	313	Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	32.400 38.382	40.000	40.000
--------	-----	-----------------------------------	------------------	--------	--------

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2014		2015		2016	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW	15	14	0	14	0	0
Zusammen	15	14	0	14	0	0

Mehr wegen Anpassung an das IST-Ergebnis 2013 unter Berücksichtigung erhöhter Leasingkosten.

525 10	313	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	15.000 19.389	49.800	49.800
--------	-----	--	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr in 2015 wegen des durch den Stellenabbau bedingten erhöhten Fortbildungsbedarfes sowie wegen Umsetzung von 5.300 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 525 11 infolge des Aufgabenübergangs.

526 10	313	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	2.000 15.711	32.300	32.300
--------	-----	---	-----------------	--------	--------

Erläuterungen:

Mehr in 2015 wegen Zunahme der Verwaltungs- und Gerichtsverfahren und wegen Umsetzung von 20.300 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 526 10 infolge des Aufgabenübergangs.

527 10	313	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	143.400 86.878	143.600	143.600
--------	-----	---	-------------------	---------	---------

531 10	313	Veröffentlichungen und Dokumentation	11.300 2.730	11.300	11.300
--------	-----	--------------------------------------	-----------------	--------	--------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 531 10

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Messen und Ausstellungen	3.300	3.300
2.	Druckschriften	7.500	7.500
3.	Lehrmaterial für Aufklärungsmaßnahmen	500	500
Summe		11.300	11.300

546 10 313 Sonstiges 1.700 1.700 1.700
1.668

546 15 012 Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB 669.900 600.300 601.200
569.449

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausstattung dauerhafter Arbeitsplätze	79.500	79.500
2.	IT-Grundausstattung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	13.200	13.200
3.	Zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gemäß Ziffer 1. und 2.	221.500	237.000
4.	Weitere Servicevereinbarungen	286.100	271.500
Summe		600.300	601.200

	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client		
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	
	1	2	1	2	1	2	1	2	
1.	2		3		4		5		
1.	APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	16,80	16,80	16,60	15,60	25,60	25,60	45,00	45,00
2.	Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	150	150			49	49		
3.	Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	28	28			15	15		

Weniger in Anpassung an die Änderung der Kalkulation der Verrechnungssätze zur Inanspruchnahme der Leistungen des ZIT. Diese decken nur noch die sog. Front-End-Kosten ab. Die Differenz zur bisherigen Vollkostenkalkulation wird durch einen zentralen Betriebskostenzuschuss im Einzelplan 03 gedeckt.

547 10 313 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben 16.000 16.000 16.000
2.058

Erläuterungen:

Gemäß Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) vom 8. November 2011 (BGBl. I S.2178, 2179; 2012 I S.131), haben die zuständigen Behörden eine wirksame Überwachung des Inverkehrbringens von Produkten sowie der in den Verkehr gebrachten Produkte auf der Grundlage eines Überwachungskonzepts zu gewährleisten.

Neben den finanziellen Mitteln für die Entnahme der Prüfmuster aus dem Handel wird insbesondere bedarfsorientierte Mess- und Prüftechnik zur Erfassung physikalischer Messgrößen wie Druck, Kraft, Widerstand, Strom, Verformung usw. benötigt, um ein vermutetes Gefährdungspotential objektiv ermitteln und dokumentieren zu können.

547 20 313 Ersatzvornahmen nach § 19 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg 0 0 0

Ausgaben für Ersatzvornahmen dürfen aus den Einnahmen bei Titel 111 10 verauslagt werden.

Erläuterungen:

Ausgaben im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen nach § 19 Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Brandenburg und für ordnungsbehördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Handlungen als Sonderordnungsbehörde.

aus Titelgruppen: 230.400 809.600 770.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Summe HGr. 5: **2.013.800** **3.025.800** **3.003.900**

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

633 10	313	Erstattung von Verwaltungsgebühren an die unteren Bauaufsichtsbehörden im Erlaubnisverfahren nach der Brandenburgischen Bauordnung	0 16.825	0	0
---------------	------------	---	--------------------	----------	----------

Angaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 111 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Angaben dürfen bis zur Höhe der von den unteren Bauaufsichtsbehörden ermittelten Gebühren für Baugenehmigungen erfolgen. Diese werden gem. Erlass MSWV/MASGF vom 1. Juni 2004 in einem gemeinsamen Gebührenbescheid durch die Arbeitsschutzverwaltung erhoben.

Summe HGr. 6: **0** **0** **0**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	313	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
---------------	------------	---	----------	----------	----------

812 10	313	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	20.000 19.207	28.000	28.000
---------------	------------	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.1.	Wärmebildkamera		0	20.000
1.2.	Büroausstattung		8.000	8.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>8.000</i>	<i>28.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1.	Dosepadges		5.500	0
2.2.	Ergonomisch höhenverstellbare Büroarbeitsplätze		14.500	0
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>20.000</i>	<i>0</i>
	Summe		28.000	28.000

Mehr in 2015 infolge einer Aufgabenerweiterung im Zusammenhang mit der Überwachung nach dem Arzneimittel- und Medizinproduktegesetz.

aus Titelgruppen: 190.000 335.100 235.100

Summe HGr. 8: **210.000** **363.100** **263.100**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 60 Umsetzung der Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG)

Erläuterungen:

Die Richtlinie 2009/125/EG der Europäischen Gemeinschaft schafft einen Rahmen für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte. Ziel ist dabei, der Entstehung von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Binnenmarkt vorzubeugen. Die Richtlinie wurde mit dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) in deutsches Recht umgesetzt.

Das EVPG verpflichtet die Länder in Verbindung mit Kapitel III der EG-Verordnung Nr. 765/2008 zu einer wirksamen Marktüberwachung. Die Marktüberwachung zielt insbesondere darauf ab, dass durch EU-Normen vorgegebene Energieeffizienzvorgaben eingehalten werden. Dabei sind Durchführungsverordnungen der EU zu einzelnen Produktgruppen (z. B. Haushaltslampen, Straßen- und Bürobeleuchtung, Elektromotoren, Fernseh-, Kühl- und Gefriergeräte) zu vollziehen, die sukzessive erlassen werden und direkt gelten. Bis 2015 werden voraussichtlich 30 Verordnungen und bis zum Jahr 2018 mehr als 60 Verordnungen in Kraft getreten sein, die zu vollziehen sind. Bei Nichterfüllung der Verpflichtung zur Marktüberwachung drohen den Mitgliedsstaaten von Seiten der EU Sanktionen (Vertragsverletzungsverfahren). Die Aufgabe der Marktüberwachung wird seit dem 15.06.2013 durch das Landesamt für Arbeitsschutz wahrgenommen. Die hierfür notwendigen Personal- und Sachausgaben sind im Kapitel 07 130 Titel 422 10 und Titelgruppe 60 bei den jeweils einschlägigen Haushaltsstellen veranschlagt.

422 60	313	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	151.000	0	0
			26.623		

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung nach Kapitel 07 130 Titel 422 10.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Obergewerberätin, Obergewerberat	A14	hD	1,00	0,00	0,00
Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	A12	gD	1,00	0,00	0,00
Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamt- mann	A11	gD	1,00	0,00	0,00
Zusammen:			3,00	0,00	0,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016		
Abgänge:				
Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)				
1,00	0,00	A14 hD	Obergewerberätin, Obergewerberat	Umsetzung nach Titel 422 10
1,00	0,00	A12 gD	Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	Umsetzung nach Titel 422 10
1,00	0,00	A11 gD	Regierungsamtfrau, Regierungsamt- mann / Gewerbeamtfrau, Gewerbeamt- mann	Umsetzung nach Titel 422 10
3,00	0,00	Sonstige Abgänge		
3,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
-3,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

511 60	313	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	25.000	25.000	25.000
			4.555		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 511 60

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Geschäftsbedarf	5.000	5.000
2.	Bücher, Zeitschriften	5.000	5.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	15.000	15.000
4.	Sonstiges	0	0
Summe		25.000	25.000

514 60 313 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 11.800 11.800 11.800

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	10.000	10.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	800	800
3.	Verbrauchsmittel	1.000	1.000
4.	Sonstiges	0	0
Summe		11.800	11.800

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2014		Soll 2015		Soll 2016	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	2	2	1	1	1	1
Zusammen	2	2	1	1	1	1

518 60 313 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 5.200 3.000 3.000

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2014		2015		2016	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW	2	1	0	1	0	0
Zusammen	2	1	0	1	0	0

525 60 313 **Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel** 30.000 30.000 30.000
 226

526 60 313 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 35.000 35.000 35.000

527 60 313 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 10.000 10.000 10.000

547 60 313 **Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** 0 0
 neu

812 60 313 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen** 190.000 190.000 190.000
 119.201

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

noch zu 812 60

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Referenzgeräte	30.000	30.000
1.2	Laborausstattung	50.000	50.000
1.3	Leistungsmessgeräte	20.000	20.000
1.4	Messzubehör	10.000	10.000
1.5	Software zur Einrichtung und Nutzung von fachspezifischen Informationssystemen	80.000	80.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>190.000</i>	<i>190.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1		0	0
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
	Summe	190.000	190.000

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 **458.000** **304.800** **304.800**

TGr. 70 Umsetzung der Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG)

Erläuterungen:

Die Richtlinie 2010/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates schafft einen Rahmen für die Festlegung von Anforderungen an die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen. Ziel ist dabei, der Entstehung von Handelshemmnissen und Wettbewerbsverzerrungen auf dem europäischen Binnenmarkt vorzubeugen. Die Richtlinie wurde mit dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG) in deutsches Recht umgesetzt.

Das EnVKG verpflichtet die Länder in Verbindung mit Kapitel III der EG-Verordnung Nr. 765/2008 zu einer wirksamen Marktüberwachung. Die Marktüberwachung zielt insbesondere darauf ab, dass durch EU-Normen vorgegebene Kennzeichnungsvorgaben eingehalten werden. Dabei sind Durchführungsverordnungen der EU zu einzelnen Produktgruppen (z. B. Haushaltslampen, Fernseh-, Kühl- und Gefriergeräte) zu vollziehen, die sukzessive erlassen werden und direkt gelten. Bis 2015 werden vorraussichtlich 30 Verordnungen und bis zum Jahr 2018 mehr als 50 Verordnungen in Kraft getreten sein, die zu vollziehen sind. Bei Nichterfüllung der Verpflichtung zur Marktüberwachung drohen den Mitgliedsstaaten von Seiten der EU Sanktionen (Vertragsverletzungsverfahren). Die Aufgabe der Marktüberwachung wird seit dem 01.07.2014 durch das Landesamt für Arbeitsschutz wahrgenommen. Die hierfür notwendigen Personal- und Sachausgaben sind im Kapitel 07 130 Titel 422 10 und Titelgruppe 70 bei den jeweils einschlägigen Haushaltsstellen veranschlagt.

511 70 313 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **15.000** **15.000**
neu

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	2.500	2.500
2.	Bücher, Zeitschriften	2.500	2.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.000	10.000
4.	Sonstiges	0	0
	Summe	15.000	15.000

Mehr wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG).

514 70 313 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **5.900** **5.900**
neu

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 514 70

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	5.000	5.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	400	400
3.	Verbrauchsmittel	500	500
4.	Sonstiges	0	0
Summe		5.900	5.900

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2014		Soll 2015		Soll 2016	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	0	0	1	1	1	1
Zusammen	0	0	1	1	1	1

Mehr wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetz (EnVKG).

518 70 313 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** **2.600** **2.600**
neu

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2014		2015		2016	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW			1	1	1	1
Zusammen			1	1	1	1

Mehr wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetz (EnVKG).

525 70 313 **Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel** **20.000** **20.000**
neu

Erläuterungen:

Mehr wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetz (EnVKG).

526 70 313 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** **175.000** **175.000**
neu

Erläuterungen:

Mehr wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetz (EnVKG).

527 70 313 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** **6.500** **6.500**
neu

Erläuterungen:

Mehr wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Umsetzung von Durchführungsverordnungen zum Energieverbrauchs-kennzeichnungsgesetz (EnVKG).

547 70 313 **Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** **0** **0**
neu

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **225.000** **225.000**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2018 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

422 79 313 Planstellen mit kw-Vermerk (Beamtinnen und Beamte) 0 0 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor	A15	hD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung					
Gewerberätin, Gewerberat	A13	hD	1,00	2,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung 1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung					
Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	A13	gD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung					
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor / Gewerbeoberinspektorin, Gewerbeoberinspektor	A10	gD	0,00	2,00	2,00
davon kw: 2,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung					
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	gD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung					
Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	0,00	1,00	1,00
davon kw: 1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung					
Zusammen:			1,00	8,00	7,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2015 2016

Zugänge:

Sonstige Zugänge	2015	2016		
1,00	0,00	A15 hD	Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor	Umsetzung von Titel 422 10
1,00	0,00	A13 hD	Gewerberätin, Gewerberat	Umsetzung von Titel 422 10
1,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat / Gewerbeoberamtsrätin, Gewerbeoberamtsrat	Umsetzung von Titel 422 10
1,00	0,00	A9 mD	Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	Umsetzung von Titel 422 10
4,00	0,00	Sonstige Zugänge		
4,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		

Abgänge:

Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk	0,00	1,00	A13 hD	Gewerberätin, Gewerberat
	0,00	1,00	Abgänge infolge kw-Vermerk	
0,00	1,00	Stellen Abgänge insgesamt		
4,00	-1,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 422 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

2,00	0,00	A10 gD	Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor / Gewerbeoberinspektorin, Gewerbeoberinspektor	Umsetzung von 10 105 / 422 79	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
1,00	0,00	A9 gD	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	Umsetzung von 10 105 / 422 79	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
3,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen			
3,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt			
3,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

428 79 313 Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) 0 0 0

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2014	2015	2016
E 14		1,00	0,00	0,00
E 11		1,00	2,00	2,00
davon kw:	2,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung			
E 10		6,00	6,00	3,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung			
E 8		3,00	0,00	0,00
E 6		1,00	3,00	2,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung			
	1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung			
E 4		0,00	1,00	0,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung			
Zusammen:		12,00	12,00	7,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016	
Zugänge:			
Sonstige Zugänge			
2,00	0,00	E 11	Umsetzung von Titel 428 10
2,00	0,00	E 10	Umsetzung von Titel 428 10
4,00	0,00	Sonstige Zugänge	
4,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
Abgänge:			
Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk			
1,00	0,00	E 14	
1,00	0,00	E 11	
0,00	3,00	E 10	
3,00	0,00	E 10	
3,00	0,00	E 8	
0,00	1,00	E 6	
0,00	1,00	E 4	
8,00	5,00	Abgänge infolge kw-Vermerk	
8,00	5,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-4,00	-5,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 79

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umwandlungen und Umsetzungen

1,00 0,00 E 10

Umsetzung von 10 105 / 428 79

Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

2,00 0,00 E 6

Umsetzung von 10 105 / 428 79

Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

1,00 0,00 E 4

Umsetzung von 10 105 / 428 79

Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung

4,00 0,00 Umwandlungen / Umsetzungen

4,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

4,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 **0 0 0**

TGr. 80 Überbetrieblicher arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst der Landesverwaltung Brandenburg (Kompetenzzentrum für Sicherheit und Gesundheit)

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8 dieser Titelgruppe gehören nicht zum Verwaltungsbudget.

Erläuterungen:

Das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Arbeitssicherheitsgesetz - ASiG) vom 12.12.1973 verpflichtet Arbeitgeber in Angelegenheiten der Unfallverhütung und des Gesundheitsschutzes Betriebsärztinnen und Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu bestellen. Die konkreten Anforderungen hinsichtlich Betreuungsart, -inhalt und -umfang sind durch die seit 2011 geltende Unfallverhütungsvorschrift "Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit - DGUV Vorschrift 2" neu normiert worden. Nach Ablauf einer Ausnahmeregelung durch die Unfallkasse Brandenburg ist diese neue Vorschrift auch für die Landesverwaltung Brandenburg ab 01.01.2015 verbindlich anzuwenden.

In Umsetzung der DGUV Vorschrift 2 ergibt sich zukünftig ein höherer Aufwand für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung. Im Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sollen daher die bisher extern beauftragten Leistungen nach § 19 ASiG ab 01.01.2015 durch einen landeseigenen überbetrieblichen Dienst (Kompetenzzentrum für Sicherheit und Gesundheit) beim Landesamt für Arbeitsschutz (LAS) erbracht werden. Die Kapazitäten des Kompetenzzentrums sollen sukzessive bis 2018 ausgebaut werden, um nach und nach die Betreuungsbedarfe aller Landesbehörden, -einrichtungen und -betriebe der unmittelbaren Landesverwaltung sowie der Gerichte und Staatsanwaltschaften und der beschäftigten Gefangenen nach der DGUV Vorschrift 2 erfüllen zu können.

Die hierfür notwendigen Personal- und Sachausgaben sowie Stellen und Planstellen sind im Kapitel 07 130 Titelgruppe 80 bei den jeweils einschlägigen Haushaltsstellen veranschlagt.

Mehr in 2015 wegen der erstmaligen Veranschlagung im Rahmen der Errichtung eines überbetrieblichen und sicherheitstechnischen Dienstes der Landesverwaltung Brandenburg.

422 80 313 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter **927.000 927.000**
neu

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	927.000	927.000
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe		927.000	927.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 422 80

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor	A15	hD	0,00	2,00	2,00
Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Pharmazierätin, Pharmazierat	A13	hD	0,00	1,00	1,00
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	A12	gD	0,00	14,00	14,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor / Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	A9	mD	0,00	1,00	1,00
Zusammen:			0,00	18,00	18,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016		
Zugänge:				
Neue Stellen				
1,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Gewerberätin, Gewerberat / Pharmazierätin, Pharmazierat	
14,00	0,00	A12 gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat / Gewerbeamtsrätin, Gewerbeamtsrat	
<u>15,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge neue Stellen		
Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres				
2,00	0,00	A15 hD	Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Gewerbedirektorin, Gewerbedirektor / Medizinaldirektorin, Medizinaldirektor / Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor	
1,00	0,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor / Gewerbeamtsinspektorin, Gewerbeamtsinspektor	
<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge Haushaltsvollzug		
18,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
18,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 80	313	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.160.900	1.160.900
--------	-----	--	------------------	------------------

neu

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte		
1.2	tariflichen Entgelte	1.160.900	1.160.900
1.3	Entgelte für Auszubildende		
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
	Summe	1.160.900	1.160.900

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 80

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2014	2015	2016
E 12	0,00	14,00	14,00
E 11	0,00	0,00	0,00
E 10	0,00	0,00	0,00
E 9	0,00	0,00	0,00
E 8	0,00	2,00	2,00
Zusammen:	0,00	16,00	16,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2015	2016		
Zugänge:			
Neue Stellen			
11,00	0,00	E 12	
2,00	0,00	E 8	
<u>13,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge neue Stellen	
Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres			
1,00	0,00	E 11	Umsetzung aus 11 460 / 682 40 gem. § 50 Abs. 1 LHO (Wirtschaftsplan LS)
1,00	0,00	E 10	Umsetzung aus 11 080 / 682 15 gem. § 50 Abs. 1 LHO (Wirtschaftsplan LFB)
1,00	0,00	E 9	Umsetzung aus 11 080 / 682 15 gem. § 50 Abs. 1 LHO (Wirtschaftsplan LFB)
<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	Zugänge Haushaltsvollzug	
16,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
16,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	
Stellenhöherstufung:			
neue Hebungen			
1,00	0,00	von E 11	nach E 12 infolge Umsetzung Kabinettschluss
1,00	0,00	von E 10	nach E 12 infolge Umsetzung Kabinettschluss
1,00	0,00	von E 9	nach E 12 infolge Umsetzung Kabinettschluss
<u>3,00</u>	<u>0,00</u>	Neue Höherstufungen insgesamt	
3,00	0,00	Stellenhöherstufungen insgesamt	

511 80	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20.000	20.000
neu				

Erläuterungen:

	2015	2016
	EUR	EUR
1. Geschäftsbedarf	3.900	3.900
2. Bücher, Zeitschriften	900	900
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3.600	3.600
4. Sonstiges	11.600	11.600
Summe	20.000	20.000

514 80	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	74.300	74.300
neu				

Erläuterungen:

	2015	2016
	EUR	EUR
1. Haltung von Dienstfahrzeugen	60.800	60.800
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	8.300	8.300
3. Verbrauchsmittel	5.200	5.200
4. Sonstiges	0	0
Summe	74.300	74.300

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 514 80

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2014		Soll 2015		Soll 2016	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	0	0	16	16	16	16
Zusammen	0	0	16	16	16	16

518 80 011 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen 39.000 39.000
neu

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Anzahl der im Leasingverfahren beschafften Dienstfahrzeuge	2014		2015		2016	
	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu	vorhanden	davon neu
PKW			16	16	16	0
Zusammen			16	16	16	0

525 80 011 Aus- und Fortbildung 8.900 8.900
neu

526 80 011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten 0 0
neu

527 80 011 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen 18.300 18.300
neu

812 80 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen 142.600 42.600
neu

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Mobiliar	85.000	0
1.2	Ausstattung	57.600	42.600
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>142.600</i>	<i>42.600</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1		0	0
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
	Summe	142.600	42.600

Weniger in 2016 wegen einmaliger Beschaffungskosten für die Erstausrüstung des Kompetenzzentrums für Sicherheit und Gesundheit in 2015.

Nachrichtlich: Summe TGr. 80 2.391.000 2.291.000

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99 313 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation 105.000 108.500 108.500
80.738

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

noch zu 511 99

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Hardware	5.000	5.000
2.	Software	16.500	16.500
3.	Unterhaltung	82.000	82.000
4.	Kommunikation	1.000	1.000
5.	Sonstiges	4.000	4.000
Summe		108.500	108.500

518 99 313 **Mieten** 0 0 0

525 99 313 **Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel** 8.400 10.800 10.800

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	8.800	8.800
2.	Lehr- und Lernmittel	2.000	2.000
Summe		10.800	10.800

538 99 313 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen** 190.000 151.000

neu

Erläuterungen:

Mehr wegen Umsetzung in 2015 von 190.000 EUR und in 2016 von 151.000 EUR aus Kapitel 10 105 Titel 538 99 infolge des Aufgabenübergangs.

812 99 313 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen** 0 2.500 2.500

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 113.400 311.800 272.800

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 571.400 3.232.600 3.093.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	770.500	1.403.200	1.403.200
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		770.500	1.403.200	1.403.200

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	9.866.600	15.762.100	15.602.700
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	2.013.800	3.025.800	3.003.900
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	210.000	363.100	263.100
Gesamtausgabe		12.090.400	19.151.000	18.869.700
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-11.319.900	-17.747.800	-17.466.500

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	219	Gebühren, sonstige Entgelte	0	0	0
--------	-----	------------------------------------	---	---	---

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 526 20 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Gebühren aufgrund der Tätigkeit der Schiedsstelle gemäß § 11 der Vergütungsvereinbarung mit den privaten Trägern der Maßregelvollzugseinrichtungen sowie für Einnahmen im Rahmen der Umlage auf die jeweils beteiligten Stellen.

119 10	312	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			180		

Summe HGr. 1:			0	0	0
---------------	--	--	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

428 10	312	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	699.700	749.700	749.700
			704.918		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	471.300	471.300
1.2	tariflichen Entgelte	278.400	278.400
1.3	Entgelte für Auszubildende		
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
	Summe	749.700	749.700

Veranschlagt sind die Personalkosten für die Chefärztinnen und Chefärzte im Maßregelvollzug und ihre Stellvertretungen.

Mehr wegen Tarifsteigerung sowie Anhebung der außertariflichen Entgelte.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2014	2015	2016
AT	6,00	6,00	6,00
Zusammen:	6,00	6,00	6,00

Summe HGr. 4:	699.700	749.700	749.700
---------------	----------------	----------------	----------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	312	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	10.600	71.800	71.800
			63.046		

Erläuterungen:

Vorgesehen für:

- Inanspruchnahme von Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfern im Rahmen der Budgetverhandlungen und der Prüfung der Jahresabschlüsse
- Evaluation zur Kapazitäts- und Therapieangebotsplanung im Maßregelvollzug
- Erfassung und Auswertung des Kerndatensatzes im Maßregelvollzug
- Gerichts- und ähnliche Kosten
- Einrichtung einer Schiedsstelle gem. Vergütungsvereinbarung für Leistungen des Maßregelvollzuges
- Honorare für ärztliche Fachaufsicht bei Zwangsbehandlungen

Mehr nach Umsetzungen von 61.200 EUR von Titel 671 20.

526 20	312	Kosten der Schiedsstelle	0	0	0
---------------	-----	---------------------------------	----------	----------	----------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 111 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Vorgesehen für Ausgaben für die Tätigkeit der gemäß § 11 der Vergütungsvereinbarung mit den privaten Trägern der Maßregelvollzugseinrichtungen einzurichtenden Schiedsstelle.

Summe HGr. 5:	10.600	71.800	71.800
---------------	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
			Angaben in EUR		

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 10	312	Sonstige Erstattungen für den Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung in Anstalten	28.700.000 30.116.639	30.200.000	30.200.000
--------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Einnahmen/Erstattungen Dritter dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kostenerstattungen gemäß § 51 Brandenburgischem Psychisch-Kranken-Gesetz für die Unterbringung gemäß §§ 63, 64 Strafgesetzbuch und gemäß §§ 81, 126a, 453c i. V. m. 463 Strafprozessordnung in Einrichtungen des Maßregelvollzuges.

Den Ausgaben werden Einnahmen aus der Kostenerstattung für die Unterbringung von Patientinnen und Patienten, für die andere Bundesländer kostenerstattungspflichtig sind, zufließen.

671 20	312	Fürsorgeleistungen	562.500 470.799	501.300	501.300
--------	-----	---------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Einnahmen aus der Erstattung von sozialhilfeanalogen Leistungen für Patientinnen und Patienten in Maßregelvollzugseinrichtungen des Landes Brandenburg, für die andere Länder kostenerstattungspflichtig sind, fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Diese Mittel werden gemäß dem Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch Kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz - BbgPsychKG) für Patientinnen und Patienten im Maßregelvollzug des Landes Brandenburg für sozialhilfe-analoge Leistungen benötigt. Dies sind Leistungen, die nicht direkt mit der Unterbringung im Maßregelvollzug abgedeckt sind, wie z. B. Krankenkassenbeiträge, Leistungen der Gesundheitsfürsorge, Versorgungsleistungen bei somatischen Erkrankungen.

Weniger nach Umsetzung nach Titel 526 10.

Summe HGr. 6:			29.262.500	30.701.300	30.701.300
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	312	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	0 10.000	0	0
--------	-----	--	--------------------	----------	----------

892 10	312	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	0	1.042.000	515.000
--------	-----	---	----------	------------------	----------------

Erläuterungen:

Finanzierung der Baumaßnahme des Maßregelvollzugs in Eberswalde.

Summe HGr. 8:			0	1.042.000	515.000
----------------------	--	--	----------	------------------	----------------

07
07 135Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Maßregelvollzug

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
Gesamteinnahme		0	0	0

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	699.700	749.700	749.700
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	10.600	71.800	71.800
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	29.262.500	30.701.300	30.701.300
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	1.042.000	515.000
Gesamtausgabe		29.972.800	32.564.800	32.037.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-29.972.800	-32.564.800	-32.037.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	219	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
Summe HGr. 1:			0	0	0

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

236 10	219	Prüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherungen	0	0	0
neu			595.213		

Ist-Einnahmen sind zweckgebunden. Sie dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei der Titelgruppe 80.

Einnahmen dürfen zur Deckung von Ausgaben bei der Titelgruppe 80 herangezogen werden.

Rückerstattungen an die Krankenkassen aufgrund zuviel geleisteter Abschlagszahlungen sind nach Nr. 3 VV zu § 35 LHO von den Einnahmen abzusetzen.

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/236 10 (Ist 2013: 595.213 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Bei diesem Titel werden die Erstattungen der Kosten für den Prüfdienst der Krankenversicherung durch die landesunmittelbaren Krankenversicherungsträger gemäß § 274 SBG V vereinnahmt. Ausgabeseitig wird die Inanspruchnahme der zweckgebundenen Drittmittel bei der Titelgruppe 80 nachgewiesen.

236 11	219	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern gem. § 87 Abs. 2 Wahlordnung für die Sozialversicherung	0	0	3.000
--------	-----	--	---	---	-------

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen zu Titel 526 10.

Summe HGr. 2:			0	0	3.000
---------------	--	--	---	---	-------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	219	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	0	0	3.000
---------------	------------	--	----------	----------	--------------

Erläuterungen:

Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Landeswahlausschusses im Rahmen der Sozialversicherungswahlen 2017. Die anfallenden Kosten werden zunächst vom Land verauslagt. Nach Abschluss der Wahlen erfolgt die Erstattung durch die landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger. Der Nachweis der Einnahmen erfolgt bei Titel 236 11.

		Summe HGr. 5:	0	0	3.000
--	--	---------------	----------	----------	--------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

671 10	219	Erstattungen an sonstige Bereiche	0	0	0
---------------	------------	--	----------	----------	----------

Erläuterungen:

Kosten für Leistungen bei der Prüfung der landesunmittelbaren Unfallversicherungsträger gemäß § 88 SBG IV.

		Summe HGr. 6:	0	0	0
--	--	---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 80 Prüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherungen

*Ausgaben dürfen nur in Höhe der zweckgebundenen Ist-Einnahmen bei Titel 236 10 geleistet werden.
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 236 10 geleistet werden.
Ausgaben dürfen vor Eingang der Einnahmen geleistet werden.*

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zur Titel 236 10.

422 80	219	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
neu			208.746		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/422 80 (Ist 2013: 208.746 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Der Besoldungsaufwand wird durch Erstattungen der Kranken- und Pflegeversicherungen gedeckt, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor	1) A15	hD	1,00	1,00	1,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat	1) A14	hD	0,00	1,00	1,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	2) A14	gD	0,00	2,00	2,00
Regierungsrätin, Regierungsrat	A13	hD	1,00	0,00	0,00
Oberamtsrätin, Oberamtsrat	3) A13	gD	4,00	4,00	4,00
Zusammen:			6,00	8,00	8,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) davon 1 Planstelle ohne Besoldungsaufwand
- 2) davon 2 Planstellen ohne Besoldungsaufwand
- 3) davon 4 Planstellen ohne Besoldungsaufwand

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016			
Zugänge:					
Neue Stellen					
	2,00	0,00	A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
	2,00	0,00	Zugänge neue Stellen		
	2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
	2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Stellenhebung:					
sonstige Hebungen					
	1,00	0,00	von A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat	nach A14 hD Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat
	2,00	0,00	von A13 gD	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	nach A14 gD Oberamtsrätin, Oberamtsrat
	3,00	0,00	Sonstige Hebungen insgesamt		
	3,00	0,00	Stellenhebungen insgesamt		

428 80	219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
neu			96.041		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/428 80 (Ist 2013: 96.041 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 80

Die Kosten werden von den Krankenversicherungen erstattet, soweit Prüfungsleistungen erbracht werden.

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2014	2015	2016
E 9	1)	0,00	2,00	2,00
E 8		1,00	0,00	0,00
Zusammen:		1,00	2,00	2,00

sonstige Stellenplanvermerke:

1) davon 2 Stellen ohne Aufwand für tarifliche Entgelte

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016	
Zugänge:			
Neue Stellen			
1,00	0,00	E 9	
1,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
1,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	
Stellenhöherstufung:			
sonstige Hebungen			
1,00	0,00	von E 8	nach E 9
1,00	0,00	Sonstige Höherstufungen insgesamt	
1,00	0,00	Stellenhöherstufungen insgesamt	

511 80	219	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
neu			17.068		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/511 80 (Ist 2013: 17.068 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

517 80	219	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0	0	0
neu			6.248		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/517 80 (Ist 2013: 6.248 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

518 80	219	Mietzahlungen an den BLB	0	0	0
neu			19.879		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/518 80 (Ist 2013: 19.879 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

519 80	219	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	0	0
neu					

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/519 80 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

525 80	219	Aus- und Fortbildung	0	0	0
neu					

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/525 80 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

526 80	219	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0
neu					

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 526 80

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/526 80 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

527 80	219	Reiskostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
neu			11.770		

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/527 80 (Ist 2013: 11.770 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

812 80	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0	0
neu					

Erläuterungen:

Dieser Titel enthält Umsetzungen von 10 150/812 80 (Ist 2013: 0 Euro, Ansatz 2014: 0 Euro).

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe TGr. 80	0	0	0
-----------------------	---------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u>	Summe Ausgaben der Titelgruppen	0	0	0
-----------------------	---------------------------------	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	3.000
Gesamteinnahme		0	0	3.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	0	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	0	0	3.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0
Gesamtausgabe		0	0	3.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		0	0	0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	219	Gebühren, sonstige Entgelte	60.000	60.000	60.000
			58.015		

Erläuterungen:

Einnahmen, die sich aus der Aufgabenstellung des Fachbereiches Berufe der Altenpflege und soziale Berufe nach § 2 des Alt-PfUG, der staatlichen Anerkennungen für soziale Berufe nach §§ 1 und 4 des BbgSozBerG sowie der Organisation und des Inneren Dienstes ergeben.

111 20	219	Gebühren und sonstige Entgelte aufgrund der Tätigkeit der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 SGB XI	8.000	20.000	20.000
			23.500		

Erläuterungen:

Vorgesehen für Gebühren aufgrund der Tätigkeit der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 SGB XI sowie für Einnahmen im Rahmen der Umlage der ungedeckten Kosten der Schiedsstellen auf die jeweils beteiligten Organisationen. Mehr wegen steigender Anzahl von Schiedsstellenanträgen.

111 40	219	Prüfungsgebühren	0	0	0
			2.520		

Erläuterungen:

Vergleiche Erläuterungen bei 526 30.

112 10	219	Geldstrafen, Geldbußen und Zwangsgelder (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
			1.327		

Erläuterungen:

Einnahmen aus Buß- und Verwarnungsgeldern durch die Aufsicht für unterstützende Wohnformen.

119 10	219	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			162		

Summe HGr. 1:	68.000	80.000	80.000
---------------	---------------	---------------	---------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	219	Zuweisungen des Bundes für die fachliche Fortbildung des Personals	0	0	0
--------	-----	---	----------	----------	----------

Einnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 525 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 525 10.

Summe HGr. 2:	0	0	0
---------------	----------	----------	----------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	219	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	1.030.500	1.133.300	783.300
			922.783		

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.133.300	783.300
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
Summe		1.133.300	783.300

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Präsidentin, Präsident des Landesamtes für Soziales und Versorgung	B4	hD	1,00	1,00	1,00
Abteilungsleiterin, Abteilungsleiter	B2	hD	1,00	1,00	1,00
Leitende Regierungsdirektorin, Leitender Regierungsdirektor / Leitende Medizinaldirektorin, Leitender Medizinaldirektor	A16	hD	3,00	3,00	3,00
Regierungsdirektorin, Regierungsdirektor / Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor	A15	hD	1,00	1,00	1,00
Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Oberpharmazierätin, Oberpharmazierat	A14	hD	8,00	9,00	9,00
Regierungsrätin, Regierungsrat / Pharmazierätin, Pharmazierat	A13	hD	6,00	3,00	3,00
Regierungsoberamtsrätin, Regierungsoberamtsrat	A13	gD	4,00	4,00	4,00
Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat	A12	gD	11,00	8,00	8,00
Regierungsamtsfrau, Regierungsamtsmann	A11	gD	6,00	6,00	6,00
Regierungsoberinspektorin, Regierungsoberinspektor	A10	gD	19,00	19,00	19,00
Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	A9	gD	8,00	8,00	8,00
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor	A9	mD	3,00	2,00	2,00
Regierungsobersekretärin, Regierungsobersekretär	A7	mD	3,00	3,00	3,00
Regierungssekretärin, Regierungssekretär	A6	mD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			75,00	69,00	69,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016		
Zugänge:				
Neue Stellen				
	1,00	0,00	A14 hD	Oberregierungsrätin, Oberregierungsrat / Oberpharmazierätin, Oberpharmazierat
				Aufgabenzuwachs für Aufnahme und Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen
	1,00	0,00	Zugänge neue Stellen	
	1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 422 10

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

3,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Pharmazierätin, Pharmazierat
3,00	0,00	A12 gD	Regierungsamtsrätin, Regierungsamtsrat
1,00	0,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor
<u>7,00</u>	<u>0,00</u>	Abgänge durch Personalbedarfsplanung	
7,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt	
-6,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

422 25 219 **Bezüge aus weggefallenen Planstellen (Personalüberhang)** 0 0 0

427 20 219 **Entgelte für Aushilfen** 0 0 0

176.224

Erläuterungen:

Wegen der Nichtplanbarkeit des Einsatzes von Aushilfen im Voraus wird künftig auf die Veranschlagung eines Ansatzes verzichtet. Die Finanzierung der Ausgaben erfolgt im Rahmen der Deckungsfähigkeit innerhalb des Personalbudgets.

427 49 219 **Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung** 0 0 0

Erläuterungen:

Ein Nachweis von Entgelten bei diesem Titel setzt die Zuweisung zusätzlicher Stellen zur Förderung der Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung voraus. Die zugewiesenen Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

428 10 219 **Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** 21.834.500 22.648.300 22.290.600

19.305.314

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	264.600	264.600
1.2	tariflichen Entgelte	22.281.100	21.923.400
1.3	Entgelte für Auszubildende	102.600	102.600
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
Summe		22.648.300	22.290.600

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2014	2015	2016
AT I	2,00	2,00	2,00
E 15	16,00	15,00	15,00
E 14	15,00	15,00	15,00
E 12	11,00	11,00	11,00
E 11	59,00	56,00	56,00
E 10	4,00	6,00	6,00
E 9	190,00	174,00	174,00
E 6	36,00	33,00	33,00
Zusammen:	333,00	312,00	312,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 428 10

Auszubildende:

AZUBIS			9,00	9,00	9,00
Praktikantinnen und Praktikanten			0,00	0,00	0,00
Zusammen:			9,00	9,00	9,00

Leerstellen:

E 14			1,00	0,00	0,00
E 11			0,00	1,00	1,00
Zusammen:			1,00	1,00	1,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016			
Zugänge:					
Neue Stellen					
	1,00	0,00	E 10		
	1,00	0,00	Zugänge neue Stellen		
	1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
Abgänge:					
Abgänge infolge Einsparung					
	1,00	0,00	E 15		
	3,00	0,00	E 11		
	17,00	0,00	E 9		
	3,00	0,00	E 6		
	24,00	0,00	Abgänge durch Personalbedarfsplanung		
	24,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	-23,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Umwandlung / Umsetzung					
Zugänge:					
Umwandlungen und Umsetzungen					
	1,00	0,00	E 10	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	1,00	0,00	E 9	Umsetzung von 10 105 / 428 10	Umsetzung im Rahmen der Regierungsneubildung
	2,00	0,00	Umwandlungen / Umsetzungen		
	2,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
	2,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		
Leerstellen:					
Zugänge:					
Neue Stellen					
	1,00	0,00	E 11	nach § 14 Abs. 2 i.V.m. § 14 Abs. 4 HG 2013/2014	
	1,00	0,00	Zugänge neue Stellen		
	1,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt		
Abgänge:					
Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)					
	1,00	0,00	E 14		
	1,00	0,00	Sonstige Abgänge		
	1,00	0,00	Stellen Abgänge insgesamt		
	0,00	0,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

428 25	219	Entgelte aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
453 10	219	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	9.600 7.879	9.600	9.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 453 10

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Trennungsgeld oder -entschädigung	9.600	9.600
2.	Umzugskostenvergütungen	0	0
3.	Auslandsbeschäftigungsvergütungen	0	0
Summe		9.600	9.600

Summe HGr. 4:	22.874.600	23.791.200	23.083.500
---------------	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	219	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	258.000	235.000	235.000
			222.409		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	134.000	134.000
2.	Bücher, Zeitschriften	60.000	60.000
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40.500	40.500
4.	Sonstiges	500	500
Summe		235.000	235.000

511 20	219	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	412.500	406.000	406.000
			408.145		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	377.000	377.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	6.000	6.000
3.	Fernmeldegebühren	23.000	23.000
4.	Sonstiges	0	0
Summe		406.000	406.000

514 25	219	Inanspruchnahme von Fahrdiensten beim BLB	160.000	125.000	125.000
			116.867		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind für:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	personengebundenen Fahrdienst	0	0
2.	allgemeinen Fahrdienst	125.000	125.000
Summe		125.000	125.000

Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme von Fahrdiensten des BLB beim Fahrzeugpool in den Niederlassungen Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam.
Weniger in 2015 wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

517 25	219	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells		728.400	764.700
neu					

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten sowie entsprechende Nachzahlungen für die nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

07 Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
07 160 Landesamt für Soziales und Versorgung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 517 25

			2015 EUR	2016 EUR
1.	LASV, Lipezker Str. 45, Haus 5, 03048 Cottbus		168.400	176.800
2.	LASV, Lipezker Str., Haus 6, 03048 Cottbus		167.900	176.300
3.	LASV, Zeppelinstr. 48, 14471 Potsdam		183.500	192.600
4.	LASV, Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt/O.		208.600	219.000
Summe			728.400	764.700

Mehr wegen Umsetzung der Betriebs- und Nebenkosten von Kapitel 07 160 Titel 518 25 im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells.

518 10	219	Mieten und Pachten	1.000	1.000	1.000
			329		

Erläuterungen:

Raummiete für Veranstaltungen des LASV.

518 20	219	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	0	0	0
			68.781		

518 25	219	Mietzahlungen an den BLB	2.208.100	1.431.900	1.431.900
			2.011.458		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

			2015 EUR	2016 EUR
1.	LASV, Lipezker Str. 45, Haus 5, 03048 Cottbus		273.900	273.900
2.	LASV, Lipezker Str., Haus 6, 03048 Cottbus		413.000	413.000
3.	LASV, Zeppelinstr. 48, 14471 Potsdam		451.300	451.300
4.	LASV, Robert-Havemann-Str. 4, 15236 Frankfurt/O.		263.700	263.700
5.	Begräbnisstätte Teupitz in Trägerschaft des Landes Brandenburg		30.000	30.000
Summe			1.431.900	1.431.900

Weniger in 2015 wegen gesonderter Veranschlagung der Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells bei Titel 517 25.

525 10	219	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	53.000	53.000	53.000
			47.301		

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 231 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

			2015 EUR	2016 EUR
1.	Aus- und Fortbildung		53.000	53.000
2.	Lehr- und Lernmittel		0	0
Summe			53.000	53.000

Neben Landesmitteln für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten werden in der Regel Bundesmittel zweckgebunden für die Förderung des überregionalen Erfahrungsaustausches zwischen Ärztinnen und Ärzten, Beamtinnen und Beamten und Angestellten der Versorgungsverwaltungen der Länder zur Verfügung gestellt.

526 10	219	Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben	6.100	9.800	9.800
			6.190		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 526 10

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Beratender Ausschuss für behinderte Menschen	400	400
2.	Widerspruchsausschuss für Entscheidungen des Integrationsamtes nach dem SGB IX	8.400	8.400
3.	Berufsbildungsausschuss für Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen gem. § 77 Berufsbildungsgesetz - BBiG (GVBl. II v. 16.09.2003)	1.000	1.000
Summe		9.800	9.800

526 20	219	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	263.900	285.100	285.100
			198.534		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Sachverständigengutachten	14.200	14.200
2.	Kosten aus Streitverfahren bei den Sozialgerichten und der Schiedsstelle	187.900	187.900
3.	Kosten aus Streitverfahren bei den Arbeitsgerichten	9.000	9.000
4.	Kosten aus Streitverfahren bei den Zivilgerichten	8.600	8.600
5.	Kosten aus Streitverfahren bei Verwaltungsgerichten	60.600	60.600
6.	Kosten für ärztliche und amtsärztliche Untersuchungen für Neueinstellungen und Kosten für Auslagenpauschalen für die Versendung von Akten	800	800
7.	Übersetzungs- und Dolmetscherarbeiten	1.500	1.500
8.	Verwaltungskostenumlage Fortführung Benchmarking-Projekt der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	2.500	2.500
Summe		285.100	285.100

526 30	219	Entschädigung von Sachverständigen	0	0	0
			370		

Erläuterungen:

Vorgesehen für Entschädigungszahlungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den anerkannten Abschluss "Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen" gem. § 40 des Berufsbildungsgesetzes vom 23.03.2005 (BGBl. I S. 931).
Die von den Teilnehmenden erhobenen Prüfungsgebühren werden bei Titel 111 40 vereinnahmt.

526 40	219	Kosten der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 SGB XI	7.000	10.000	10.000
			8.056		

Erläuterungen:

Veranschlagt für Ausgaben der Schiedsstellen gemäß § 80 SGB XII und § 76 SGB XI, für die nach einem Umlageverfahren entsprechende Gebühren und sonstige Entgelte bei Titel 111 20 vereinnahmt werden.

527 10	219	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	53.900	58.000	58.000
			58.782		

527 20	219	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	5.000	5.000	5.000
			5.532		

531 10	219	Veröffentlichungen und Dokumentation	14.000	14.000	14.000
			12.513		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 531 10

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für den Jahresbericht des LASV, Merkblätter, Mitteilungsblätter und Bürgerinformationen (insbesondere zur Aufklärung über die Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit Sozialleistungen nach den Sozialgesetzbüchern gemäß § 13 SGB I), zum Opferentschädigungsgesetz und zum Brandenburgischen Pflege- und Betreuungswohnungsgesetz (BbgPBWoG).

533 10	219	Aufwendungen für Lehrgänge, Tagungen und Sonstiges	22.700	22.700	22.700
			12.530		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Sicherstellung der Aufgaben als überörtliche Betreuungsbehörde gem. § 2 Abs. 2 Betreuungsausführungsgesetz - BtAusfGBbg (geändert: GVBl. I Nr. 6 v. 23.04.2003), zur Schulung von Ombudsleuten und Bewohnerschaftsräten nach § 16 des Brandenburgischen Pflege- und Betreuungswohnungsgesetzes (BbgPBWoG) sowie der Durchführung von Aufgaben nach §§ 17, 20, 27, 28 BbgPBWoG.

546 10	219	Sonstiges	53.900	27.000	27.000
			25.813		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Kosten für Stellenausschreibungen, insbesondere im ärztlichen Bereich sowie Kosten für die Optimierung des betrieblichen Gesundheitsmanagements im Rahmen von AUDIT.

Weniger in 2015 wegen Wegfalls der Vollstreckungskosten im Rahmen der Ausgleichsabgabe nach Inkraftsetzen des neuen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (VwVG Bbg) zum 01.09.2013.

546 15	012	Inanspruchnahme der IT-Infrastruktur des ZIT-BB	1.240.000	1.431.600	1.603.700
			600.095		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	IT-Grundausrüstung dauerhafter Arbeitsplätze	166.400	159.700
2.	IT-Grundausrüstung zusätzlicher zeitweiliger Arbeitsplätze	10.500	10.500
3.	Zusätzliche Leistungen für Arbeitsplätze gem. Ziff. 1. und 2.	1.045.400	1.156.500
4.	Weitere Servicevereinbarungen	209.300	277.000
Summe		1.431.600	1.603.700

	Fat-Client		Thin-Client		Notebook		Sonder-Client		
	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	HH-Jahr	
	1	2	1	2	1	2	1	2	
1	2		3		4		5		
1.	APC-Verrechnungssatz Euro/Monat (Brutto)	16,80	16,80	15,60	15,60	25,60	25,60	16,80	16,80
2.	Anzahl dauerhafter Arbeitsplätze	416	406			107	102		
3.	Anzahl zeitweiliger Arbeitsplätze	23	23			12	12		

Mehr in 2015 wegen höherer Entgelte für Leistungen laut Servicekatalog des ZIT Brandenburg (Ifd. Nr. 3. und 4.) bei gleichzeitiger Reduzierung (Ifd. Nr. 1. und 2.) in Anpassung an die Änderung der Kalkulation der Verrechnungssätze zur Inanspruchnahme der Leistungen des ZIT. Diese decken nur noch die sog. Front-End-Kosten ab. Die Differenz zur bisherigen Vollkostenkalkulation wird durch einen zentralen Betriebskostenzuschuss im Einzelplan 03 gedeckt.

546 30	219	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0	0	0
aus Titelgruppen:			258.300	322.200	322.200
Summe HGr. 5:			5.017.400	5.165.700	5.374.100

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

812 10	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	30.000 29.029	30.000	30.000
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffung		
	<i>Summe zu 1.</i>	0	0
2.	Ersatzbeschaffung		
2.1	Steh-Sitz-Schreibtische	30.000	30.000
	<i>Summe zu 2.</i>	30.000	30.000
	Summe	30.000	30.000

aus Titelgruppen: 305.000 250.000 250.000

Summe HGr. 8: 335.000 280.000 280.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 79 Planstellen und -stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2018 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

422 79 219 Planstellen mit kw-Vermerk (Beamtinnen und Beamte) 0 0 0

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	BesGr.	Lfb.	2014	2015	2016
Regierungsrätin, Regierungsrat / Pharmazierätin, Pharmazierat	A13	hD	1,00	4,00	3,00
davon kw:					
1,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung					
3,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung					
Amtsärztin, Amtsarzt	A12	gD	0,00	3,00	3,00
davon kw:					
3,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung					
Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor / Steueramtsinspektorin, Steueramtsinspektor	A9	mD	0,00	1,00	1,00
davon kw:					
1,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung					
Zusammen:			1,00	8,00	7,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2015	2016		
Zugänge:				
Sonstige Zugänge				
3,00	0,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Pharmazierätin, Pharmazierat	Umsetzung von Titel 422 10
3,00	0,00	A12 gD	Amtsärztin, Amtsarzt	Umsetzung von Titel 422 10
1,00	0,00	A9 mD	Regierungsamtsinspektorin, Regierungsamtsinspektor / Steueramtsinspektorin, Steueramtsinspektor	Umsetzung von Titel 422 10
7,00	0,00		Sonstige Zugänge	
7,00	0,00		Stellen Zugänge insgesamt	
Abgänge:				
Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk				
0,00	1,00	A13 hD	Regierungsrätin, Regierungsrat / Pharmazierätin, Pharmazierat	
0,00	1,00		Abgänge infolge kw-Vermerk	
0,00	1,00		Stellen Abgänge insgesamt	
7,00	-1,00		Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

428 79 219 Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) 0 0 0

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 428 79

Stellenübersicht:

EntgeltGr.		2014	2015	2016
E 15		0,00	1,00	1,00
davon kw:	1,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung			
E 11		0,00	3,00	3,00
davon kw:	3,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung			
E 9		8,00	23,00	17,00
davon kw:	6,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung 4,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung 8,00 im Jahr 2017 infolge Personalbedarfsplanung 5,00 im Jahr 2018 infolge Personalbedarfsplanung			
E 6		8,00	7,00	3,00
davon kw:	4,00 im Jahr 2015 infolge Personalbedarfsplanung 3,00 im Jahr 2016 infolge Personalbedarfsplanung			
Zusammen:		16,00	34,00	24,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2015	2016	
Zugänge:			
Sonstige Zugänge			
1,00	0,00	E 15	Umsetzung von Titel 428 10
3,00	0,00	E 11	Umsetzung von Titel 428 10
17,00	0,00	E 9	Umsetzung von Titel 428 10
3,00	0,00	E 6	Umsetzung von Titel 428 10
24,00	0,00	Sonstige Zugänge	
24,00	0,00	Stellen Zugänge insgesamt	
Abgänge:			
Abgänge infolge Vollzug kw-Vermerk			
2,00	6,00	E 9	
4,00	4,00	E 6	
6,00	10,00	Abgänge infolge kw-Vermerk	
6,00	10,00	Stellen Abgänge insgesamt	
18,00	-10,00	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

Nachrichtlich: Summe TGr. 79 0 0 0

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	219	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	137.100	201.000	201.000
			125.831		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Hardware	5.000	5.000
2.	Software	0	0
3.	Unterhaltung	193.000	193.000
4.	Kommunikation	500	500
5.	Sonstiges	2.500	2.500
	Summe	201.000	201.000

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

noch zu 511 99

Mehr in 2015 wegen Abschluss von weiteren Wartungsverträgen für neue Fachverfahren.

518 99	219	Mieten	66.000	66.000	66.000
			57.614		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	0	0
2.	Mieten für Software	0	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	66.000	66.000
	Summe	66.000	66.000

525 99	219	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel	21.500	21.500	21.500
			20.586		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Aus- und Fortbildung	20.000	20.000
2.	Lehr- und Lernmittel	1.500	1.500
	Summe	21.500	21.500

538 99	219	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	33.700	33.700	33.700
			25.120		

Erläuterungen:

Benutzerentgelte Datenverarbeitungsverfahren

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Kriegsopferversorgung	25.000	25.000
2.	Sozialhilfeabgleich	500	500
3.	Rechtsdatenbank	1.200	1.200
4.	PROSID	5.000	5.000
5.	Sonstiges	2.000	2.000
	Summe	33.700	33.700

812 99	219	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	305.000	250.000	250.000
			339.328		

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Erstbeschaffung		
1.1.	Hardware	9.300	15.000
1.2.	Software	90.700	75.000
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>100.000</i>	<i>90.000</i>
2.	Ersatzbeschaffung		
2.1.	Hardware	0	0
2.2.	Software	150.000	160.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>150.000</i>	<i>160.000</i>
	Summe	250.000	250.000

Weniger in 2015 wegen geringerer Hardwarebeschaffung.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	563.300	572.200	572.200
-------------------------------------	----------------	----------------	----------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	563.300	572.200	572.200
---	----------------	----------------	----------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	68.000	80.000	80.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0	0
Gesamteinnahme		68.000	80.000	80.000

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	22.874.600	23.791.200	23.083.500
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	5.017.400	5.165.700	5.374.100
HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	335.000	280.000	280.000
Gesamtausgabe		28.227.000	29.236.900	28.737.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)		-28.159.000	-29.156.900	-28.657.600

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	314	Gebühren, sonstige Entgelte	1.300.000	1.300.000	1.300.000
			1.033.946		

Erläuterungen:

	2015	2016
	EUR	EUR
Obduktionen	530.000	530.000
Histologie	0	0
Spurenuntersuchungen	0	0
Kühlung	5.000	5.000
Theoretische Gutachten	80.000	80.000
Blutalkoholbestimmungen	205.000	205.000
Toxikologische Spezialuntersuchungen	290.000	290.000
Einnahmen für Fahrtkosten und Schreibarbeiten	0	0
Vaterschaftsbestimmungen	190.000	190.000
Leichenschauen	0	0
Sonstiges	0	0
Summe	1.300.000	1.300.000

119 10	314	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0	0
			7.757		

Summe HGr. 1:	1.300.000	1.300.000	1.300.000
----------------------	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

427 20	314	Entgelte für Aushilfen	0	0	0
428 10	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.479.500 1.467.697	1.536.600	1.536.600

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Vergleichsentgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur zusätzlichen Altersversorgung der		
1.1	außertariflichen Entgelte	92.800	92.800
1.2	tariflichen Entgelte	1.443.800	1.443.800
1.3	Entgelte für Auszubildende		
1.4	Entgelte für Praktikantinnen und Praktikanten		
2.	Aufwandsentschädigung		
3.	Sonstige Leistungen		
4.	Entgelte für Referendarinnen und Referendare im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis		
Summe		1.536.600	1.536.600

Stellenübersicht:

EntgeltGr.	2014	2015	2016
AT I	1,00	1,00	1,00
E 15	3,00	3,00	3,00
davon ku:	1,00 nach E 14 mit Ausscheiden des Stelleninhabers		
E 14	5,00	5,00	5,00
E 13	3,00	3,00	3,00
E 10	2,00	2,00	2,00
E 9	5,00	5,00	5,00
E 8	1,00	1,00	1,00
E 6	1,00	1,00	1,00
Zusammen:	21,00	21,00	21,00

Leerstellen:

E 14	0,00	1,00	1,00
Zusammen:	0,00	1,00	1,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2015 2016

Leerstellen:

Zugänge:

Zugänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres

1,00 0,00 E 14

gem. § 14 Abs. 3 HG 2013/2014

1,00 0,00 Zugänge Haushaltsvollzug

1,00 0,00 Stellen Zugänge insgesamt

1,00 0,00 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

428 25	314	Entgelte aus weggefallenen Stellen (Personalüberhang)	0	0	0
453 10	314	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	0	0	0

Summe HGr. 4:			1.479.500	1.536.600	1.536.600
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013	Angaben in EUR	

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	314	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37.900 39.143	37.900	37.900
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Geschäftsbedarf	4.800	4.800
2.	Bücher, Zeitschriften	3.100	3.100
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30.000	30.000
4.	Sonstiges	0	0
Summe		37.900	37.900

511 20	314	Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	10.500 7.967	10.500	10.500
--------	-----	---	------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Postgebühren	5.000	5.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	400	400
3.	Fernmeldegebühren	5.100	5.100
4.	Sonstiges	0	0
Summe		10.500	10.500

514 10	314	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	138.500 123.883	138.500	138.500
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	6.700	6.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	3.100	3.100
3.	Verbrauchsmittel	128.700	128.700
4.	Sonstiges	0	0
Summe		138.500	138.500

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Bestand 2014		Soll 2015		Soll 2016	
	gesamt	geleast	gesamt	geleast	gesamt	geleast
PKW	3	0	3	0	3	0
Zusammen	3	0	3	0	3	0

517 25 neu	314	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells		122.900	153.800
---------------	-----	---	--	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Betriebs- und Nebenkosten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume im Rahmen des Vermieter-Mieter-Modells:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	14469 Potsdam, Lindstedter Chaussee 6	108.000	138.200
2.	15234 Frankfurt (Oder), Nuhnenstraße 8, Außenstelle	14.900	15.600
Summe		122.900	153.800

Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 518 25.
2016 mehr wegen gestiegener Betriebs- und Nebenkosten.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		

Angaben in EUR

518 10 314 **Mieten und Pachten** 0 0 0

Einnahmen aus Entgelten für Obduktionen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden.

Erläuterungen:

Der Titel wurde vorsorglich für die Anmietung von Sektionssälen ausgebracht.

518 20 314 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 5.500 5.500 5.500

Erläuterungen:

Mieten für integrierte Kopier- und Drucktechnik.

518 25 314 **Mietzahlungen an den BLB** 226.200 85.800 99.300

202.836

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Mieten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

		2015	2016
		EUR	EUR
1.	14469 Potsdam, Lindstedter Chaussee 6	68.900	82.400
2.	15234 Frankfurt (Oder), Nuhnenstraße 8, Außenstelle	16.900	16.900
Summe		85.800	99.300

Weniger nach Umsetzung nach Titel 517 25. 2016 mehr wegen Erweiterung der Hauptnutzfläche.

525 10 314 **Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel** 5.400 5.400 5.400

3.094

526 10 314 **Sachverständige, Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben** 22.400 22.400 22.400

21.210

Erläuterungen:

Ausgaben für Gutachten und Laborleistungen, die im Zusammenhang mit der Erstellung von Blutalkoholbestimmungen und Vaterschaftsgutachten anfallen.

527 10 314 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 1.200 1.200 1.200

134

546 10 314 **Sonstiges** 177.100 177.100 177.100

154.957

Erläuterungen:

Ausgaben für zu zahlende Steuern des Brandenburgischen Landesinstituts für Rechtsmedizin als Betrieb gewerblicher Art an das Land Brandenburg.

aus Titelgruppen:

9.200

9.200

9.200

Summe HGr. 5:

633.900

616.400

660.800

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 314 **Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen** 14.000 0 0

Die Erläuterung ist gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 LHO verbindlich.

812 10 314 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland** 14.500 14.500 14.500

85.615

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 812 10

Verpflichtungsermächtigungen:

	2015 EUR	2016 EUR
Betrag:		500.000
davon fällig:		
2016 bis zu		
2017 bis zu		500.000
2018 bis zu		
2019 ff. bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2013 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2014 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2015 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2016 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2015					
2016					
2017				500.000	500.000
2018					
2019 ff.					
Summen				500.000	500.000

Erläuterungen:

In 2017 ist die Anschaffung eines Computertomographie-Gerätes (CT-Gerät) geplant.

	2015 EUR	2016 EUR
1. Erstbeschaffung	0	0
2. Ersatzbeschaffung		
2.1 Ersatzbeschaffung Laborgeräte	14.500	14.500
Summe	14.500	14.500

aus Titelgruppen:	6.300	6.300	6.300
Summe HGr. 8:	34.800	20.800	20.800

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Ist 2013		
Angaben in EUR					

Titelgruppen

Ausgaben

TGr. 79 Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk

Erläuterungen:

Die Titelgruppe ist eingerichtet für die Planstellen und Stellen mit kw-Vermerk, die aufgrund der Einsparverpflichtung aus der Personalbedarfsplanung bis 2018 sowie aus sonstigen Gründen entfallen sollen. Die Ausgaben werden im Rahmen des Personalbudgets finanziert.

428 79	314	Stellen mit kw-Vermerk (Arbeitnehmer)	0	0	0
--------	-----	--	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 79			0	0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

TGr. 99 Kosten der Datenverarbeitung

511 99	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	6.000	6.000	6.000
			4.788		

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Hardware		3.000	3.100
2.	Software		3.000	2.800
3.	Unterhaltung		0	0
4.	Kommunikation		0	100
5.	Sonstiges		0	0
Summe			6.000	6.000

518 99	314	Mieten	1.800	1.800	1.800
--------	-----	---------------	--------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte		1.800	1.800
2.	Miete für Software		0	0
3.	Mieten für Rechenzeiten		0	0
Summe			1.800	1.800

538 99	314	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1.400	1.400	1.400
			594		

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte für DV-Verfahren

			2015	2016
			EUR	EUR
1.	Kosten für Sachverständige sowie Systemanalysen		0	0
2.	Datenerfassung durch Dritte, Kosten für die Erstellung von individueller Software		1.400	1.400
Summe			1.400	1.400

812 99	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	6.300	6.300	6.300
			5.677		

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014 Ist 2013	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

noch zu 812 99

Erläuterungen:

		2015 EUR	2016 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Software	2.300	2.300
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>2.300</i>	<i>2.300</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Hardware	4.000	4.000
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>4.000</i>	<i>4.000</i>
	Summe	6.300	6.300

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	15.500	15.500	15.500
-------------------------------------	---------------	---------------	---------------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	15.500	15.500	15.500
---	---------------	---------------	---------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016
			Angaben in EUR		

Abschluss

Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.300.000	1.300.000	1.300.000
--------	---	-----------	-----------	-----------

Gesamteinnahme	1.300.000	1.300.000	1.300.000
-----------------------	------------------	------------------	------------------

Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	1.479.500	1.536.600	1.536.600
--------	------------------	-----------	-----------	-----------

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	633.900	616.400	660.800
--------	--	---------	---------	---------

HGr. 8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	34.800	20.800	20.800
--------	--	--------	--------	--------

Gesamtausgabe	2.148.200	2.173.800	2.218.200
----------------------	------------------	------------------	------------------

Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-848.200	-873.800	-918.200
--------------------------------------	-----------------	-----------------	-----------------

Haushaltsübersicht 2015

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2015	2016	2017	2018	2019 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
07 010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie										
	Titel aus Titelgruppe 70										
684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger		315,0	315,0							
07 030	Arbeitsmarkt										
	Titel aus Titelgruppe 63										
893 63	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		50,0	50,0							
	Titel aus Titelgruppe 78										
684 78	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		65.000,0	38.000,0	24.000,0	3.000,0					
	Titel aus Titelgruppe 79										
684 79	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		2.750,0	1.500,0	1.000,0	250,0					
	Titel aus Titelgruppe 80										
685 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		1.384,0	680,0	360,0	344,0					
	Titel aus Titelgruppe 81										
685 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		346,0	170,0	90,0	86,0					
07 040	Gesundheit										
632 10	Erstattung von Kosten der länderübergreifenden Gutachterstelle für Gesundheitsberufe		165,0	55,0	55,0	55,0					
684 20	PTA-Ausbildung und Qualifizierung von an der Ausbildung in Gesundheitsberufen Beteiligten		372,5	219,6	152,9						
	Titel aus Titelgruppe 80										
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		130,0	130,0							
	Titel aus Titelgruppe 81										
526 81	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben		790,0	360,0	360,0	70,0					
671 81	Erstattungen an sonstige Bereiche		40,0	40,0							
684 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		190,0	190,0							
	Titel aus Titelgruppe 86										
633 86	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte		783,0	783,0							
684 86	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen		800,0	400,0	400,0						
	Titel aus Titelgruppe 87										
684 87	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		1.485,0	495,0	495,0	495,0					

Haushaltsübersicht 2015

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen							
				2015	2016	2017	2018	2019 ff.			
							1.000 EUR				
1	2		3	4	5	6	7				
07 050	Krankenhäuser und Krankenhausförderung										
	Titel aus Titelgruppe 60										
891 60	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		1.000,0	1.000,0							
07 070	Förderung der Sozialstruktur										
684 11	Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Landesverbände im sozialen Bereich		3.650,0	1.250,0	1.200,0	1.200,0					
684 12	Förderung von Projekten im sozialen Bereich		190,0	190,0							
	Titel aus Titelgruppe 90										
683 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		1.128,6	410,4	410,4	307,8					
684 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		3.260,4	1.185,6	1.185,6	889,2					
	Titel aus Titelgruppe 91										
684 91	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		45,0	45,0							
	Titel aus Titelgruppe 92										
684 92	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		25,0	25,0							
	Titel aus Titelgruppe 93										
684 93	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		250,0	250,0							
07 080	Frauenförderung, Gleichstellung, Familie										
	Titel aus Titelgruppe 65										
633 65	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte		279,0	279,0							
684 65	Zuschüsse an freie Träger		257,3	257,3							
	Zusammen		84.685,8	48.279,9	29.708,9	6.697,0					

Haushaltsübersicht 2016

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
07 010	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie						
	Titel aus Titelgruppe 70						
684 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger		315,0	315,0	315,0		
07 030	Arbeitsmarkt						
	Titel aus Titelgruppe 63						
893 63	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige		50,0	50,0	50,0		
	Titel aus Titelgruppe 78						
684 78	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		65.000,0	30.000,0	20.000,0	8.000,0	2.000,0
	Titel aus Titelgruppe 79						
684 79	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		2.750,0	2.750,0	1.500,0	1.000,0	250,0
	Titel aus Titelgruppe 80						
685 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		1.384,0	1.080,0	560,0	280,0	240,0
	Titel aus Titelgruppe 81						
685 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen		346,0	270,0	140,0	70,0	60,0
07 040	Gesundheit						
632 10	Erstattung von Kosten der länderübergreifenden Gutachterstelle für Gesundheitsberufe		165,0				
684 20	PTA-Ausbildung und Qualifizierung von an der Ausbildung in Gesundheitsberufen Beteiligten		372,5	372,5	219,6	152,9	
	Titel aus Titelgruppe 80						
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		130,0	130,0	130,0		
	Titel aus Titelgruppe 81						
526 81	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben		790,0				
671 81	Erstattungen an sonstige Bereiche		40,0	40,0	40,0		
684 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		190,0	230,0	210,0	20,0	
	Titel aus Titelgruppe 86						
633 86	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte		783,0	783,0	783,0		
684 86	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen		800,0				
	Titel aus Titelgruppe 87						
684 87	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		1.485,0				

Haushaltsübersicht 2016

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
			2015	2016	2017	2018	2019 ff.
1.000 EUR							
1	2		3	4	5	6	7
07 050	Krankenhäuser und Krankenhausförderung						
	Titel aus Titelgruppe 60						
891 60	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen		1.000,0				
07 070	Förderung der Sozialstruktur						
684 11	Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und Landesverbände im sozialen Bereich		3.650,0	50,0	50,0		
684 12	Förderung von Projekten im sozialen Bereich		190,0	190,0	190,0		
	Titel aus Titelgruppe 80						
683 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen			114,0		28,5	85,5
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen			342,0		85,5	256,5
	Titel aus Titelgruppe 90						
683 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen		1.128,6	1.128,6	410,4	410,4	307,8
684 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen		3.260,4	3.260,4	1.185,6	1.185,6	889,2
	Titel aus Titelgruppe 91						
684 91	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		45,0	45,0	45,0		
	Titel aus Titelgruppe 92						
684 92	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		25,0	25,0	25,0		
	Titel aus Titelgruppe 93						
684 93	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen		250,0	250,0	250,0		
07 080	Frauenförderung, Gleichstellung, Familie						
	Titel aus Titelgruppe 65						
633 65	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte		279,0	279,0	279,0		
684 65	Zuschüsse an freie Träger		257,3	257,3	257,3		
07 190	Landesinstitut für Rechtsmedizin						
812 10	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland			500,0	500,0		
	Zusammen		84.685,8	42.461,8	27.139,9	11.232,9	4.089,0

Zusammenfassung der Stellenübersicht 2015 / 2016

Einzelplanübersicht

Bezeichnung	2014	2015	2016
1 Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	301,00	369,00	367,00
2 Beamtete Hilfskräfte	0,00	0,00	0,00
3 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	495,00	549,00	531,00
Stellensoll (1-3)	796,00	918,00	898,00
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	5,00	3,00	3,00
Auszubildende	17,00	17,00	17,00
Leerstellen			
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	31,00	31,00	28,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	92,00	96,00	79,00
Summe Leerstellen	123,00	127,00	107,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2015

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel									Ges.
	07010	07020	07030	07130	07135	07150	07160	07190		
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter										
Besoldungsordnung B										
B9 hD	1,00									1,00
B5 hD	4,00									4,00
B4 hD							1,00			1,00
B3 hD	1,00									1,00
B2 hD	14,00			1,00			1,00			16,00
Summe	20,00			1,00			2,00			23,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	13,00			4,00			3,00			20,00
A15 hD	14,00		1,00	17,00		1,00	1,00			34,00
A14 hD	21,00		1,00	17,00		1,00	9,00			49,00
A14 gD						2,00				2,00
A13 hD	4,00			8,00		0,00	7,00			19,00
A13 gD	28,00			17,00		4,00	4,00			53,00
A12 gD	13,00		1,00	35,00			11,00			60,00
A11 gD	12,00		1,00	27,00			6,00			46,00
A10 gD			1,00	13,00			19,00			33,00
A9 gD				1,00			8,00			9,00
A9 mD	2,00			6,00			3,00			11,00
A8 mD				6,00						6,00
A7 mD							3,00			3,00
A6 mD							1,00			1,00
Summe	107,00		5,00	151,00		8,00	75,00			346,00
hD	72,00		2,00	47,00		2,00	22,00			145,00
gD	53,00		3,00	93,00		6,00	48,00			203,00
mD	2,00			12,00			7,00			21,00
Summe 2015	127,00		5,00	152,00		8,00	77,00			369,00
Summe 2014	107,00		0,00	112,00		6,00	76,00			301,00
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst										
A13 hD				2,00						2,00
A10 gD				1,00						1,00
Summe				3,00						3,00
hD				2,00						2,00
gD				1,00						1,00
Summe 2015				3,00						3,00
Summe 2014				5,00						5,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
AT					6,00					6,00
AT I	4,00			1,00			2,00	1,00		8,00
E 15	9,00		0,00	6,00			16,00	3,00		34,00
E 14	4,00		3,00	5,00			15,00	5,00		32,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2015

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel										
	07010	07020	07030	07130	07135	07150	07160	07190			Ges.
E 9		26,00									26,00
E 8		2,00									2,00
E 6		9,00									9,00
E 5	1,00	5,00									6,00
E 4		1,00									1,00
Summe 2015	7,00	86,00		1,00			1,00	1,00			96,00
Summe 2014	5,00	85,00		1,00			1,00	0,00			92,00
Leerstellen 2015	10,00	114,00		1,00			1,00	1,00			127,00
Leerstellen 2014	6,00	115,00		1,00			1,00	0,00			123,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2016

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel									Ges.
	07010	07020	07030	07130	07135	07150	07160	07190		
Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter										
Besoldungsordnung B										
B9 hD	1,00									1,00
B5 hD	4,00									4,00
B4 hD							1,00			1,00
B3 hD	1,00									1,00
B2 hD	14,00			1,00			1,00			16,00
Summe	20,00			1,00			2,00			23,00
Besoldungsordnung A										
A16 hD	13,00			4,00			3,00			20,00
A15 hD	14,00		1,00	17,00		1,00	1,00			34,00
A14 hD	21,00		1,00	17,00		1,00	9,00			49,00
A14 gD						2,00				2,00
A13 hD	4,00			7,00		0,00	6,00			17,00
A13 gD	28,00			17,00		4,00	4,00			53,00
A12 gD	13,00		1,00	35,00			11,00			60,00
A11 gD	12,00		1,00	27,00			6,00			46,00
A10 gD			1,00	13,00			19,00			33,00
A9 gD				1,00			8,00			9,00
A9 mD	2,00			6,00			3,00			11,00
A8 mD				6,00						6,00
A7 mD							3,00			3,00
A6 mD							1,00			1,00
Summe	107,00		5,00	150,00		8,00	74,00			344,00
hD	72,00		2,00	46,00		2,00	21,00			143,00
gD	53,00		3,00	93,00		6,00	48,00			203,00
mD	2,00			12,00			7,00			21,00
Summe 2016	127,00		5,00	151,00		8,00	76,00			367,00
Summe 2015	127,00		5,00	152,00		8,00	77,00			369,00
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst										
A13 hD				2,00						2,00
A10 gD				1,00						1,00
Summe				3,00						3,00
hD				2,00						2,00
gD				1,00						1,00
Summe 2016				3,00						3,00
Summe 2015				3,00						3,00
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer										
AT					6,00					6,00
AT I	4,00			1,00			2,00	1,00		8,00
E 15	9,00		0,00	6,00			16,00	3,00		34,00
E 14	3,00		3,00	5,00			15,00	5,00		31,00

Übersicht über Planstellen und Stellen 2016

für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, beamtete Hilfskräfte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Kapitel									Ges.
	07010	07020	07030	07130	07135	07150	07160	07190		
E 9		20,00								20,00
E 8		1,00								1,00
E 6		9,00								9,00
E 5	1,00	4,00								5,00
E 4		0,00								0,00
Summe 2016	7,00	69,00		1,00			1,00	1,00		79,00
Summe 2015	7,00	86,00		1,00			1,00	1,00		96,00
Leerstellen 2016	10,00	94,00		1,00			1,00	1,00		107,00
Leerstellen 2015	10,00	114,00		1,00			1,00	1,00		127,00

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016	Soll 2014	Soll 2015	Soll 2016
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
07 130	17	32	32										17	32	32
geleast	17	32	32										17	32	32
07 190	3	3	3										3	3	3
geleast															
Zus.	20	35	35										20	35	35
geleast	17	32	32										17	32	32